

Aufbruch in ein „Veränderungsjahrzehnt“ Über Ausweichstrategien und lähmende Bildungsbürokratie



23. März 2022
Fachkongress
in Ingelheim

Infos auf
der Rückseite

VRB: Beratungsteam neu aufgestellt

Politik: Der bildungspolitische Herbst

Forderung: Lehramt stärken

Elektronische Patientenakte (ePA): Der Digitalisierung geschuldet

Lieblingslehrerin: Ugur Sahin dankt seiner Mathematiklehrerin

Berufseinstieg: Aufsichtspflicht in der Schule

Snack-News: Nachrichtenangebote im Kurzformat

Klartext: Blick über den eigenen Horizont

Inhalt

Ausgabe November 2021

Editorial	4
Haiku	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
Titelthema	
▶ Aufbruch in ein „Veränderungsjahrzehnt“: Über Ausweichstrategien und lähmende Bildungsbürokratie	6
Bildungspolitik	
▶ Deutschland hat gewählt Ein Blick auf den bundespolitischen Herbst	14
Haiku	17
Über die Gleichberechtigung natur- und geisteswissenschaftlichen Denkens	18
Neue OECD-Studie belegt: MINT beliebt!	18
Bildungsweg und beruflicher Erfolg	19
Betriebliche Lehre gewinnt in Frankreich an Bedeutung und Ansehen	19
VRB-Verbandsarbeit	
▶ Hauptversammlung 2021: Eine vertiefende Nachlese Weichenstellung für die neue Wahlperiode	20
Hochwasserkatastrophe Spendenaktion für vier Realschulen plus	27
▶ Gespräche. Der VRB im Austausch mit Ministerin Dr. Hubig und Staatssekretärin Brück	28
... dem Arbeitskreis Bildung der CDU-Landtagsfraktion	30
... dem Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion	31
... dem Landeselternbeirat	32
Wechsel an der Spitze der TH Bingen Professor Dr. Klaus Becker übergibt Präsidentschaft	33
Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung	34
Bildungskongress: Fehlt der Bildungspolitik der Bezug zur Realität?	36
Tarifverhandlungen: Auftakt war ernüchternd	36
Studiengänge	
Hohe Abbrecherquoten an den Hochschulen	37
Schule in Rheinland-Pfalz	
MINT-Netzwerk in Hochform: Regina Sersch im Gespräch mit Bettina Brück und Manfred Schabowski	38
Anreize für Informatik-Lehrkräfte schaffen!	40
Aktualisierung der Lehrpläne für Englisch und für Französisch	41
Spielräume nutzen: Einfach tun!	41





42_ ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE



46_ BIONTECH-GRÜNDER ÜBER SEINE MATHEMATIKLEHRERIN



55_ SVENJA SCHÄFER HAT ÜBER SNACK-NEWS GEFORSCHT

In eigener Sache: Mitglieder-Info

Aktualisierung der Datenschutz-Informationen

Wir haben unsere Datenschutz-Informationen überarbeitet. Diese waren vor allem durch die Verwendung von digitalen Werkzeugen notwendig, die wir während der Corona-Pandemie und auch danach auf der Grundlage einer Satzungsänderung verwenden. Für unsere Mitglieder liegt die Aktualisierung bei.

Digitalisierung

Die elektronische Patientenakte (ePA)	42	◀
Corona-Zuschlag in der Pflegeversicherung	44	

Schule und Recht

Streit um Schulwahl: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen den Entzug von Teilen der elterlichen Sorge	45	
Ergebnisse und Analyse der Personalratswahlen 2021	36	

Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

„Absolute Lieblingslehrerin“: Ugur Sahin dankt seiner ehemaligen Mathematiklehrerin	46	◀
Glückwunsch VRB – 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft: Wolfgang Häring, Günter Jung, Hermann Kölsch und Max Laveuve blicken zurück	47	

Lehrerbildung – Berufseinstieg

Gut im Berufsalltag ankommen – mein erstes Schuljahr: Patrick Dietz, Maren Sassenroth und Andreas Stegmann berichten von ihren Anfängen	51	
Die Aufsichtspflicht in der Schule	53	◀
Was wird aus meinen Rentenversicherungsbeiträgen, wenn ich verbeamtet werde	54	

Im Gespräch

Nachrichtenangebote im Kurzformat: Snack-News-Konsumenten überschätzen ihr Wissen	55	◀
---	----	---

VRB-Bezirk Koblenz

Digitale Personalräteschulung für Einsteiger: Grundlagen des Personalvertretungsrechts	59	
--	----	--

VRB-Bezirk Neustadt

Besuch am Studienseminarstandort Landau-Land: VRB-Vorstands- mitglieder begrüßen die neue Ausbildungsgruppe	60	
Ideen und Impulse sammeln: Ein Rückblick zum Ende der Amtszeit	60	
Kulturelle Begegnungen: Kleine Gruppe vor gigantischen Werken	62	
Museen in Mannheim: VRB bietet Führungen an	62	

VRB-Bezirk Trier

Zurück in die Zukunft: Ein Rückblick auf die Amtszeit 2016–2021	63	
--	----	--

Online-Schulungsangebote: Neu gewählte und erfahrene Personalräte werden landesweit fortgebildet	65	
--	----	--

Termine, Service und Internes

Feedback an die Redaktion	66	
Ausbau der Serviceleistungen auf unserer VRB-Website	66	
Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum ...	67	

KlarText!

Schulbildung bleibt das ungeliebte, zurückgesetzte Stiefkind	68	◀
Beitrittserklärung	69	
Letzte Meldungen	70	

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



Wahlen versprechen Aufbruch und neue Ziele. Deutschland hat im Herbst gewählt. Ein Neubeginn ist angekündigt. Rheinland-Pfalz hat bereits im Frühjahr gewählt. Die rheinland-pfälzische Ampelregierung bezeichnet sich als Koalition des Aufbruchs. Michael Eich beleuchtet in der Titelgeschichte ihren Start in ein „Veränderungsjahrzehnt“. Er sieht ihn im Schulbereich gehemmt durch Ausweichstrategien und eine lähmende Bildungsbürokratie.

Wahlen

Nach der virtuellen Hauptversammlung im Juni konnte der neugewählte Landesvorstand in analogen Vorstandssitzungen zur Normalität zurückkehren und die Weichen für die neue Wahlperiode stellen. In einer vertiefenden Nachlese zur Hauptversammlung wollen wir nunmehr die neugewählten Vorstandsmitglieder ausführlich vorstellen, die ausgeschiedenen Mitglieder würdigen und die in den Anträgen formulierten Ziele der zukünftigen Verbandsarbeit darstellen. Wir präsentieren auch das frisch berufene Berater- und Expertenteam.

Die Bezirksverbände haben kürzlich ihre Vorstände neu gewählt. Wir informieren darüber in der kommenden Ausgabe. In diesem Heft finden Sie einen Rückblick auf die zu Ende gehenden Amtszeiten.

Nach der Bundestagswahl bahnte sich auch in Berlin rasch eine Ampelkoalition an. Wolfgang Häring hat Stimmen zum Wahlkampf gesammelt und beleuchtet bildungspolitische Versprechen. Er benennt auch Erwartungen an die neue Bundesregierung.

Aufbruch

Gespräche und Interviews

Ende Oktober erörterte der VRB-Landesvorstand mit Ministerin Hubig aktuelle Themen sowie bekannte Bildungsbaustellen. Die Zahl der Lehramtsstudierenden ist rückläufig. Dem muss und soll gegengesteuert werden.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Svenja Schäfer befasst sich in ihren jüngsten Forschungsarbeiten mit Snack-News, Nachrichtenangeboten im Kurzformat. Bernd Karst fragt im Interview nach ihren Schlussfolgerungen aus dem Befund, dass Snack-News-Konsumenten ihr Wissen tendenziell überschätzen.

Monika Antoni setzt mit dem „Team Junge Lehrkräfte“ die Reihe „Gut im Berufsalltag ankommen“ fort. Patrick Dietz, Andreas Stegmann und Maren Sassenroth berichten über ihr „erstes“ Schuljahr nach dem Vorbereitungsdienst.

Im Interview mit Bettina Brück und Manfred Schabowski fragt Regina Sersch nach den Möglichkeiten, aus den Herausforderungen der Pandemie zu lernen. Die Staatssekretärin benennt, was im Ministerium die Pandemie überdauern wird. Der Sprecher der Schulleitervereinigung will die neu gewonnene Selbstständigkeit der Schulen weiter stärken.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Aufsichtspflicht. Unter dem Motto „Wichtig zu wissen“ informiert Nico Cordes über die Aufsichtspflicht in der Schule.

Gleichstellungspolitik. Nicole Weiß-Urbach stellt den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung vor. Dieser

widmet sich der Frage, wie die Digitalisierung geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

Digitale Gesundheitsversorgung. Wilfried Rausch sieht in der Einführung einer elektronischen Patientenakte einen Gewinn. Die Patientenmündigkeit werde nicht eingeschränkt. Die Privatversicherten warten noch auf ein entsprechendes Angebot ihrer Versicherungen.

Spendenaufruf. Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hat großes menschliches Leid verursacht. Unter den von Sachschäden betroffenen Schulen befinden sich vier Realschulen plus. Wir haben zu einer Spendenaktion der Schulgemeinschaften aufgerufen.

KlarText. Wir haben Christiane Lehmann, unsere Chefredakteurin von 1996 bis 2012, um einen KlarText gebeten. Sie hält der Landesregierung vor, die Schulbildung nach wie vor wie ein ungeliebtes Stiefkind zu behandeln.

70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft: Zeitreisen

In der vorliegenden Ausgabe lassen uns die Zeitzeugen Günter Jung, Wolfgang Häring, Hermann Kölsch und Max Laveuve an ihren Erinnerungen teilhaben. Wir führen die Rubrik unter dem Arbeitstitel „Zeitreise in die Schul- und Verbandsgeschichte“ in loser Folge fort. Möchten auch Sie Ihre persönlichen Erinnerungen mit uns teilen?

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Corona Jahr zwei

Leise Zuversicht zwischen Bildschirm und Präsenz im Bildungsspatag

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Ende des Kalenderjahres 2021 möchte ich rückblickend den Fokus auf folgende Kernbereiche lenken:

Corona-Pandemie noch nicht überwunden

Nach der Personalratswahl im Mai 2021 haben die Stufenvertretungen ihre Arbeit aufgenommen. In Stellungnahmen und Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schulaufsicht (ADD) und dem Bildungsministerium u. a. zur weiteren Organisation des Schulbetriebs während der noch nicht überwundenen Corona-Pandemie haben die Personalvertretungen bereits wichtige Akzente gesetzt. Die Rundschreiben der Gremien spiegeln die Schwerpunktsetzungen.

edoo.sys: Kein Aushängeschild für die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung

Kurz vor den Herbstferien wurde eine eklatante Schwachstelle in Bezug auf die Statistik deutlich. Zum ersten Mal sollte diese im landeseigenen Verwaltungsprogramm edoo.sys erstellt werden. Die Umsetzung war chaotisch und brachte besonders die Schulleitungen und Verwaltungskräfte an den Rand der Verzweiflung. Auf der Startseite digital.rlp.de stellt Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Digitalisierung als die größte Chance auf eine nachhaltige Verbesserung unseres Alltags dar. Sie verspricht, die Landesregierung werde daran arbeiten, dass diese Veränderung für Rheinland-Pfalz eine Bereicherung darstellt. Ermutigend sind diese Erfahrungen dafür nicht.

Arbeit des Landesvorstandes in der neuen Amtszeit

Der im Juni neu gewählte Landesvorstand hat sich mit den bei der Hauptversammlung verabschiedeten Leitenträgen intensiv auseinandergesetzt. Der VRB will Fortschritte sehen und wird diese auch mit Nachdruck bei allen bildungspolitisch Verantwortlichen einfordern.

Schule als Lebens- und Arbeitsraum gestalten! Bei der Verbesserung der baulichen und technischen Infrastruktur der Schulen sind sowohl die Schulträger als auch die Landesregierung gefordert. Bürokratieabbau und eine Verstärkung der

Eigenverantwortlichkeit der Schulen würde die Effektivität unterrichtlicher Arbeit verbessern.

Unterrichtsqualität ausbauen und langfristig sichern! Die Unterrichtsqualität hängt direkt von der qualitativen und quantitativen Lehrkräfteversorgung ab. Dem prognostizierten Lehrkräftemangel muss durch eine offensive Einstellungspraxis begegnet werden. Es geht darum, zusätzliche Planstellen und finanzielle Anreize zu schaffen, sowie eine ausreichende und effektive Vertretungsreserve vorzuhalten.

Digitalisierung vorantreiben und Ressourcen bereitstellen! Schulen müssen flexibel, dynamisch und zukunftsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Schulen brauchen in allen Klassen- und Fachräumen eine gute und funktionierende digitale Infrastruktur. Durch eine Funktionsstelle „Digitale Koordination“ sowie zusätzliche Poolstunden sollte die Entwicklung vorangetrieben werden.

Lehrergesundheit nicht vernachlässigen! Das hohe Arbeitspensum, die ständig wachsenden Ansprüche der Politik und der Gesellschaft sowie die unzureichende Ausstattung der Schulen belasten die Gesundheit der Lehrerschaft. Entlastungen durch Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf maximal 24 Wochenstunden und Erhöhung der Funktionalentlastung sind dringend geboten.

Das Lehramt stärken! Aufgrund mangelnder Attraktivität nimmt die Zahl der Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus stetig ab. Da zusätzlich gut ausgebildete Kräfte in andere Bundesländer abwandern, ist der Mangel bereits spürbar. Dem gilt es gegenzusteuern. Wir brauchen zusätzliche Anreize zum Studium dieses Lehramts.

Flutkatastrophe im Ahrtal

Die Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 hat für die Menschen des Ahrtals und auch für vier betroffene Realschulen plus zu gravierenden Einschnitten in ihrem Alltag geführt. Von den insgesamt 7.000 Schülerinnen und Schülern aller Schularten haben viele Kinder und Jugendliche ihr Zuhause verloren. Manche haben in der Flutnacht traumatische Erfahrungen erleben müssen.



Die Schulgebäude nicht nur der Realschulen plus sind erheblich beziehungsweise komplett zerstört worden. Durch eine große Kraftanstrengung und durch die tatkräftige Unterstützung der ADD und des Ministeriums ist es in sechs Wochen Sommerferien gelungen, für alle betroffenen Realschulen plus individuelle Lösungen zur Unterrichtssicherung zu finden.

Damit die seelischen Wunden heilen, haben die Schulen schulpсихologische Unterstützung erhalten. Dies war und ist ein wichtiges Signal der Landesregierung und hat den Schulen sehr geholfen.

Die Schulen versuchen darüber hinaus, den Kindern finanziell über die Fördervereine zu helfen. Insgesamt stehen die Schulgemeinschaften in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen.

Aber die Schulen sind nicht alleine! Es gibt eine enorme Hilfsbereitschaft und Solidarität der Bevölkerung wie auch der rheinland-pfälzischen Schulen. Viele Schulen sind beispielsweise dem VRB-Aufruf gefolgt und haben Spendenläufe für die betroffenen Schulen durchgeführt. Ich möchte meinen persönlichen Dank an alle aussprechen, die den betroffenen Schulen hier tatkräftig helfen.

Ich wünsche uns allen, dass wir möglichst mit neuer Zuversicht und Optimismus ins Jahr 2022 starten können.

Ihr Timo Lichtenthäler



Aufbruch in ein „Veränderungsjahrzehnt“

Über Ausweichstrategien
und lähmende Bildungsbürokratie

von **Michael Eich**

„Träge, ideenlos, selbstgerecht – Deutschland erstickt an Bürokratie“, lautete die Überschrift eines Kommentars im HANDELSBLATT am 13.04.2021. Ob bei der Digitalisierung, beim Ausbau des Mobilfunknetzes oder bei wichtigen Infrastrukturprojekten: Der Kommentator befürchtet wegen überbordender Bürokratie das Erodieren von Standortvorteilen. Wichtige Zukunftsprojekte kommen nicht voran, Deutschland reguliert und verwaltet sich in die Erstarrung.

Auch Schulleitungen und Lehrkräfte beklagen sich seit Jahren über den zunehmenden Verwaltungsaufwand und die lähmende Bildungsbürokratie. Wichtige bildungspolitische Zukunftsthemen wurden dagegen allenfalls halbherzig angegangen. An mangelnder Erkenntnis oder Einsicht kann es nicht liegen, vergegenwärtigt man sich die geäußerten Wahlversprechen, die Sondierungsbotschaften und im Falle von Rheinland-Pfalz die Inhalte des als „Zukunftsvertrag“ betitelten Koalitionsvertrages. Alle Parteien wollen weniger Bürokratie. Alle Parteien präsentieren sich als zukunftsgerichtete Macher und Modernisierer. Die neue rheinland-pfälzische Landesregierung der Ampelparteien steht also in der Pflicht. Sie wird an ihren eigenen Ansprüchen und Versprechungen gemessen werden.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Unsere Ampelregierung ist eine Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen mit einer klaren Werteorientierung und einem starken gesellschaftlichen Mandat“

„Zukunftsvertrag“, Seite 8

Rheinland-pfälzische Ampel: Folgen den Ankündigungen auch Umsetzungen?

Bislang ist – nicht nur im Bildungsbereich – noch wenig davon zu spüren, dass die Regierungskoalition aus SPD, Grüne und FDP in Rheinland-Pfalz ihren Gestaltungsanspruch tatkräftig umsetzt. Anzuerkennen ist, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung im „Zukunftsvertrag“ wichtige Weichenstellungen grundgelegt hat. So wird zum Beispiel die Bedeutung der Realschule plus für das rheinland-pfälzische Bildungssystem hervorgehoben (S. 22, Zukunftsvertrag), die Rolle der Schulleitungen für „gute Schulentwicklung“ unterstrichen (ebd. S. 17), eine den „Anforderungen des 21. Jahrhunderts“ entsprechende technische Ausstattung wird zugesagt (ebd. S. 18) und eine gute, über den Pflichtunterricht hinausgehende Unterrichtsversorgung versprochen (ebd. S. 19).

Alte Landesregierung: Ausweichmanöver und Unzulänglichkeiten

Die neue Landesregierung ist die direkte Nachfolgerin der alten Landesregierung. Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde im Amt bestätigt. Wird sich am bisherigen Vorgehen und am Politikstil etwas ändern? In zentralen Bildungsherausforderungen ist die alte Landesregierung ihrer Verantwortung ausgewichen. Beispiele dafür sind die ausgebliebene Sicherung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Realschule plus, die stockende Digitalisierung der Schulen

sowie die Einführung eines Zeitressourcen verschlingenden und unzulänglichen Schulverwaltungsprogramms. All das belastet Lehrkräfte und Schulleitungen seit Jahren. Getan hat sich wenig. Im Gegenteil: Statt für Entlastung Sorge zu tragen, kommen ständig neue Aufgaben hinzu. Die Corona-Pandemie hat diese negative Entwicklung noch verstärkt. Die zusätzlichen Dokumentationspflichten und Verwaltungsaufgaben blähen die Bildungs- und Schulbürokratie inzwischen in einem Maße auf, dass für Beziehungsgestaltung, Unterrichts- und Schulentwicklung immer weniger Zeit bleibt.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Die Schule der Zukunft ist eine Chancenschule: Wir gehen den Weg der sozialen Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, Inklusion sowie Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung konsequent weiter“

„Zukunftsvertrag“, Seite 17

Rheinland-pfälzische Misstände

Der Verband Reale Bildung (VRB) wie auch die Personalvertretungen weisen beharrlich auf die akuten Anzeichen des Verfalls der Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule und die unzureichenden Arbeits- und Rahmenbedingungen an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen hin:

- Studierende weichen dem Lehramt Realschulen plus aus.
- Universitätsabsolventinnen und -absolventen entscheiden sich gegen den Vorbereitungsdienst in Studienseminaren für das Lehramt Realschulen plus.
- Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen beschwerten sich über die unzeitgemäß hohe Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitig zunehmenden außerunterrichtlichen Aufgabenstellungen.
- Lehrkräfte monieren mehr Unterrichtsstörungen durch verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler.
- Lehrkräfte an Schwerpunktschulen üben seit langem Kritik an der unzureichenden Unterstützung durch Förderschullehrkräfte und anderes qualifiziertes Personal.



- Lehrkräfte klagen über Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt durch Schülerinnen und Schüler und Eltern, die viel zu oft folgenlos bleiben.
- Lehrkräfte sind im Bereich Realschule plus immer seltener bereit, Schulleitungsaufgaben zu übernehmen und sich auf freie Schulleitungsstellen – insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Standorten – zu bewerben.
- Lehrkräfte und Schulleitungen erwarten eine zeitgemäße digitale und technische Grundausstattung.
- Lehrkräfte und Schulleitungen fordern moderne Fachräume.
- Lehrkräfte und Schulleitungen klagen über die Zunahme der Dokumentationsverpflichtungen.
- Schulleitungen fordern mehr Entlastung für Verwaltungstätigkeiten.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Die Schule der Zukunft ist innovativ, modern, sozial, inklusiv, digital und nachhaltig: Deshalb wollen wir die pädagogische Arbeit weiterentwickeln“

„Zukunftsvertrag“, Seite 17

Das Land Rheinland-Pfalz weiß um diese Probleme. Der Verband Reale Bildung (VRB) hat immer wieder konkrete Forderungen aufgestellt und konstruktive Vorschläge unterbreitet, wie Verbesserungen erzielt werden können. In vielen Bereichen sind auch Erfolge zu verbuchen, immer dann, wenn Mainz sich auf unsere Impulse eingelassen hat. Doch wenn die rheinland-pfälzische Landesregierung größere finanzielle Kraftanstrengungen oder auch Widerstände auf sich zukommen sieht, entzieht sie sich ihrer Verantwortung und verweist wahlweise auf die einzelne Lehrkraft, die Schulleitung, die Kommunen oder den Bund.

Steigerung Attraktivität Lehramt Realschulen plus

Die Bedeutung der Realschule plus für das rheinland-pfälzische Bildungssystem und die Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung werden im Koalitionsvertrag exponiert herausgestellt. Auch die zielgruppenorientierte didaktische Ausbildung in den Studienseminaren für das Lehramt Realschulen plus wird positiv gesehen. Die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus und auch der Integrierten Gesamtschule profitieren von beruflich gut vorbereiteten Pädagoginnen und Pädagogen, die das Lehramt Realschule plus absolviert haben.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

Die Realschule plus (...) – eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der Fachkräftesicherung (...) Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung“

„Zukunftsvertrag“, Seite 22

Eine Landesregierung, die sich die Aufstiegsorientierung und Partizipation unabhängig von der Herkunft und dem Elternhaus auf die Fahnen geschrieben hat, müsste ein großes Interesse an der Stärkung des Lehramtes Realschulen plus haben. Und das hat sie nach eigener Aussage auch. Doch trotz rückläufiger Zahlen bei den Studierenden und Anwärterinnen und Anwärtern passiert einfach zu wenig. Bereits jetzt ist die Personalversorgung an vielen Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen gefährdet, weil Lehrkräfte mit bestimmten Fächerkombinationen fehlen.

Unsere Lösungsvorschläge

- Einrichtung des Studiengangs Realschulen plus an allen Universitäten des Landes, an denen Lehrämter ausgebildet werden.
- Anpassung der Studiendauer der Lehrämter Realschulen plus und Gymnasien.
- Erleichterung des Studiengangwechsels.
- Bessere Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten an Realschulen plus .

An der Universität Mainz wird beispielsweise das Lehramtsstudium Realschulen plus nicht angeboten. Statt dann das Lehramt Realschulen plus an einem anderen Standort zu studieren, entscheiden sich Abiturientinnen und Abiturienten für das Lehramt Gymnasien an der Universität Mainz. Aufgrund dieser Tendenz gestaltet sich gerade in Mainz und in Rheinhessen die Personalversorgung immer schwieriger.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Die Bildung der Zukunft braucht gute Lehrkräfte“

„Zukunftsvertrag“, Seite 9

Wir werden erfahren, wie anpackend die neue Landesregierung sein wird.



Digitalisierung

In Sachen Digitalisierung lähmten Bürokratie und das föderale Zuständigkeitswirrwarr bzw. föderale Befindlichkeiten lange Zeit ein Vorankommen. Und die alte Landesregierung gab für diesen Bereich gerne vor, nicht zuständig zu sein: Der Bund müsse in die digitale Infrastruktur (z. B. Breitbandausbau) investieren, die kommunalen Schulträger seien in der Verantwortung für die (digitale) Ausstattung (z. B. digitale Tafeln) der Schulen. Beide lehnten jedoch diese Verantwortung und Zuständigkeit ebenfalls ab. Hauptleidtragende dieses ritualisierten Abschiebens von Verantwortung waren und sind unsere Schülerinnen und Schüler, denn ihnen bleiben Zukunftschancen vorenthalten. Die Corona-Pandemie offenbarte dann schonungslos, dass Deutschland ein digitales Entwicklungsland ist und Investitionen nicht länger aufgeschoben werden können.

Die Antwort war – nach zähem Ringen – der „DigitalPakt Schule“: „Ziele des Digitalpaktes sind der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur unter dem Primat der Pädagogik. Im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten stellt der Bund laut Verwaltungsvereinbarung vom 17.05.2019 für Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur 5 Milliarden Euro zur Verfügung“ (<https://www.digitalpaktschule.de/de/was-ist-der-digitalpakt-schule-1701.html>).

Die Anschaffung digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte sowie Investitionen in die digitale Infrastruktur wurden erst durch ihn ermöglicht. So begrüßenswert der DigitalPakt deshalb ist, legt er jedoch weitere, leider bereits bekannte deutsche Schwachstellen offen.

Schwachstellen des Digitalpaktes

Der DigitalPakt ist eine punktuelle und zeitlich begrenzte Maßnahme des Bundes. Die Digitalisierung der Schulen ist aber eine dauerhafte Aufgabe – schließlich werden neue Generationen von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräfte digitale Endgeräte benötigen. Überdies haben die jetzt angeschafften Endgeräte nach einigen Einsatzjahren ausgedient. Die Antwort auf die Frage nach einer Anschlussfinanzierung bzw. der Verstetigung der Ausgaben für die schulische Digitalisierung bleibt aus.

Der DigitalPakt ist zudem ein typisch deutsches Bürokratiemonster. Viele Schulträger zeigten sich überfordert, die bereitgestellten Mittel zu beantragen. Unsicherheit und Orientierungslosigkeit prägten die erste Phase. Viele Schulen mussten in kürzester Zeit Medienkonzepte erarbeiten und dann wieder überarbeiten. Die digitalen Endgeräte sind bei der Mehrheit der Lehrkräfte bis heute nicht angekommen, weil die europaweite Ausschreibung sorgfältig von allen Bundesländern vorbereitet und durchgeführt werden musste.

Ein anderer Hemmschuh ist und bleibt der Datenschutz. Während die landeseigene Plattform Moodle zu Beginn der Schulschließungen aufgrund der starken Frequentierung in die Knie ging, konnten die Schulen andere leistungsstarke Kommunikations-Software ohne größere Einschränkungen nutzen, zumal es anfangs gar keine landeseigene Videokonferenzplattform gab.

Unsere Lösungsvorschläge

- Digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler
- Digitale Endgeräte für Lehrerinnen und Lehrer

- Verstetigung des Bezugs digitaler Endgeräte für Lehrkräfte über das Kaufhaus des Landes Rheinland-Pfalz
- Einstellung von technischen Assistenten für jeden Schulstandort
- Bereitstellung von digitalen Lern- und Lehrmitteln
- Zentrale Beschaffung von Lernapps und Lernprogrammen
- Zügiger Ausbau des Schulcampus bzw. Bereitstellung von Austausch-, Lern- und Videokonferenzplattformen

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schuljahres flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belastungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten sowie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben“

„Zukunftsvertrag“, S. 18

Der technische Assistent ist die bessere Lösung

Dass sich die Bundesländer in der Krise dazu durchringen konnten, endlich in digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte zu investieren, ist auch ein Verdienst der damaligen KMK-Präsidentin und rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig.

Bei anderen Vorhaben hat jedoch längst wieder das bekannte Abwälzen der Verantwortung eingesetzt. Statt landesweit technische Assistenten zur Betreuung der digitalen Infrastruktur an den Schulen einzuführen, sind die kommunalen Schulträger in die Pflicht genommen worden. In den Schulen gibt es keine Verantwortlichkeit mehr für die Systemadministration, dafür die Koordination „Bildung in der digitalen Welt“, um „das Lehren und Lernen mit und über digitale Medien sukzessive kompetenzorientiert in alle Fächer“ einzubeziehen (https://digitalpakt.rlp.de/fileadmin/digitalpakt/Dokumente/2019-05-06_Merkblatt-Koordination-Bildung-in-der-digitalen-Welt.pdf). So begrüßenswert die Beschränkung der Zuständigkeit der Lehrkräfte auf pädagogische Aspekte bei der Digitalisierung ist, so realitätsfern ist die Annahme, die Betreuung der digitalen Infrastruktur der Schulen lassen sich über Fernwartung entweder durch Fremdfirmen oder kreiseigene IT-Kräfte umsetzen. Ortskenntnisse sind für die Wartung unerlässlich.

Für die Anschaffung der digitalen Endgeräte sind ebenfalls die Schulträger zuständig, die zwischen zwei Technikschiene (Laptop oder iPad) wählen konnten. Erste „Konfliktfelder“ tauchten bereits auf:

- Lehrkräfte sollen auf die Leihgeräte verzichten, weil noch alte Laptops in den Schulen vorhanden sind.

- Schulleitungen wird seitens des Schulträgers rückgemeldet, dass sie keine Lehrkräfte seien, und ihnen deshalb kein Leihgerät zu steht.
- Schulträger beziehen die Schulen bei der Wahl der Technikschie-ne nicht ein.
- Schulträger untersagen Schulleitungen kurzerhand die Nutzung eigener digitaler Endgeräte, obwohl diese seit Jahren damit da-tenschutzkonform arbeiten.
- Schulleitern und Lehrkräften wird untersagt, Programme selbst auf die schulischen Endgeräte herunterzuladen. Die kreiseige-ne IT ist hierfür ausschließlich zuständig. Das jedoch muss um-ständlich beantragt werden und es vergehen mitunter mehrere Wochen, bis Anfragen bearbeitet werden.
- Schulträger verbieten Schulleitungen und Lehrkräften sich von außerhalb auf das schulische Netz einzuwählen und unterbin-den damit die Möglichkeit des Homeoffice.
- Schulen müssen bisweilen Tage ausharren, bis Systemausfälle oder Störungen behoben werden.

Das mögen Einzelfälle sein, doch sie zeigen klar, dass bei der Digi-talisierung das Land Rheinland-Pfalz auf vielen Ebenen mehr Ver-antwortung übernehmen muss. Die neue Landesregierung hat die Verstetigung der Digitalisierung zu gewährleisten, nicht mehr und nicht weniger. Die Lösungen liegen auf dem Tisch.

Lehrergesundheit – Lehrkräfte und Schulleitungen

Das Institut für Lehrgesundheits (IfL) hatte im Jahr 2015 eine „Stu-die zur Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Real-schulen plus in Rheinland-Pfalz“ erhoben. Im Jahr 2019 (!) wurden die Ergebnisse – nach eingehender Plausibilitätsprüfung durch das Bildungsministerium – veröffentlicht und den Personalvertretun-gen vorgestellt. Befragt wurden ausschließlich Schulleitungen. An dieser Stelle sollen zwei Erhebungsergebnisse in den Vordergrund gestellt werden:

- 12,7 % bzw. 35,3 % der befragten Schullei-terinnen und Schulleiter ordneten die Arbeits-bedingungen als schlecht bzw. nicht ganz zufriedenstellend ein (IfL-Abschlussbericht, S. 58).
- „Auch im Vergleich mit anderen Schularten fällt bei der Auswertung der Daten des Selbstchecks auf, dass der Verwaltungsaufwand an RS+ von den Bediensteten als deutlich belastender als an der IGS oder am Gymnasium erlebt wird“ (IfL-Abschlussbericht, S. 58).

Zu hohe Unterrichtsverpflichtung

Es wurde also erhoben, dass bei Realschulen plus im Vergleich zu den Gymnasien und den Integrier-ten Gesamtschulen die Arbeitsbedingungen als schlechter und der Verwaltungsaufwand als be-lastender eingeordnet werden. Der Verband Reale Bildung sowie die Personalvertretungen sahen sich in ihren Einschätzungen und Forderungen bestätigt, denn die Lehrkräfte an Realschulen plus haben die höchste Unterrichtsverpflichtung

und daneben zahlreiche außerunterrichtliche Aufgaben zu bewäl-tigen: Dokumentationsverpflichtungen, Klassenkonferenzen, El-terngespräche, Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen (z. B. Jugendamt) sind in diesem Kontext zu nennen. Erschwerend kommt hinzu, dass Unterricht an vielen Standorten durch aggres-sive und sozial-emotional auffällige Kinder und Jugendliche massiv gestört wird. Auch der mangelnde Respekt vor Lehrkräften ist ein wesentlicher Belastungsfaktor. Das ist nicht nur, aber besonders in sozialen Brennpunkten leider inzwischen Alltag.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Es gibt Schulen, die ein Mehr an Unterstüt-zung brauchen, um die Schüler:innen zum bestmöglichen Bildungserfolg zu führen: mehr Lehrkräfte, mehr Zeit für Schulleitung und Schulentwicklung, mehr Beratung, mehr Schulsozialarbeit, mehr Sprachförderung und mehr Zeit für individuelle Förderung auch über externe Fachkräfte an Schulen“

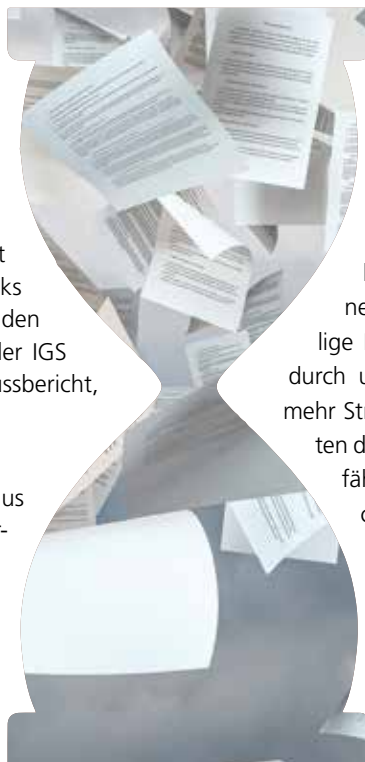
„Zukunftsvertrag“, S. 17

Unsere Lösungsvorschläge

- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung
- Mehr Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben
- Entlastungstunden für Klassenleitungen
- Kleinere Klassen in der Sekundarstufe I

Rheinland-Pfalz lenkt von eigener Verantwortung für Belastungsfaktoren ab

Die rheinland-pfälzische Landesregierung verneint, dass aus der IfL-Studie allgemeingültige Aussagen abgelei-tet werden können. Es hatten nur 58 Schulleitungen eine Rückmeldung gegeben, und standortbezogene Stressfaktoren hätten bei der Motivation der Teilnahme womöglich eine Rolle gespielt, sodass die Resultate nicht für alle Real-schulen plus gültig sein können. Sinnvoller sei es deshalb, Gefährdungsanalysen vor Ort zu betrei-ben. Auch der Verweis auf individuelle Dispositio-nen für Stressempfinden wird bemüht. Stressanfällige Lehrkräfte verursachen bzw. verstärken demnach durch unzureichende Selbstorganisation selbst, dass sie mehr Stress empfinden und eher krank werden. Sie müs-sen durch Fortbildungen in ihrer Resilienz („Anpassungs-fähigkeit“) gestärkt werden. Die Abteilung Schulpsy-chologie hat zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe „Berufszufriedenheit und Gesundheit im Lehrber-uf“ gebildet. Deren Aufgabe ist eindeutig (siehe Kasten): Die Verantwortung für die Gesunder-haltung von Lehrkräften soll demnach primär auf zwei Ebenen verortet werden, und zwar auf der individuellen Ebene und auf der System- und Organisationsebene von Schulen.



Förderung der allgemeinen Berufsfähigkeit für Lehrkräfte

Im Rahmen von Beratungen und Fortbildungen wird gezielt an der Verbesserung von Berufszufriedenheit, Leistungsfähigkeit und Gesundheit gearbeitet, wobei zwei Bereiche der Einflussnahme unterschieden werden:

- Verhaltensmanagement, d. h. individuelle, personenbezogene Maßnahmen zur eigenen Gesunderhaltung
- Verhältnismanagement, d. h. Ansätze zur Modifizierung und Optimierung gesundheitsförderlicher und belastungsreduzierender Bedingungen auf der System- und Organisationsebene von Schulen.

Quelle: <https://schulpsychologie.bildung-rp.de/fortbildung-im-ueberblick/themenbereiche/berufszufriedenheit-und-lehrergesundheit.html>

Dieses unzureichende Maßnahmenbündel ist unter Fürsorgeaspekten völlig inakzeptabel: Die Verantwortung für die Lehrergesundheit liegt eben nicht zuallererst bei den Lehrkräften selbst und bei den Schulleitungen, sondern die Landesregierung ist als Dienstherr zur Fürsorge verpflichtet und muss endlich bei den Arbeitsbedingungen gegensteuern.

Projekte allein helfen Schulen nicht

Projekte wie „S⁴. Schule stärken – Starke Schule“ reichen allein nicht aus, um Schulen zu unterstützen, um gerade in sozialen Brennpunkten mehr „Chancengerechtigkeit“ zu ermöglichen. Sie werden als „Schaufensterprojekte“ wahrgenommen, weil den drängenden Herausforderungen einmal mehr fast ausschließlich mit Fortbildungen begegnet werden soll.

„Zu den wesentlichen Bestandteilen des Programms gehören Fortbildungen, Vernetzung und Austausch, individuelles Coaching und Schulentwicklungsberatung. Zentrale Themen dabei sind die pädagogische Führung, die Qualitätsgestaltung und das Schulmanagement.“ (https://bildung-rp.de/gehezu/startseite/einzelmeldung.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=7131).

Kosten scheinbar gewichtiger als Fürsorge

Kleinere Klassen, eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, eine Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben sowie die Entlastung der Klassenleitungen werden abgelehnt.

Generell verweist Mainz auf die Kostenseite. Neu ist das „Argument“, dass man – selbst wenn man eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung in Angriff nehmen wollte – gar nicht über genügend einstellungswillige Lehrkräfte verfügen würde, weil der Lehrkräftearbeitsmarkt leergeräumt sei. Das Land Rheinland-Pfalz hat lange Jahre zu wenig Einstellungen vorgenommen und dabei die Abwanderung qualifizierter Lehrkräfte in andere Bundesländer in Kauf genommen. Jetzt schützt Rheinland-Pfalz Versorgungslücken auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt vor, die einer Entlastung der rheinland-pfälzischen Lehrkräfte über Stundenreduzierung entgegenstünden: das ist eine – unter opportunistischen Gesichtspunkten – nahezu „perfekte“ Kreisbewegung zum Ausweichen vor der eigenen Verantwortlichkeit.

Schulleitungsanrechnungen seit Jahrzehnten unverändert

Die Entlastungsstunden für Schulleitungsaufgaben sind seit Jahrzehnten nicht an den zunehmenden Leitungs- und Verwaltungsaufwand angepasst worden und fallen bei Realschulen plus zudem geringfügiger aus als bei Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien (vgl. Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung). Schulleitungen sind immer noch Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben und müssen unverhältnismäßig viel unterrichten.

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„Dreh- und Angelpunkt für eine gute Schulentwicklung ist eine professionell aufgestellte Schulleitung. Auch diese werden wir weiter stärken, qualifizieren und unterstützen“

„Zukunftsvertrag“, S. 17

Das Besoldungsgefüge ist ebenfalls nicht mehr zeitgemäß. Bei mittelgroßen und kleinen Realschulen plus sind Rektorinnen und Direktoren überbeansprucht, weil sie bei vergleichbarem Verwaltungsaufwand eine höhere Unterrichtsverpflichtung zu erbringen haben. Das alles führt zu einem eklatanten Rückgang bei den Bewerberinnen und Bewerbern auf Schulleitungsstellen. Im Schnitt bewerben sich nicht einmal zwei Personen auf eine ausgeschriebene Schulleitungsstelle, Mehrfachausschreibungen sind nicht ungewöhnlich.

Unsere Lösungsvorschläge

- Spürbare Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung durch Erhöhung der Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben in der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung.
- Reduzierung der Verwaltungstätigkeiten, um mehr Zeit für Schulentwicklung zu gewinnen. Einstellung von Verwaltungsassistenten bzw. Aufwertung der Schulsekretariate durch ein landeseinheitliches Berufs- und Aufgabenprofil.
- Besoldungsgefüge anpassen und alle Rektorinnen und Direktoren grundsätzlich nach A 15 besolden. Nach A 16 sind jene Schulleiterinnen und Schulleiter zu besolden, die große Schulstandorte mit höherem Verwaltungsaufwand leiten.
- Pädagogische Koordinatorinnen und Koordinatoren müssen wie Didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren nach A 14 besoldet werden.

Bei den Schulleitungen wurde durch die Installation der Funktionsstelle Didaktische Koordinatorin und Didaktischer Koordinator eine VRB-Forderung aufgegriffen und umgesetzt. Bei den anderen Punkten sind einmal mehr die bekannten Ausweich- und Abwälzungsstrategien erkennbar.

Lähmende Bürokratie

Schulleiterinnen und Schulleiter und Lehrkräfte waren und sind während der Corona-Krise zusätzlich beansprucht und gefordert: Sie mussten flexibel kurzfristig eingehende Weisungen umsetzen und hatten Gegenwind nicht nur von „querdenkenden“ Eltern auszuhalten. Dafür gab es anerkennende und wertschätzende Worte, und ansonsten nichts. Den Warnungen der Personalvertretungen, dass viele Lehrkräfte und Schulleitungen erschöpft und

frustriert sind, begegnet Mainz mit dem Verweis auf die Ausnahmesituation der Corona-Pandemie, die schließlich vielen Menschen einiges abverlange. Das ist zwar richtig, ändert aber nichts an dem grundlegenden Überlastungsbefund, den es – siehe IFL-Studie – nicht erst seit Corona gibt. Und Mainz hat den bürokratischen

Aufwand während der Corona-Pandemie weiter hochgetrieben: Neue Portale wurden installiert, zusätzliche Abfragen geschaltet und weitere Dokumentationsverpflichtungen eingeführt. Daneben machten viele Gesundheitsämter großzügig davon Gebrauch, die Schulen bei der Kontaktnachverfolgung einzuspannen.

Portale und Plattformen	Zweck
Edison	<i>Elektronisches Daten- und Informationssystem Schule Online für Schulstatistik; hierüber werden zahlreiche statistische Abfragen realisiert (z. B. Anzahl der Religionskurse und die Verteilung der Sportstunden).</i>
EPoS	<i>Elektronische Post für Schulleitungen/Schulen“ (EPoS) ist ein sicheres E-Mailsystem zur offiziellen Kommunikation zwischen Schulleitungen, dem Ministerium für Bildung (BM), der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion</i>
ADD3Portal	<i>Im ADD3Portal werden zukünftig diejenigen Daten erhoben, die die Schulaufsicht für Prognosen und Planungen zusätzlich zu den Meldungen in SVP-RLP benötigt. Auch die Coronameldungen, die Durchgabe der Testungsergebnisse sowie die Bestellung von Tests und Masken erfolgen über dieses Portal.</i>
Versetzung Online	<i>Über dieses Portal können Lehrkräfte einen Versetzungsantrag stellen, der dann von den Schulleitungen geprüft und an die ADD weitergeleitet wird.</i>
Internet-Portal Ganztagschulen	<i>Verwaltung der Schuldaten (z. B. Teilnehmerzahl GTS, Verwaltung des GTS-Budgets, selbstständiger Abschluss von Verträgen für die GTS).</i>
PES-Portal	<i>Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit: mit Hilfe eines eigenen Budgets soll der temporäre Unterrichtsausfall reduziert werden. Über das Portal müssen alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen abgewickelt werden.</i>
Praxistag-Portal	<i>Der Praxistag unterstützt Mädchen und Jungen im „Bildungsgang Berufsreife“, über ein längeres Praktikum, Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln. Schülermeldung und Budgetfreigabe, Sachmittelanträge, Abschlussberichte u. v. m. erfolgen im Praxistag-Portal</i>
Schulbuchportale	<i>Erfassung Schülerdaten im Schulportal; Zugriff auf den verbindlichen Lernmittelkatalog</i>
IPEMA-Reise	<i>Reisekostenportal zur Beantragung und Abrechnung von Dienstreisen.</i>
Fortbildung online	<i>Hier gibt es Informationen über alle Veranstaltungen des Pädagogischen Landesinstituts, der kirchlichen Träger (EFWI, ILF), freier Fortbildungsträger und der Universitäten. In diesem Portal kann eine direkte Anmeldung zur gewünschten Fortbildung vorgenommen werden.</i>
ABS-BBS-Portal	<i>Das System ABS-BBS dient der Feststellung, ob schulpflichtige Schülerinnen und Schüler, welche die allgemeinbildende Schule verlassen, ordnungsgemäß an einer berufsbildenden Schule angemeldet werden.</i>
Portal Fördergutachten	<i>Die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs kann über dieses Portal beantragt werden.</i>
Moodle	<i>Moodle ist eine Software auf Open-Source-Basis (kostenfrei), die kooperatives Lehren und Lernen unterstützt.</i>
Schulcampus RLP	<i>Eine integrierte digitale Arbeitsumgebung. Der Schulcampus soll eine Kommunikations- und Austauschplattform für Lehrende und Schülerinnen und Schüler sowie Eltern werden.</i>

Immer mehr Konzepte und Dokumentationen

Bereits lange vor Corona klagten Lehrkräfte wie Schulleitungen über die permanent steigenden Dokumentationsverpflichtungen und die Vielzahl an zu bedienenden Portalen. Das hielt Mainz bis-

lang nicht davon ab, den bürokratischen Mehraufwand Jahr für Jahr zu erhöhen. Schulen und Lehrkräfte müssen inzwischen zahlreiche Konzepte entwickeln, pflegen und weiterentwickeln. Hier eine Auswahl:

- Aufsichtskonzept
- Hygienekonzept
- Datenschutzkonzept
- Mediennutzungskonzept
- Fortbildungskonzept
- Präventionskonzept
- Förderkonzept
- Vertretungskonzept

In den naturwissenschaftlichen Fächern sind mögliche biologische, chemische und physikalische Gefährdungen zu ermitteln, zu beurteilen und zu dokumentieren. Diese Absicherungsmaßnahmen hatten vor allem ein Resultat: Aufgrund des bürokratischen Aufwands gibt es in den Schulen sehr viel weniger Experimente und Versuche.

Wollen Geschichtslehrkräfte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus Fördergelder beantragen, um Schulfahrten zu Gedenkstätten oder Zeitzeugen-Projekte zu finanzieren, dann muss dem „Vorhaben ein pädagogisches Konzept zugrunde“ liegen. Die Anträge sind beim Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz zu stellen. „Dem Antrag beizufügen sind insbesondere eine inhaltliche Beschreibung des Vorhabens sowie ein Kosten- und Finanzierungsplan. Zur Prüfung des geplanten Vorhabens können weitere Unterlagen angefordert und Auflagen gemacht werden“ (Richtlinie zur Förderung von schulischen Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Gewaltherrschaft, besonders des Nationalsozialismus). Es darf bezweifelt werden, dass das Pädagogischen Landesinstitut über ausreichende Ressourcen verfügt, um alle Anträge sorgfältig zu prüfen. Es muss aber auch bezweifelt werden, dass viele Kolleginnen und Kollegen dieses Angebot nutzen.

Die neue Landesregierung ist in der Pflicht, mehr gegen die lähmende Bürokratie zu unternehmen. Es muss mehr Freiräume für Schul- und Unterrichtsentwicklung geben. Lehrkräfte und Schulleitungen dürfen nicht länger durch immer mehr zusätzliche Verwaltungsarbeiten und Dokumentationsverpflichtungen belastet werden. Der Versuch über das Schulverwaltungsprogramm Abhilfe zu schaffen, muss (vorerst) als gescheitert gelten.

Schulverwaltungsprogramm-Debakel

Am 18.10.2021 zog Bildungsministerin Stefanie Hubig endgültig die Reißleine: „Schulleitungen bekommen mehr Zeit für Dateneingabe (...) „Damit die Daten am Ende vollständig und zuverlässig sind, bekommen die Schulen für die Eingabe nun bis zum 6. Dezember 2021 Zeit“ (<https://bm.rlp.de/de/service/pressemittelungen/detail/news/News/detail/bildungsministerin-hubig-schulleitungen-bekommen-mehr-zeit-fuer-dateneingabe/>).

Statt einer Entlastung führt das Schulverwaltungsprogramm zu einer unverhältnismäßigen Mehrbelastung: Wochenlang waren Schulleitungsmitglieder mit der Dateneingabe und der anschließenden Plausibilitätsprüfung beschäftigt. Über tausend Plausibilitätsfehlermeldungen mussten geprüft und behoben werden. Der Support war wegen unzähliger Hilferufe vollkommen überlastet und für viele Schulen trotz zahlreicher Kontaktversuche nicht erreichbar. Und nachdem schließlich etliche Schulen alle Fehlermeldungen behoben hatten, konnten die Daten in vielen Fällen aufgrund eines Programmfehlers nicht übermittelt werden. Anderen Schulen gelang die Übermittlung, sie wurden danach häufig zu Nachbesserungen aufgefordert – mit dem Ergebnis, dass im Anschluss wieder zahlreiche Plausibilitätsfehler auftraten.

Aus seiner Verantwortung kann sich das Land in diesem Fall nicht herauswinden, auch nicht mit Verweis auf einen Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Erhebung und Weiterleitung sogenannter Kerndatensätze (KDS).

„Die im KDS enthaltenen Merkmale beziehen sich auf die Schulen, Klassen, Unterrichtseinheiten, Schülerinnen und Schüler, Schulabgänger und Absolventen sowie auf die Lehrkräfte. (...) Um den gestiegenen Ansprüchen an eine moderne länderübergreifende Bildungsstatistik zu genügen, ist eine Änderung des bisherigen Erhebungsprogramms erforderlich. Seitens der Politik wird aber gleichzeitig eine deutliche Reduzierung des Statistikaufwandes im Rahmen des Bürokratieabbaus gefordert“ (FAQs – Frequently Asked Questions zum Kerndatensatz und zur Datengewinnungsstrategie).

Statt der „Reduzierung des Statistikaufwandes im Rahmen des Bürokratieabbaus“ wurde der Aufwand exorbitant in die Höhe getrieben. Der Beschluss stammt aus dem Jahr 2003 (!). In 18 Jahren ist es Mainz nicht gelungen, ein funktionierendes Schulverwaltungsprogramm auf den Weg zu bringen. Die Gründe dafür sind bekannt, nämlich die eigenen Unzulänglichkeiten.

Fazit: Beste Bildung

» AUSZUG AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

„In Rheinland-Pfalz sollen alle Kinder die beste Bildung erhalten“

„Zukunftsvertrag“, S. 8

Um die „beste Bildung“ für alle Kinder zu erreichen, muss die neue Landesregierung mehr tun als die alte. Sie muss sich ihrer Verantwortung für die „beste Bildung“ stellen. Der Anspruch „Zukunft gestalten“ ist nicht vereinbar mit dem Verwalten des unzureichenden Status quo. Die überkommenen Abwehr- und Ausweichreflexe, die in diesem Beitrag aufgezeigt wurden, haben viel zur Frustration der Lehrkräfte beigetragen. Die lähmende Bildungsbürokratie der Papierkonzepte, der Abfrage- und Erhebungsflut sowie der Dokumentationsverpflichtungen hat das ihre dazu beigetragen.

Wer die „beste Bildung“ will, muss selbst investieren und für beste, zumindest gute Arbeits- und Rahmenbedingungen Sorge tragen. Das gilt auch für die digitale und technische Infrastruktur. Die „beste Bildung“ ist ohne ein vielfältiges Bildungssystem mit gut ausgebildeten Lehrkräften und Schulleitungen nicht zu haben.

Die Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen hat sich selbst hohe Ziele gesetzt. Sie steht im Wort, es anders und besser zu machen als die vorherige Landesregierung.

michael.eich@vrb-rlp.de





Deutschland hat gewählt

Ein Blick auf den bundespolitischen Herbst

von **Wolfgang Häring**

Da fielen große Worte vor der Wahl: Man sprach von einer Zeitenwende, von einer neuen Ära nach 16 Jahren Angela Merkel. Hoffnungen wurden geweckt und auch Ängste verbreitet vor einer immer ungewisseren Zukunft. Wie sollten die großen Krisen der Gegenwart wie Strukturwandel durch Digitalisierung, Klimakrise, Pandemie, Verschiebung der Gewichte unter den Weltmächten u. a. m. bewältigt werden. In ihren sehr umfangreichen Wahlprogrammen haben die Parteien Strategien und Antworten versprochen.

Aus den Wahlprogrammen

Was im Bundestag vertretene Parteien zur Schul- und Bildungspolitik zu sagen hatten, kann hier natürlich nicht umfassend dargestellt werden. Zusätzlich muss bedacht werden, dass die Zuständig-

keiten in diesem Bereich ohnehin weitgehend bei den Ländern und nicht beim Bund liegen. Ich habe aus Wahlprogrammen wenige Kernsätze herausgegriffen.

CDU/CSU „Aufstieg durch Bildung“:

- Jedes Kind muss vor der Einschulung der deutschen Sprache mächtig sein.
- Die Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden.
- Digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht integriert werden.
- Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanliegen.
- Für Erwachsene sollen Alphabetisierungskurse angeboten werden.

SPD „Berufschancen erhöhen“

- Der Kampf gegen Bildungsbenachteiligung muss in allen Systemen konsequent stattfinden.
- Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann.
- Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen.
- Ein gutes Ganztagsangebot ist entscheidend für gleiche Chancen – und das muss für alle Kinder zur Verfügung stehen.

GRÜNE „Bildung und Forschung ermöglichen“

- Wir brauchen sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen.
- Leitbild sind integrierte Ganztagskonzepte für eine umfassende Persönlichkeitsbildung. Es gilt, Ganztag und gute weiterführende Schulen für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne.
- Schulsozialarbeit ist auszubauen und flächendeckend als Bestandteil des Ganztags zu verankern.

FDP „Chancen für Aufstieg und Selbstbestimmung“

- Die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben.
- Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen muss ganzheitlich gedacht werden.
- 2,5 Milliarden Euro zur Modernisierung unseres Bildungssystems sind notwendig.
- Für Mittlere Reife und Abitur sind bundesweite Abschlussprüfungen sowie qualitativ hochwertige Bildungsstandards einzuführen.

Der Wahlkampf

Das Neue an der diesjährigen Wahl war, dass sich drei Personen um das Kanzleramt beworben haben und die Amtsinhaberin nicht mehr antrat. Die Kandidatenkür war bereits belastet. Die SPD schickte mit Olaf Scholz den Vize-Kanzler ins Rennen, der bei der Wahl zum Parteivorsitzenden gescheitert war. Bei den GRÜNEN musste sich Annalena Baerbock als Frau zwangsläufig gegen ihren Ko-Vorsitzenden Robert Habeck durchsetzen und in der Union kam es zu

dem zerstörerischen Duell zwischen Armin Laschet und Markus Söder.

Überlagert durch die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie den überhasteten Truppenabzug der NATO aus Afghanistan begann der Wahlkampf relativ spät und schleppend. Zunehmend kamen dann die Bewerber um das Kanzleramt in den Fokus des medialen Interesses. Der Blick war aber weniger auf die Programme der Parteien

als auf die großen und kleinen Fehler der Kandidatin und der Kandidaten gerichtet.

Durch die zum Medien-Hype hochgejubelten sog. Trielle kam etwas mehr Leben in die politische Debatte. Nicht unumstritten war dabei die Auswahl des Publikums im Studio bzw. die Befragung durch ausgewählte Zuschauer. Ebenso wie bei den eingespielten Tweets konnte man Versuche gezielter Einflussnahme erahnen.

Zwar betonten alle Parteien die Bedeutung der Bildung für die Zukunft des Landes. Es wurde gefordert, die bei der Pandemie entstandenen Defizite aufzuarbeiten, aber neue bildungspolitische Ideen oder konkrete Zusagen hat man vermisst.

Bei keiner anderen Wahl haben sich die Umfragezahlen für die einzelnen Parteien innerhalb kurzer Zeitspannen so dramatisch verändert wie in diesem Jahr. Wer eben noch jubeln konnte, findet sich nur Tage später im Umfragetief wieder. Es war wohl dem Absturz der Umfragewerte bei der Union geschuldet, dass sich schließlich Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag einschaltete.

Stimmen zum Wahlkampf

„In diesem Wahlkampf konnte man den Eindruck gewinnen, Deutschland hätte keine echten Sorgen. Okay, vielleicht braucht es ein paar neue Rechner für die Behörden, ein bisschen mehr grünen Strom – und ein paar zusätzliche Elektroautos. Aber das wird schon. Der Klimaschutz wird den Bürger und die Bürgerin nichts kosten. Die Renten sind sicher. Die Jobs sowieso. Unangenehme Wahrheiten wollte das politische Spitzenpersonal den Menschen nicht zumuten.“

Sebastian Matthes, Handelsblatt

„Der deutsche Wahlkampf gleicht diesmal einem „Wattebäuschchenwerfen“. Kein Mensch braucht TV-Trielle, wenn sie sich wie Versammlungen eines Abstinenzlervereins anfühlen. Baerbock, Laschet und Scholz führten sich auf, als sollten sie nicht Kanzler einer europäischen Großmacht, sondern Elternsprecher in der Kita werden.“

Neue Züricher Zeitung

„Wahlen werden immer mehr zu Personenwahlen. Was das bedeuten kann, haben wir in den USA gesehen. Schon verges-

sen? Donald Trump, Sie erinnern sich? Eine ganze Regierung auf einen Kopf reduziert.“

Uwe Renners, DIE RHEINPFALZ

„Dieser Wahlkampf 2021 findet bisher vor allem auf Nebenkriegsschauplätzen statt, auf denen Plagiate- und Lebenslaufdebatten toben, auf denen wichtig ist, wer wann was getwittert und sich dabei im Ton

vergriffen hat. Geht's noch? ... Das ist ein Wahlkampf wie im Schlaraffenland. Als seien alle mit allem versorgt und man müsse sich nur um Luxusprobleme kümmern. Wenn sich das politische Spitzenpersonal dann doch einmal zu konkreten Fragen äußern soll, ... bleibt es meistens vage. Bloß niemandem auf die Füße treten.“

Eva Quadbeck, Kölner Stadtanzeiger

„Heute muss es auch dem Letzten klar geworden sein: Die Union steht mit dem Rücken an der Wand – ach was: in der Wand. Wie sonst ist es zu erklären, dass die bislang so moderate Kanzlerin, die sich kaum jemals als aggressive Wahlkämpferin hervorgetan hat, im Bundestag mit roten Socken wedelt.“

Barbara Kostolnik, ARD-Hauptstadtstudio

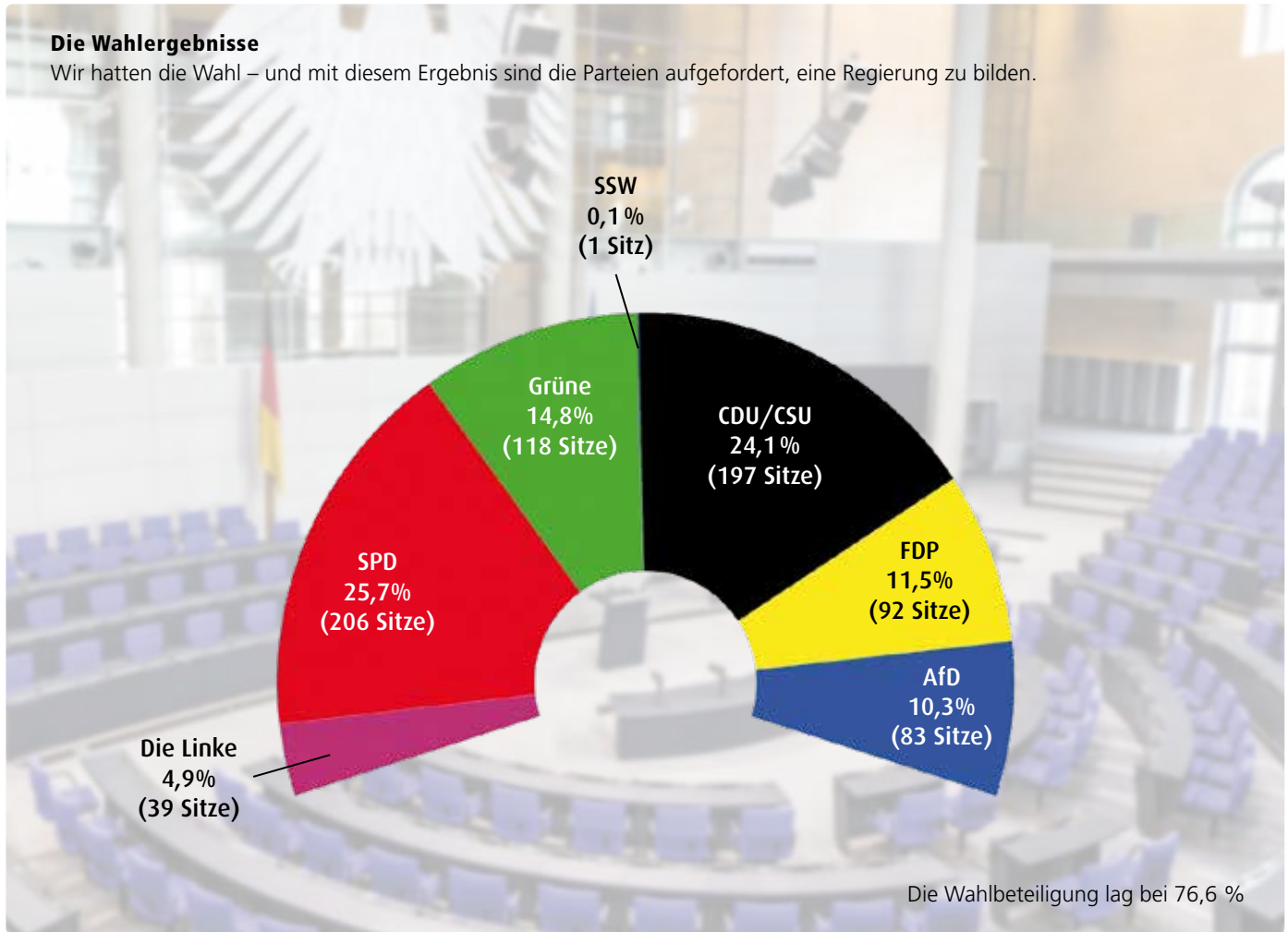


Foto: AdobeStock

Es wurde schon oft vorhergesagt und das Wahlergebnis hat es bestätigt: Es gibt keine Volksparteien mehr. Noch nie reichten lausige 25,7 Prozent der Stimmen für einen Wahlsieg.

„Viel war die Rede davon, dass Deutschland in den Wirren dieser Pandemie zerfällt. Doch das Wahlergebnis spricht eine andere Sprache: Nicht die Spalter an den Rändern haben gewonnen, vielmehr erleben wir einen Sieg der Mitte. Auch wenn die Erosionsgefahr unserer Demokratie im Osten Deutschlands nicht gebannt ist, steuert Berlin auf ein Bündnis der Gemäßigten zu“, kommentiert Florian Festl in focus online. Mit der AfD will keiner koalieren, die LINKE wäre rausgeflogen, wenn sie nicht drei Direktmandate gewonnen hätte.

„Ein Selfie bei Instagram weist den Weg zur Macht. Das scheinbar legere Bild der Chefunterhändler von GRÜNEN und FDP war einfach überall zu sehen und dokumentiert einen neuen Politikstil“, schreibt DIE RHEINPFALZ in ihrem Newsletter am Mittwoch nach der Wahl.

Und der NDR stellt nüchtern fest: „Das Risiko, dass wir nach Monaten vor einem Scherbenhaufen gescheiterter Sondierungsgespräche stehen und es für Deutschland peinliche Neuwahlen geben muss, ist gering.“ Und in der Tat: Am 21. Oktober begannen nach verschiedenen Sondierungsgesprächen die Koalitionsverhandlungen der geplanten „Ampel“. 300 Menschen diskutieren in 22 Arbeitsgruppen.



29. September 2021: Ein Selfie geht viral – Nutzer reagierten in Sozialen Netzwerken mit Kommentaren und Bearbeitung des Fotos.

Grundlage ist ein 10-Punkte-Papier, in dem die Sondierungsergebnisse der Koalitionäre SPD, GRÜNE und FDP festgehalten sind. Ziffer 5 enthält Absichtserklärungen zur Bildungspolitik. Bemerkenswert ist, wie stark dabei der Fokus auf die berufliche Bildung und auf soziale Aspekte gerichtet ist.

Aus dem Abschlusspapier der Sondierungen:

- Wir konzentrieren uns auf die Kinder, die am meisten Unterstützung brauchen. Wir wollen mehr Kinder aus Armut holen.
- Unser duales Ausbildungssystem ist ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell. Nur wenn genügend ausgebildet wird, können wir künftig den wachsenden Bedarf an Fachkräften decken.
- Den Übergang von der Schule in die berufliche Bildung werden wir verbessern.
- Wir wollen die Jugendberufsagenturen optimieren und ausbauen und eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg bringen.
- Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat (Kooperationsgebot). Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren werden wir gezielt und dauerhaft unterstützen.
- Wir wollen Länder und Kommunen dauerhaft bei der Digitalisierung des Bildungswesens unterstützen.

Erwartungen an eine neue Regierung

Bildung müsse „im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes eine deutlich größere Rolle in einer künftigen Regierung spielen“, forderte der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Heinz-Peter Meidinger. Zwar gelte grundsätzlich das föderalistische Prin-

zip, um jedoch die großen Herausforderungen zu bewältigen, sei es dringend notwendig, „dass bei den Bildungsinvestitionen Bund, Länder und Schulträger viel stärker, enger, effektiver und schneller als bisher zusammenarbeiten“ (WELT, 03.10.21). Konkret fordert der DL unter anderem eine Erhöhung der gesamten Bildungsinvestitionen von vier auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

„Wir fordern die neue Bundesregierung auf, Bildung wieder in die Mitte der Gesellschaft zu führen und alle Bildungswege qualitativ zu stärken“, appelliert VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm in einer Pressemitteilung vom 06.10.21.

Besonders vordringlich sei, „dem eklatanten Personalmangel sowohl im frühkindlichen als auch im schulischen Bereich“ nachhaltig zu begegnen, sagte Udo Beckmann (VBE). Für die Digitalisierung von Schulen fordert er jährlich 2,5 Milliarden Euro. „Der Grundsatz der neuen Bundesregierung muss sein, dass keine Erwartungen an den Bildungsbereich formuliert werden, die dieser wegen Personalmangels oder unzureichender Ausfinanzierung nicht erfüllen kann.“ Darüber hinaus braucht es „umfassende, bundesweite Sprachstandtests für alle Vierjährigen“ in Verbindung mit verpflichtenden Förderprogrammen für Kinder mit Sprachdefiziten im Vorschulalter.

Thomas de Maizière (Bundesminister a.D.) macht in der FAZ vom 14.10.21 konkrete Vorschläge für die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Schulbereich. Auch ohne Aufgabe des Föderalismusprinzips regt er im inhaltlichen und organisatorischen Bereich sehr konkret effizienzsteigernde Maßnahmen an.

Man darf gespannt sein, ob und in welchem Umfang sich mit der neuen Regierung Verbesserungen für den schulischen Alltag ergeben werden. Wie schon bei der Bildung der Landesregierung wird für viele Maßnahmen ein Finanzierungsvorbehalt gelten. FDP-Chef Christian Lindner sagte in einem Interview mit „Bild am Sonntag“, er habe Ideen, wie man „ohne höhere Schulden oder Steuern“ im Bildungsbereich vorankommen könne. Dafür wolle er „überflüssige Subventionen“ streichen. (BamS, 03.10.21).

wolfgang.haering@vrb-rlp.de



„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Volksparteien
Ob Ampel
oder Jamaika
ausgezehrt!

Foto: www.fotolia.de



Foto: AdobeStock

Über die Gleichberechtigung natur- und geisteswissenschaftlichen Denkens

Der Wissenschaftsjournalist Ernst Peter Fischer war Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg und ist Autor zahlreicher Bücher. In unserer letzten Ausgabe haben wir sein Buch „Vom Staunen in der Welt“ vorgestellt. Heute gehen wir auf einen aktuellen Aufsatz ein, in dem es um Bildung, Halbbildung, Halbgötter und Halbleiter geht.

Bildungsbegriff..

Unermüdlich setzt sich Professor Ernst Peter Fischer immer wieder für eine angemessene Wertschätzung der Naturwissenschaften in der Gesellschaft ein: „Ich begreife nicht, was die Menschen daran hindert, ihr gutes Leben – ihre Reismöglichkeiten, ihre Autos, ihre Medikamente – als Folge der Wissenschaft zu sehen. Es waren doch keine Philosophen oder Politiker, die uns Anästhetika und Aspirin gebracht haben ...“

... zu eng gefasst...

Er sieht den Bildungsbegriff von vielen Intellektuellen eindeutig zu eng gefasst. In seinem Aufsatz „Halbbildung, Halbgötter und Halbleiter, Über Bildung und die Unmöglichkeit eines richtigen Denkens im falschen“ zeigt er uns mit seiner gewohnten Direktheit, dass die meisten von uns die Errungenschaften der Technik nutzen, ohne weiter darüber nachzudenken. Daher sind wir genau auf der Ebene, vor der uns Albert Einstein bereits 1930 zur Eröffnung einer Funkausstellung in Berlin warnte: „Sollen sich alle schämen, die sich der Wunder von Wissenschaft und Technik bedienen und geistig nicht mehr davon verstehen als die Kuh von der Botanik der Pflanzen, die sie mit Wohlbehagen frisst.“

...und diskreditiert

Noch einen Schritt über diese Haltung hinaus sieht Professor Fischer in seinem Aufsatz allerdings einige renommierte Philosophen und Soziologen, die die Naturwissenschaften nicht nur nicht verstehen, sondern sie beiläufig diskreditieren und verunglimpfen, und auch jene Menschen herabsetzen, die naturwissenschaftlich basierte Techniken nutzen, um sich neue Welten zu erschließen.

Gleichberechtigung aller Fachrichtungen in der Schule

Glücklicherweise gibt Schule mit ihrem breiten Fächerkanon und der Gleichberechtigung aller Fachrichtungen den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, naturwissenschaftliches, geisteswissenschaftliches und gesellschaftswissenschaftliches Denken zu erlernen, bevor sie ihren persönlichen Schwerpunkt setzen. Dabei gibt es kein Gegeneinander, sondern durch viele schulische Projekte häufig auch ein fächerübergreifendes Lernen. Außerdem werden gerade die MINT-Fächer an vielen Realschulen plus besonders gefördert. Professor Fischer wird es freuen.

Ser

Bildung auf einen Blick 2021

Neue OECD-Studie belegt: MINT beliebt!

Die OECD hat in ihrem jüngsten Bericht die Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland beschrieben. Dies zeichnet sich im internationalen Vergleich durch gute Aufstiegschancen, Flexibilität im beruflichen Werdegang und einen schnellen Berufseinstieg aus. Diese Eigenschaften wirken sich auf die Beschäftigungsquoten und -perspektiven gerade für junge Menschen positiv aus.



Foto: AdobeStock

MINT-Ausbildung folgt steigender Nachfrage

Eine wesentliche Herausforderung des beruflichen Ausbildungsmarktes stellt der technologische Wandel dar, der alle Sparten des deutschen Arbeitsmarktes nachhaltig verändert. Die Nachfrage nach Fachkräften, die in MINT-Fächern ausgebildet sind, ist bereits enorm und steigt stetig weiter. In Deutschland erfreuen sich diese Fächer zunehmender Beliebtheit.

Ein Blick auf die Zahlen der Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Berichtsjahr 2018) zeigt, dass 35 Prozent einen Abschluss in MINT-Fächern erwarben. Im OECD-Vergleich ist dies der höchste Wert.

Auch in den beruflichen Bildungsgängen absolvierte über ein Drittel der jungen Menschen einen Abschluss in den Fachbereichen Ingenieurwesen und Baugewerbe, Informatik und Kommunikationstechnologie. Damit erreicht Deutschland einen guten durchschnittlichen Wert im Vergleich der OECD-Länder.

Technologiestandort Deutschland bei international Studierenden gefragt

Das Ansehen der Hochschul- und beruflichen Abschlüsse in den MINT-Bereichen ist für Deutschland als Technologiestandort wichtig für dessen internationale Anerkennung. Diese Anerkennung sieht man bestätigt durch die Fächerwahl internationaler Studierender. Mit 312.000 internationalen Studentinnen und Studenten steht Deutschland im OECD-Vergleich auf Platz vier hinter den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Australien. Knapp die Hälfte dieser Studierenden beginnt ein Studium in einem MINT-Fach. Dabei erfreut sich das Fach Ingenieurwissenschaften besonderer Popularität, denn knapp 30 Prozent der internationalen Studienanfängerinnen und -anfänger entscheiden sich für diese Fachrichtung.

NWU/Quellen: <https://www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm>, <https://www.bmbf.de/OECD-Bericht.html>



Bildungsweg und beruflicher Erfolg

Ob sich unterschiedliche Bildungssysteme tatsächlich darin unterscheiden, inwieweit sie den späteren beruflichen Erfolg vorherbestimmen, hat ein internationales Forschungsteam unter der Leitung von Steffen Schindler (Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler der Universität Bamberg) untersucht. Soziologinnen und Soziologen aus Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Israel und Italien verglichen insbesondere die Organisation der Sekundarstufe in ihren Ländern.

In bildungspolitischen Diskussionen wird häufig kritisiert, dass in Deutschland durch die Wahl der weiterführenden Schule bereits frühzeitig Lebensverläufe vorherbestimmt werden würden (sog. Pfadabhängigkeiten). Als alternatives Vorbild werden dann oft Bildungssysteme angeführt, die längere Zeiten gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe vorsehen. Es fänden jedoch auch in solchen Systemen Aufteilungen der Schülerinnen und Schüler statt, die aber nicht immer offensichtlich seien. Erkennbar würden diese Differenzierungen etwa, wenn Kinder je nach Leistung in unterschiedliche Lerngruppen aufgeteilt werden. Insbesondere in England erfolge die Aufteilung möglichst unauffällig, zum Beispiel durch die Wahl bestimmter Fächer oder die Teilnahme an bestimmten Prüfungen.

„In allen Bildungssystemen findet eine Sortierung der Schülerinnen und Schüler statt, durch die der spätere Arbeitsmarkterfolg vorherbestimmt wird“, fasst der Soziologe Schindler die Studienergebnisse zusammen.

Hr/Quellen: news4teachers, 21.08.21; DIE RHEINPFALZ, 22.08.21

Betriebliche Lehre gewinnt in Frankreich an Bedeutung und Ansehen

In Frankreich erlebt die praktische Ausbildung nach deutschem Vorbild gerade einen Höhenflug.

Mit einigem Neid blickt man nämlich über die Grenze nach Deutschland, wo die Duale Ausbildung dem Handwerk und der Industrie den Nachwuchs beschert und gleichzeitig die Jugendarbeitslosigkeit niedrig hält. Nach einer 2018 von Präsident Emmanuel Macron angestoßenen Reform des Ausbildungswesens steigt die Anzahl der Lehrlinge seit zwei Jahren steil an.

Knut Krohn, Pariser Korrespondent der RHEINPFALZ, stellt in einem Kommentar vom 4. September 2021 fest: „Ausdrückliches Ziel der Reform in Frankreich ist es, der Verbindung von schulischem Lernen und Lernen im praktischen beruflichen Kontext einen höheren Stellenwert einzuräumen.“

Ähnlich wie in Deutschland suchen die französischen Betriebe händeringend nach qualifiziertem Personal und haben ihre Bemühungen verstärkt. Der sicherste Weg ist, über eine Lehre die besten Talente zu erkennen, zu fördern und dann möglichst auch zu behalten. Eine

Umfrage unter Betrieben ergab, dass 65 Prozent der Auszubildenden bereits zwölf Monate nach ihrem Arbeitsantritt eine sichere Anstellung haben.

In Deutschland geht die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge leider seit Jahren kontinuierlich zurück. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes RLP nahm ihre Zahl zwischen 2011 und 2021 um 18 Prozent ab, bei den Ausbildungsanfängerinnen sogar um 27 Prozent. Eltern streben in unserem Land für ihre Kinder – wenn irgend möglich – ein Hochschulstudium als Berufsqualifikation an. Es bedarf in der öffentlichen Wahrnehmung eines Perspektivenwechsels hin zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse. „Ausbildungsbetriebe sind keine Bastelstuben für Schulversager“, betont Albert Rupprecht (MdB) schon 2013 in einem Kommentar in der FAZ.

Bleibt zu hoffen, dass in Deutschland die Duale Ausbildung zur alten Stärke zurückkehrt und auch hierzulande dazu beiträgt, dem dramatischen Fachkräftemangel zu begegnen.

Hr



Foto: AdobeStock

Hauptversammlung 2021: Eine vertiefende Nachlese Weichenstellung für die neue Wahlperiode

von **Wilfried Rausch**

Geschafft. Die virtuelle Hauptversammlung 2021 war ein Erfolg. Das ist auch dem Technikteam der Mainzer KEMWEB GmbH zu verdanken.

Zum Schlussbild haben sich zufriedene und erleichterte Akteure zusammengefunden: VRB-Geschäftsführer Wilfried Rausch, VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler sowie Kemweb-Geschäftsführer Christoph Kemmann mit seinem Team.

Die coronabedingten Herausforderungen in der Verbandsarbeit waren und sind gewaltig. Neue Organisations- und Kommunikationsformen mussten in der Vorstandsarbeit auf allen Ebenen praktiziert werden. Mit einer virtuellen Hauptversammlung am 23. Juni betrat der Verband Neuland. Rückblickend lässt sich festhalten, dass er die schwierige Phase während der Corona- Epidemie gut und gestärkt bewältigt hat.

Nach der Hauptversammlung konnte der neugewählte Landesvorstand in analogen Vorstandssitzungen zur Normalität zurückkehren und die Weichen für die neue Wahlperiode stellen.

Mit einer Extra-Ausgabe unserer Zeitschrift haben wir vor den Sommerferien über die

wichtigsten Ergebnisse der Hauptversammlung informiert. In einer vertiefenden Nachlese wollen wir nunmehr die neugewählten Vorstandsmitglieder ausführlicher vorstellen, die ausgeschiedenen Mitglieder würdigen und die in den Anträgen formulierten Ziele der zukünftigen Verbandsarbeit darstellen.



Foto: Wolfgang Wünschel

Der neue Landesvorstand in Kurzporträts

Landesvorsitzender: Timo Lichtenthäler aus Bad Neuenahr-Ahrweiler (Kreis Ahrweiler) ist 2005 in den Verband eingetreten, weil er eine Interessenvertretung für Lehrkräfte als unerlässlich erachtet. Die Werte und Ziele unseres Verbandes bewogen ihn, sich hier aktiv und ehrenamtlich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Nach unterschiedlichen Funktionen im Verband wurde er 2016 zum Landesvorsitzenden gewählt und konnte in den vergangenen Jahren in Teamleistung vieles zum Wohle der Schulen und der Lehrkräfte bewegen.



Timo
Lichtenthäler

Erster stellvertretender Landesvorsitzender: Für Michael Eich aus Berg (Kreis Germersheim) beginnt die dritte Amtszeit im Geschäftsführenden Landesvorstand. Seine Motivation, sich erneut für das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden zu bewerben, war auch, dazu beizutragen, dass Schule und Unterricht, Bildung und Erziehung undogmatisch und ideologiefrei vorangebracht werden. Handlungsleitend sind für ihn dabei seine schulpraktischen Erfahrungen sowie sein Engagement in der Personalvertretung.



Michael
Eich

Zweiter stellvertretender Landesvorsitzender: Beginnend im Referendariat 2010 hat sich Bengjamin Bajraktari aus Herschbach (Westerwaldkreis) im Verband, zunächst als Mitglied im erweiterten Vorstand und dann als Vorsitzender im Bezirk Koblenz, aktiv für die Interessen der Lehrkräfte eingesetzt. Seit 2013 ist er Mitglied des Bezirkspersonalrats, seit 2017 dessen Vorsitzender. Dieses Engagement wird er in der Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden ausbauen, um landesweit allen Mitgliedern im VRB unterstützend zur Seite zu stehen.



Bengjamin
Bajraktari

Dritter stellvertretender Landesvorsitzender: Teamarbeit und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind für Christoph Krier aus Trier in der Gremienarbeit unabdingbar und für die Interessenvertretung der Mitglieder entscheidend. Das prägt seine Arbeit als Vorsitzender im Bezirk Koblenz sowie auf Landesebene. Als stellvertretender Landesvorsitzender wird er die Interessen und Anliegen der VRB-Mitglie-



Christoph
Krier

der sowie aller Lehrkräfte der Schularten Realschule plus und Integrierte Gesamtschule auf Bezirks- und Landesebene vertreten.

Landesschatzmeister: In den langen Jahren seiner Verbandszugehörigkeit hat Erwin Schneider aus Roth an der Our (Eifelkreis Bitburg-Prüm) auf Bezirks- und Landesebene in den Vorständen in unterschiedlichen Funktionen Verantwortung übernommen und jüngere Kolleginnen und Kollegen stets motiviert und unterstützt, dies ebenfalls zu tun. Im Amt des Landesschatzmeisters, das er bereits als Nachfolger von Alfons Denig ausübte, kann er seine vielfältigen Erfahrungen in die zukünftige Verbandsarbeit einbringen.



Erwin
Schneider

Landesschriftführerin: Saskia Tittgen aus Aspishem (Kreis Mainz-Bingen) ist seit ihrem Referendariat Mitglied im Verband. Ab 2016 war sie als Vorsitzende des Bezirksvorstands Neustadt auch in die Arbeit des Geschäftsführenden Landesvorstands eingebunden. Durch die Kontakte zu den Studienseminaren sind ihr die jungen Lehrkräfte besonders wichtig, deshalb übernahm sie 2020 den Vorsitz der VDR-Jugend auf Bundesebene. Mit ihrem Einsatz im Verband möchte sie das Leben und Arbeiten an den Schulen verbessern.



Saskia
Tittgen

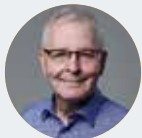
Chefredakteur Verbandszeitschrift: Als bisheriger Redaktionsleiter unserer Zeitschrift steht Wolfgang Wünschel aus Hainfeld (Kreis Südliche Weinstraße) auch für eine zweite Amtszeit zur Verfügung. Für ihn ist die Zeitschrift ein lebendiges Medium, das die Arbeit unseres Verbandes nach Außen spiegelt und Impulse aufnimmt, die aus Schule, Politik und Gesellschaft in den Verband eingetragen werden. Unter seiner Leitung strebt das Redaktionsteam nach thematischer Vielfalt und Nähe zum schulischen Alltag.



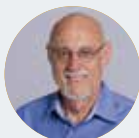
Wolfgang
Wünschel

Berufungen in den Geschäftsführenden Vorstand

Der Geschäftsführende Landesvorstand hat satzungsgemäß folgende Berufungen vorgenommen:



Referent Kommunikation,
Presse und Medien:
Bernd Karst
Ehrenvorsitzender



Landesgeschäftsführer:
Wilfried Rausch



Landesgeschäftsführer
(Mitgliederverwaltung
und Finanzen):
Wolfgang Seebach



Referentin Organisation:
Heidi Becker

Berufungen in den Landeshauptvorstand

Die Hauptversammlung hat auf der Grundlage einer Satzungsänderung Referenten für besondere Mitgliedergruppen in den Landeshauptvorstand berufen. Es sind Referenten für junge Lehrkräfte, für Senioren, für Tarifbeschäftigte und für Gleichstellungsaufgaben. Die vom Geschäftsführenden Landesvorstand ernannten Referenten sind eingebunden in entsprechende Gruppierungen im Bundesvorstand und in unserem Dachverband dbb auf Landes- und Bundesebene.

Referentin für junge Lehrkräfte:
Maren Sassenroth

Die VRB-Jugendvertretung setzt sich für die wirtschaftlichen und sozialen, berufs- und bildungspolitischen Belange der Studierenden, Studienreferendare sowie der Lehrkräfte bis 35 Jahren ein.

Referent für Senioren:
Wilfried Rausch

Die VRB-Seniorenvertretung hat sich zum Ziel gesetzt, bewusst einen Beitrag zur Teilhabe und Teilnahme der älteren Generation an bildungspolitischen und gesellschaftlichen Themen zu leisten.

Gemeinsam mit der Bundesseniorenvertretung arbeitet die VRB-Seniorenvertretung sehr eng mit den Seniorenvertretungen der dbb-Landesbünde und den Fachgewerkschaften zusammen. Die Themen, mit denen sich alle Vertretungen beschäftigen, sind weit gespannt: So sind beispielsweise Pflege, Betreuung, Prävention und medizinische Rehabilitation, Wohnen im Alter, Infrastruktur im ländlichen Raum und Rente wichtige Themenfelder.



Maren
Sassenroth



Wilfried
Rausch

Referentin für Tarifbeschäftigte:
Katharina Becker

Die Tarifbeauftragte vertritt die Interessen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte sowie der sonstigen pädagogischen Tarifbeschäftigten im Schulbereich.

Die Zahl der Tarifbeschäftigten wird aufgrund des allgemeinen Lehrermangels im Bereich der befristeten Beschäftigungen und im Bereich des sonstigen pädagogischen Personals in den Schulen tendenziell zunehmen, weil mehr Vertretungslehrkräfte eingestellt werden müssen und weiteres pädagogisches Zusatzpersonal in den Schulen eingesetzt werden muss.

Referentin für Gleichstellungsaufgaben:
Nicole Weiß-Urbach

Die VRB-Gleichstellungsbeauftragte verfolgt das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern im Schuldienst. Sie setzt sich insbesondere ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter besonderer Berücksichtigung veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Sie unterstützt unsere Mitglieder bei der Bewältigung neuer Aufgabenbereiche in Beruf und Familie.



Katharina
Becker



Nicole
Weiß-Urbach

Leitanträge bestimmen den Kurs der nächsten vier Jahre

In der Hauptversammlung gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit fünf Leitanträgen die Zielrichtung der Verbandsarbeit für die kommenden Jahre vor:



Schule gestalten

Bei der Verbesserung der baulichen und technischen Infrastruktur der Schulen sind sowohl die Schulträger als auch die Landesregierung gefordert. Bürokratieabbau und eine Verstärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen würde die

Effektivität unterrichtlicher Arbeit verstärken. Die erfolgreiche Fachoberschule sollte auf weitere Standorte ausgedehnt und personell und organisatorisch enger mit der Realschule plus verzahnt werden.



Unterrichtsqualität sichern und ausbauen

Die Unterrichtsqualität hängt direkt von der qualitativen und quantitativen Lehrerversorgung ab. Den prognostizierten Personaldefiziten muss durch eine offensive Einstellungspraxis begegnet werden. Diese beinhaltet die Schaffung zusätzlicher Planstellen und finanzielle Anreize sowie die Vorhaltung einer ausreichenden und effektiven

Vertretungsreserve. An den Schulen sind multiprofessionelle Unterstützungsteams und der Ausbau der individuellen Förderung erforderlich. Schulart- und fachspezifische Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sichern dauerhaft hochqualifizierte Lehrkräfte.



Digitalisierung vorantreiben

Schulen müssen flexibel, dynamisch und zukunftsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Schulen brauchen in allen Klassen- und Fachräumen eine gute und funktionierende digitale Infrastruktur. Durch eine Funktionsstelle „Digitale Koordination“ sowie zusätzliche Poolstunden sollte die Entwicklung vorangetrieben

und die schulinterne Fortbildung koordiniert werden. Über die Fördermittel des Bundes hinaus ist ein umfangreiches Investitionsprogramm des Landes erforderlich, um fachgerechtes digitales Arbeiten sicherzustellen. Für die professionelle Wartung und Pflege muss es IT-Fachkräfte an allen Schulen geben.



Lehrergesundheit

Das hohe Arbeitspensum, die Heterogenität der Schülerschaft, die ständig wachsenden Ansprüche der Politik und der Gesellschaft, die unzureichende Ausstattung der Schulen und nicht zuletzt Lärm und schlechtes Klima in den Unterrichtsräumen belasten die Gesundheit der Lehrerschaft. Entlastungen durch Reduzierung

der Unterrichtsverpflichtung auf maximal 24 Wochenstunden und Erhöhung der Funktionalentlastung sind dringend geboten. Schulsozialarbeit und schulpsychologischer Dienst müssen ausgebaut und die Klassenmesszahlen müssen reduziert werden.



Lehramt stärken

Aufgrund mangelnder Attraktivität nimmt die Zahl der Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus stetig ab. Da zusätzlich gut ausgebildete Kräfte in andere Bundesländer abwandern, zeichnet sich ein Mangel ab. Dem gilt es gegenzusteuern. Es müssen Anreize zum Studium dieses Lehramts geschaffen werden, wie z. B. ein erweitertes Studienangebot hinsichtlich des Fächerkanons an allen Uni-Standorten des Landes,

die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der Anwärtinnen und Anwärter und die Steigerung der Qualität der schulischen Ausbildung. Die besonderen Anforderungen in Unterricht und Erziehung erfordern eine Erweiterung des Lehramtsstudiums an Realschulen plus auf zehn Semester. Der Bachelor- und Masterabschluss kann damit in der ersten Ausbildungsphase an der Universität abgeschlossen werden.

Beraterteam neu aufgestellt

Der Landesvorstand setzt bei der Umsetzung der Leitanträge auf die Expertise aus der Mitgliedschaft. Die Referentinnen und Referenten werden innerhalb der Landeshauptvorstandssitzungen wie auch innerhalb der Bezirksvorstände in die Verbandsarbeit aktiv eingebunden. Weiter unterstützen sie die Mitglieder in persönlichen Fragen. Wie schon bei den Personalratswahlen kann der Landesverband auf das Engagement einer beachtlichen Anzahl von Mitgliedern bauen. Erfreulich ist, dass insbesondere jüngere Mitglieder Verantwortung innerhalb des Verbandes wahrnehmen. Hilfreich ist hierbei die Unterstützung durch erfahrene Mitglieder.

Auf der nächsten Seite stellen wir namentlich das Beraterteam vor. Kontaktdaten sind auf der Homepage hinterlegt.

Änderungen der Satzung und Geschäftsordnung

Die Hauptversammlung hat eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Diese betreffen:

- § 10 Rechte und Pflichten (6)
- § 17 Landesdelegiertenversammlung (3)
- § 22 Landeshauptvorstand (1) 4 bis 6
- § 23 Geschäftsführender Landesvorstand (6) bis (8)
- § 26 Einladung und Durchführung (1) und (4) bis (6)
- § 27 Häufigkeiten von Sitzungen und Versammlungen (3)

Die aktualisierte Satzung ist auf der Homepage einzusehen.

Eine wesentliche Änderung betraf die neue Satzung, VRB-Organe virtuell beziehungsweise in Kombination von Präsenz- und virtuellen Veranstaltungen durchführen und das Stimmrecht mit Einsatz geeigneter digitaler Tools wahrnehmen zu können. Damit wird gewährleistet, dass in der Verbandsarbeit satzungskonform digitale Formate und Tools genutzt werden können.

Anträge zur Beschlussfassung

27. VRB-Hauptversammlung 2021
Fridtjof-Nansen-Akademie • Ingelheim • Mittwoch, 23. Juni 2021
Anträge zur Beratung und Beschlussfassung

Antragsteller/Antragstellerin: Geschäftsführender Landesvorstand

Thema: Änderung der Geschäftsordnung

Die Hauptversammlung möge beschließen: Die Geschäftsordnung wird wie folgt ergänzt:

- **Ergänzung in § 3:**
„... die eine Stimmkarte oder ihre Legitimationsdaten für die Teilnahme an der Hauptversammlung enthält.“
- **Ergänzung in § 4:**
„Bei einer virtuellen Veranstaltung erfolgen Abstimmungen über die Teilnahme an der Hauptversammlung.“
- **Neue Satzung: „23. Juni 2021“**

Beurteilung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Antrag verabschiedet: Antrag übergeben:

Satzung VRB Rheinland-Pfalz
Fassung vom 23.6.2021

Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Sitz und Mitgliedschaften in Dachorganisationen

(1) Der Verband führt den Namen „Verband Reale Bildung VRB Rheinland-Pfalz e. V.“ Er handelt sich um den vorher als „Verband Deutscher Realschullehrer (VRD) Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.“ bezeichneten Lehrerverband.

(2) Er hat seinen Sitz am Ort der Landesregierung in Mainz.

(3) Der Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V. ist Mitglied des Verbandes Deutscher Realschullehrer auf Bundesebene.

(4) Der VRB Rheinland-Pfalz e. V. ist Mitglied von über 100 Realschulen und Lehrkräften, Landesverband Rheinland-Pfalz.

§ 2 Zweck und Aufgabe

(1) Der VRB Rheinland-Pfalz e. V. ist spezialisiert als Berufsorganisation Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz.

(2) Er ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

(3) Der VRB Rheinland-Pfalz e. V. hat die Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, sowie die Reale Bildung in Rheinland-Pfalz zu sichern und weiter zu entwickeln. Er setzt sich für die Gleichwertigkeit von berufs- und studienorientierter Bildung ein.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr deckt sich mit dem Kalenderjahr.

§ 4 Verbandsmedien

Der VRB Rheinland-Pfalz e. V. gibt eine Verbandszeitschrift heraus und ist im Internet vertreten.

Zweiter Teil: Mitgliedschaft

§ 5 Mitglieder

Dem Verband gehören ordentliche Mitglieder (Lehrkräfte, Lehramtsstudierende), Fördernde Mitglieder und Ehrenmitglieder an.

Mitglieder können Personen und Institutionen werden, die sich mit den Zielen des VRB identifizieren. Institutionen haben den Status Fördernder Mitglieder.

Fördernde Mitglieder sind für die Gremien des VRB weder wählbar noch wahlberechtigt.

§ 6 Beitritt

(1) Die Beitrittsklärung ist schriftlich an den Landesratmeister zu richten. Der Beitritt ist gültig, wenn die Aufnahme schriftlich bestätigt ist. Über die Aufnahme entscheidet in Zweifelsfällen der Geschäftsführende Landesvorstand.

(2) Im Falle der Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller den Landeshauptvorstand anrufen, der in seiner nächsten Sitzung über den Antrag entscheidet.

(3) Die Mitgliedschaft beginnt mit der ersten

Die neue Satzung des VRB finden Sie online unter www.vrb-rlp.de/mitgliedschaft/mitglied-werden

Würdigung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder

Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich blickte zurück auf die langjährige Verbandsarbeit von **Heinz-Jörg Dähler**, die schon früh als Lehramtsanwärter einsetzte und über die Jahre unterschiedliche Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen beinhaltete. Er würdigte seine Leistungen innerhalb des Verbandes:

„Heinz-Jörg Dähler ist mit Beginn seiner zweiten Ausbildungsphase als Lehramtsanwärter am Studienseminar Trier im Jahr 1997 Mitglied in unserem Verband. Aufgenommen wurde er im Übrigen im Bezirk Trier vom damaligen Bezirksvorsitzenden Hanns Peters, der ihn für eine aktive Verbandsarbeit motivieren konnte. Er hat sich seitdem in unterschiedlichen Verbandsfunktionen und in der Personalvertretung engagiert.“



Heinz-Jörg Dähler war in unterschiedlichen Verbandsfunktionen und Personalvertretungen engagiert.

1999 erhielt Heinz-Jörg Dähler eine Anstellung an der Realschule in Altenkirchen. Ab diesem Zeitpunkt engagierte er sich im Bezirksvorstand Koblenz, in dem er bis 2016 über viele Jahre als stellvertretender Bezirksvorsitzender die Vorstandsarbeit maßgeblich mitgestaltet. Von 2000 bis 2009 war er Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen. Neben der Mitarbeit bei der Erstellung von Wahlkampfbroschüren und der Organisation und Durchführung von Personalräteschulungen war und ist es Heinz-Jörg Dähler immer ein Anliegen, junge Kolleginnen und Kollegen für den Verband zu gewinnen: Beispielhaft nennen möchte ich Gerhard Hein und Bengjamen Bajraktari.



Berater- und Expertenteam

Berufs- und Studienorientierung

Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de	Monika Antoni monika.antoni@vrb-rlp.de
---	---

Besoldungs- und Versorgungsrecht, Altersteilzeit

Katharina Becker katharina.becker@vrb-rlp.de	Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
---	--

Beurlaubung/Mutterschutz/Elternzeit

Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de	Christoph Schneider christoph.schneider@vrb-rlp.de
--	---

Bildung und Pädagogik

Jutta Okfen jutta.okfen@vrb-rlp.de	Michael Eich michael.eich@vrb-rlp.de
---------------------------------------	---

Datenschutz

Bengjamin Bajraktari bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de	Michael Eich michael.eich@vrb-rlp.de
---	---

Delegiertenfragen/Newsletter

Heidi Becker heidi.becker@vrb-rlp.de	Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de
---	---

Dienst- und Beamtenrecht

Michael Eich michael.eich@vrb-rlp.de	Bengjamin Bajraktari bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de
---	---

Digitalisierung

Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de	Heidi Becker heidi.becker@vrb-rlp.de
---	---

Fachoberschule

Gerhard Hein gerhard.hein@vrb-rlp.de	Heidi Becker heidi.becker@vrb-rlp.de
---	---

Gleichstellung

Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de	Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de
--	---

Homepage

Gerhard Hein gerhard.hein@vrb-rlp.de	Jochen Leonhardt jochen.leonhardt@vrb-rlp.de
Holger Schwab holger.schwab@vrb-rlp.de	

Integrierte Gesamtschule

Christoph Schneider christoph.schneider@vrb-rlp.de	Jutta Okfen jutta.okfen@vrb-rlp.de
---	---------------------------------------

Inklusion

Katharina Becker katharina.becker@vrb-rlp.de	Monika Antoni monika.antoni@vrb-rlp.de
---	---

Junge Lehrer

Maren Sassenroth maren.sassenroth@vrb-rlp.de	Andreas Stegmann andreas.stegmann@vrb-rlp.de
---	---

Lehrergesundheit

Katharina Becker katharina.becker@vrb-rlp.de	Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de
---	---

Mitgliederservice

Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de	Bengjamin Bajraktari bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de
Monika Antoni monika.antoni@vrb-rlp.de	Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de

Medien

Wolfgang Häring wolfgang.haering@vrb-rlp.de	
--	--

MINT

Heidi Becker heidi.becker@vrb-rlp.de	Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
---	--

Organisation

Heidi Becker heidi.becker@vrb-rlp.de	Gudrun Deck gudrun.deck@vrb-rlp.de
---	---------------------------------------

Pensionsberechnung

Jutta Okfen jutta.okfen@vrb-rlp.de	Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
---------------------------------------	--

Personalräteschulung/ Personalvertretungsrecht

Monika Antoni monika.antoni@vrb-rlp.de	Bengjamin Bajraktari bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de
---	---

Christoph Schneider christoph.schneider@vrb-rlp.de	Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de
---	---

Senioren LHV

Wilfried Rausch wilfried.rausch@vrb-rlp.de	Wolfgang Seebach wolfgang.seebach@vrb-rlp.de
---	---

Senioren NW

Klaus Hirsch gerhard.hein@vrb-rlp.de	Gudrun Deck gudrun.deck@vrb-rlp.de
---	---------------------------------------

Senioren TR

Erwin Schneider erwin.schneider@vrb-rlp.de	
---	--

Senioren KO

Margit Lenarz margit.lenarz@vrb-rlp.de	
---	--

Soziale Medien

Anna Becker anna.becker@vrb-rlp.de	Nicolas Cordes nicolas.cordes@vrb-rlp.de
Saskia Tittgen saskia.tittgen@vrb-rlp.de	Andreas Stegmann andreas.stegmann@vrb-rlp.de

Studienseminare

Nicolas Cordes nicolas.cordes@vrb-rlp.de	Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de
Andreas Stegmann andreas.stegmann@vrb-rlp.de	Maren Sassenroth maren.sassenroth@vrb-rlp.de

Tarifrecht

Katharina Becker katharina.becker@vrb-rlp.de	Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
---	--

Teilzeitbeschäftigung

Monika Antoni monika.antoni@vrb-rlp.de	Nicole Weiß-Urbach nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
---	--

Universitäten

Andreas Stegmann andreas.stegmann@vrb-rlp.de	Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de
---	---

Versicherungsangelegenheiten

Erwin Schneider erwin.schneider@vrb-rlp.de	Wilfried Rausch wilfried.rausch@vrb-rlp.de
---	---

VRB-Beirat

Bernd Karst bernd.karst@vrb-rlp.de	
---------------------------------------	--

VRB-Handbuch

Wolfgang Wünschel wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de	
--	--

Wahlpflichtfächer/Schulorganisation/ Ganztagschule

Christoph Krier christoph.krier@vrb-rlp.de	Michael Eich michael.eich@vrb-rlp.de
---	---

Seit 2002 ist Heinz-Jörg Dähler Schulleiter – zunächst in Neustadt (Wied), später dann bis heute an der Robert-Koch-Schule in Linz am Rhein. Von 2013 bis 2017 gehörte er dem Hauptpersonalrat Realschulen plus an, und von 2016 bis heute war er stellv. VRB-Landesvorsitzender. Als VRB-Referent für Fachoberschulen und Schulleitungsfragen hat er insbesondere die Weiterentwicklung der Fachoberschule eng begleitet.

Dieser mit Sicherheit nicht vollständige Abriss seiner bisherigen Aufgaben und beruflichen Stationen verdeutlicht, wie vielfältig sich Heinz-Jörg Dähler für unseren Verband und für unsere Kolleginnen und Kollegen engagiert hat. Wir bedanken uns vielmals und wünschen alles Gute!"

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler würdigte in der Hauptversammlung die vielseitige und immer engagierte Tätigkeit von **Martin Radigk**. Er bedauerte, dass Martin Radigk aus persönlichen Gründen seine Mitarbeit in den Vorständen aufgeben wollte:



„Martin Radigk hat nach sehr vielen Jahren aktiver Verbandsarbeit für sich die Entscheidung getroffen, in der kommenden Legislaturperiode nicht mehr für den Vorstand kandidieren zu wollen.

Er hat unseren Verband sehr viele Jahre auf den unterschiedlichsten Ebenen repräsentiert, geprägt und auch aktiv ausgestaltet. Für sein großes Engagement sagen wir von Herzen DANKE.

Im Landesvorstand war er zuletzt als Landesschatzmeister aktiv und hat mit seinen prüfenden Augen immer dazu beigetragen – wir haben es im Kassenbericht gehört –, dass die Gelder im Sinne unserer Mitglieder und satzungsgemäß verwendet wurden. Des Weiteren hat Martin Radigk unseren Verband auf der Ebene des dbb vertreten, wobei sein Spezialgebiet hier im Bereich des Tarifrechts und der Arbeitnehmervertretung lag. Dort hat er sich mit Nachdruck für Verbesserungen für unsere tarifbeschäftigten Lehrkräfte eingesetzt.

Martin Radigk war über viele Jahre Referent für Tariffragen und hat den Verband in dieser Eigenschaft in der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz vertreten. In Zeiten der Tarifaufinandersetzungen

war er als Ansprechpartner unseres Verbandes für den dbb landesbund rheinland-pfalz wie auch für unseren Bundesverband gefordert. Neben Informationen des Landesvorstandes im Zusammenhang mit den Tarifaufinandersetzungen beriet er die Streikwilligen der Tarifbeschäftigten und wickelte im Streikbüro die notwendigen Formalien ab. Die Teilnahme unserer Mitglieder an den dbb-Demonstrationen organisierte er mit hohem Zeitaufwand und persönlicher Begleitung. Über die Jahre hatte er ein Equipment zusammengestellt, mit dem sich der Landesverband in der Außenwirkung professionell präsentieren konnte.

Im Bezirk Neustadt, in Speyer zu Hause und schulisch in Germersheim verortet, hat er ebenfalls Verantwortung übernommen. Auch hier hat Martin Radigk in den unterschiedlichsten Rollen (Schatzmeister und stv. Bezirksvorsitzender) regional wichtige Akzente gesetzt.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen werden Martin Radigk durch seine Personalratsarbeit kennen. Hier hat er viele Jahre im Bezirkspersonalrat gewirkt und sich für viele Menschen eingesetzt. Auch bei den verbandsinternen ÖPR-Schulungen war er ein fester Bestandteil, der immer zum Gelingen der Gesamtveranstaltung beigetragen hat. Seine Entscheidung, nun einen Schnitt zu machen, respektieren wir.

Lieber Martin, ehrenamtliche Arbeit ist immer ein Zusatzgeschäft. Du warst dabei immer Teil des Ganzen und wir danken dir herzlich für deine geleistete Arbeit zum Wohle unseres Verbandes und der Schulen."



VRB-Ansprechpartner in Zeiten der Tarifaufinandersetzungen. Martin Radigk (links) bei der dbb-Kundgebung zur Einkommensrunde 2017.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Foto: VRB Archiv

**SPENDENKONTO:**

Förderverein Boeselager-Realschule plus
Volksbank Rheinahrfeifel eG
DE27 5776 1591 0017 5441 00
Verwendungszweck „Spendenaktion
Realschulen plus“

Unsere Unterstützung für:

Realschule plus Altenahr
(Ahrtalschule)
Realschule plus Bad Neuenahr-
Ahrweiler (Erich Kästner)
Realschule plus Bad Neuenahr-Ahr-
weiler (Philipp Freiherr von Boeselager)
Realschule plus Sinzig
(Barbarossaschule)

Hochwasserkatastrophe

Spendenaktion für vier Realschulen plus

Die tragische Hochwasserkatastrophe im Ahrtal verursachte unermessliches menschliches Leid. Unter der Vielzahl der durch Sachschäden betroffenen Schulen befinden sich vier Realschulen plus. Wir haben alle Realschulen plus in Rheinland-Pfalz darum gebeten, diese vier Schulen solidarisch zu unterstützen. Zwischenzeitlich haben sich einige Realschulen plus landesweit in einer „Spendenaktion Realschulen plus“ in Bewegung gesetzt – durch Wandern, Fahrradfahren oder Schwimmen.

Insbesondere Familien mit Kindern stehen im Ahrtal vor existenziellen Problemen, die sie aus eigener Kraft nicht werden bewältigen können. Die dramatischen Bilder in den Medien zeigten auch, dass überall vor Ort Zehntausende von Helferinnen und Helfern aus ganz Deutschland Tag und Nacht bis an die Grenze der Erschöpfung arbeiteten, um noch Schlimmeres zu verhindern. Unsere Realschulen plus leisten einen eigenen wichtigen Solidarbeitrag.

Die erwirtschafteten Spendengelder fließen den vier Realschulen plus aus dem Krisengebiet zu. Es sind die Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus in Bad Neuenahr-Ahrweiler, die Erich-Kästner-Realschule plus in Bad Neuenahr-Ahrweiler, die Ahrtalschule Realschule plus in Altenahr sowie die Barbarossa Realschule plus

in Sinzig. Einige Schulen haben den Spendenbetrag unter dem Verwendungszweck „Spendenaktion Realschulen plus“ an den Förder- und Freundeskreis der Boeselager-Realschule plus überwiesen. Der Förderverein dieser Schule wird die eingegangenen Spendenbeträge gleichmäßig auf die vier im Krisengebiet befindlichen Realschulen plus verteilen.

Hilfsbereitschaft durch Spendenaktion

Die Möglichkeiten solidarischer Unterstützung beschränken sich nicht ausschließlich auf erwirtschaftete Geldbeträge aus einem Spendenlauf. Erlöse aus Kuchenverkäufen und sonstigen Aktionen sind gleichermaßen willkommene Alternativen.

An ein normales Leben im Ahrtal ist noch lange nicht zu denken. Daher hier noch einmal unser Appell, die Hilfsbereitschaft



Wie hier in Edenkoben solidarisieren sich Realschülerinnen und Realschüler vielerorts in Spendenläufen mit Kindern und Jugendlichen, die infolge der Flutkatastrophe im Ahrtal Vieles oder gar Alles verloren haben. Und sie vermitteln das Gefühl: Wir sind bei euch.

durch eine Spendenaktion wirksam werden zu lassen, damit der Blick wieder in die Zukunft gehen kann.

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de





Nach einem auf digitale Kontakte beschränkten Jahr trafen sich die VRB- Vorstandsmitglieder (von links) Christoph Krier, Michael Eich, Timo Lichtenthäler, Benjamin Bajraktari und Jutta Okfen mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretärin Bettina Brück (rechts) zum Austausch. Die Pressesprecher Dr. Sabine Schmidt (nicht im Bild) und Ulrich Gerecke (dritter von rechts) nahmen ebenfalls an dem Gespräch teil.

Lehramt Realschulen plus muss gestärkt werden

VRB im Austausch mit
Ministerin Dr. Hubig und Staatssekretärin Brück

Ende Oktober traf sich der VRB-Landesvorstand mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, die von ihrer Staatssekretärin Bettina Brück begleitet wurde, zum Austausch. In konstruktiv-kritischer Atmosphäre wurden aktuelle Themen sowie bekannte Bildungsbaustellen erörtert.

Hochwasserkatastrophe:

Unbürokratische Zusammenarbeit aller Beteiligten

Timo Lichtenthäler sprach im Namen des Verbandes Reale Bildung Bildungsministerin Hubig zunächst seinen Dank für die Solidarität und Unterstützung des Bildungsministeriums und der Schulaufsicht bei der Bewältigung der Flutkatastrophe im Ahrtal aus: „Hier haben

die Zahnräder gut ineinandergegriffen und alle Beteiligten haben unbürokratisch zusammengearbeitet.“ Die Einsatzbereitschaft und das Engagement der betroffenen Schulen im Ahrtal wertschätzte Frau Hubig mit den Worten: „Die Schulleitungen leisten Bemerkenswertes, sowohl in der Organisation wie bei der emotionalen Bewältigung dieser Krise“. Zur Unterstützung habe man die Schulpsychologie stark eingebunden, die Personalversorgung wurde bereits aufgestockt und auch die Schulsozialarbeit solle ausgebaut werden. Allen Beteiligten sei bewusst, dass man diese Unterstützungsmöglichkeiten für lange Zeit brauchen werde, so Ministerin Hubig. Zugleich lenkte sie den Fokus auf die angestrebte Modellregion Ahrtal und hob hervor, dass der Auf- und Neubau der Schulen Modellcharakter für den Schulbau der Zukunft haben werde.



Dr. Hubig sieht bei den von der Flut betroffenen Schulen im Ahrtal längerfristigen Unterstützungsbedarf. Im ersten Schritt habe man unter anderem die Schulpsychologie eingebunden und die Personalversorgung aufgestockt. Auch die Schulsozialarbeit solle ausgebaut werden.

Corona-Management: Schulen sollen offenbleiben

Thematisiert wurde auch das zukünftige Corona-Management. Die Testungen finden ab der dritten Woche nach den Herbstferien nur noch einmal in der Woche statt. Diese Vorgehensweise entlaste die Schulen und gewährleiste gleichzeitig Sicherheit, um bestmöglich durch die Herbst- und Wintermonate zu kommen. Das erklärte Ziel ist, so Bildungsministerin Stefanie Hubig, dass die Schulen geöffnet bleiben. Für die Kinder und Jugendlichen ist die schulische Gemeinschaft und das schulische Zusammenleben wichtig. Die negativen Folgen des Lockdowns für die Psyche junger Menschen sind noch heute in den Schulen zu spüren.

Bei edoo.sys wird nachgesteuert

Beim Schulverwaltungsprogramm edoo.sys erinnerte der VRB daran, dass die Personalvertretung frühzeitig auf Probleme hingewiesen hatte. „Das Programm lässt sich nicht intuitiv bedienen und ist fehleranfällig. Deshalb werden die Schulleitungen bei der Dateneingabe, der Plausibilitätsprüfung und der anschließenden Nachbesserung unverhältnismäßig belastet“, kritisierte Michael Eich. Ministerin Hubig versicherte, dass man die Kritik sehr ernst nehme und bereits mit großem Einsatz nachsteuere. Neben der Fristverlängerung bis Anfang Dezember seien schulartspezifische Arbeitsgemeinschaften geplant, um entsprechende Verbesserungen am Schulverwaltungsprogramm vorzunehmen. Dass das Arbeiten mit dem System zeitökonomischer möglich sein müsse, um den eigentlichen pädagogischen Auftrag der Schule gerecht zu werden, bekräftigte Jutta Okfen: „Als Stufenleiterin und pädagogische Koordinatorin einer Integrierten Gesamtschule steht die Unterstützung und die Beratung der Kinder im Vordergrund der Arbeit, nicht die Zeit verschlingende Beschäftigung mit einem unzureichenden Verwaltungsprogramm.“

Lehrkräfteausbildung wichtiger denn je

Ein wichtiger Gesprächspunkt war die Attraktivität des Lehramts für Realschulen plus – sowohl für die Realschulen plus als auch für die Integrierten Gesamtschulen. „Die didaktische und pädagogische Ausbildung an unseren Studienseminaren für das Lehramt für Realschulen plus ist angesichts der Bedürfnisse unserer Schü-

lerinnen und Schüler wichtiger denn je“, betonte Michael Eich. Angesichts zurückgehender Zahlen bei den Studierenden wie bei den Anwärterinnen und Anwärtern muss die Landesregierung endlich entschieden gegensteuern und mehr für die Attraktivität des Lehramts Realschulen plus unternehmen. Auch die Universität Trier stelle den deutlichen Rückgang der Studierenden im Bereich des Lehramts Realschulen plus fest, schilderte Christoph Krier, und versuche durch neue Projekte, z. B. durch den Tag der Realschulen plus, gegenzusteuern. Benjamin Bajraktari verwies auf den Wettbewerb um Lehrkräfte zwischen den Bundesländern, bei dem Rheinland-Pfalz attraktiver in den Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten werden müsse, um nicht abgehängt zu werden. Bildungsstaatssekretärin Bettina Brück bekräftigte, dass das Lehramt Realschule plus wichtig bleibe und weiter gestärkt werden müsse. Sie stellte eine Initiative zur Gewinnung von Studierenden in Aussicht. Es gelte, jungen Menschen aufzuzeigen, welche Möglichkeiten und Chancen ihnen an Realschulen plus und an Integrierten Gesamtschulen geboten werden.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de
Fotos: Sabine Schmidt



Landesvorsitzender Lichtenthäler trägt Erfahrungen mit „edoo.sys“ vor:
Das Schulverwaltungsprogramm hat sich als fehleranfällig erwiesen. Die Schulleitungen wurden bei der Dateneingabe, der Plausibilitätsprüfung und der anschließenden Nachbesserung unverhältnismäßig belastet.



Förderschulen erhalten, Schwerpunktschulen besser ausstatten

VRB im Austausch mit dem
Arbeitskreis Bildung der CDU-Landtagsfraktion



Seitens der CDU nahmen (von links) Jenny Groß, Sprecherin des AK Bildung, Anke Beilstein und Thomas Barth an dem digitalen Austausch teil. Den VRB Landesvorstand vertraten (von links) Michael Eich, Bengjamine Bajraktari und Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Ende Oktober tauschte sich der VRB-Landesvorstand mit dem Arbeitskreis (AK) Bildung der CDU-Landtagsfraktion per Videokonferenzschaltung aus. Jenny Groß, Sprecherin des AK Bildung, wurde von Anke Beilstein, Thomas Barth sowie der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Miriam Siefen begleitet. Neben dem VRB-Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler nahmen dessen Stellvertreter Bengjamine Bajraktari und Michael Eich an dem Austausch teil. Themen waren u. a. die Bewältigung der Flutkatastrophe, die Digitalisierung der Schulen, der Ärger mit Edoo.sys RLP, die Attraktivität des Lehramts Realschulen plus sowie die Stärkung der Förder- und Schwerpunktschulen.

Flutkatastrophe erfordert Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte

Timo Lichtenthäler und Jenny Groß waren sich einig, dass zur Bewältigung der Flutkatastrophe große Kraftanstrengungen unternommen werden müssen und dass hierfür parteiübergreifende Unterstützung und vor allem Zusammenhalt die grundlegenden Voraussetzungen sind. Mitte November wird sich der Bildungsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags, so Jenny Groß, vor Ort selbst ein Bild machen.

Technischer Assistent muss kommen

Bengjamine Bajraktari betonte: Rheinland-Pfalz muss die eigenen Anstrengungen steigern, damit die Schulen digitaler arbeiten können. Es reicht nicht aus, wenn Mainz die Kommunen in die Pflicht nimmt, oder mit dem Finger auf Berlin zeigt. Die Landesregierung soll für jeden Schulstandort einen technischen Assistenten bereitstellen, damit bei Bedarf unmittelbar, ohne lange Wartezeiten die Wartung der technischen und digitalen Infrastruktur erfolgen kann.

Nachbesserung bei Schulverwaltungsprogramm dringend erforderlich

Auch die CDU-Abgeordneten haben die lautstarke Kritik an dem Schulverwaltungsprogramm (Edoo.sys RLP) aufgenommen. Michael Eich stellte klar, dass wegen dessen Fehleranfälligkeit aus der diesjährigen Schulstatistik keine fundierten Rückschlüsse gezogen werden können. Das Arbeiten mit Edoo.sys RLP ist eine Zumutung: Es lässt sich nicht intuitiv und nur mit hohem Aufwand bedienen. Den Unterschieden bei den Schulformen (z. B. Grund- und Realschule plus, Realschule plus mit Fachoberschule, Gesamtschulen) sowie dem Ganztagsangebot wurde nicht ausreichend Rechnung getragen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass eine grundlegende Überarbeitung dringend erforderlich ist.

Attraktivität Lehramt Realschulen plus

Bengjamine Bajraktari zeigte auf, welche Ursachen zur sinkenden Attraktivität des Lehramtes Realschulen plus führen: Studierende müssen für das Lehramt für

Gymnasien – mit einer geringeren Unterrichtsverpflichtung und besseren Verdienstaussichten – nur ein Regesemester länger studieren. Es muss, forderte Timo Lichtenthäler, dringend zu Verbesserungen kommen, denn die Realschulen plus und die Integrierte Gesamtschulen brauchen gut ausgebildete Lehrkräfte mit dem Lehramt Realschulen plus. Die CDU-Landtagsabgeordneten teilten diese Einschätzung.

Ausgebildete Förderschullehrkräfte fehlen

Mit Sorge nehme man die Klagen aus den Schwerpunktschulen über die Personalengpässe wahr, berichteten Anke Beilstein und Jenny Groß. Die VRB-Vertreter bestätigten, dass aufgrund fehlender Förderschullehrkräfte die Belastungen an den Schwerpunktschulen viel zu hoch sind. Oft genug stemmen pädagogische Fachkräfte und Regelschullehrkräfte das inklusive Unterrichten allein. Mittels Fortbildungen von Regelschullehrkräften können Förderschullehrkräfte nicht ersetzt werden. Neben dem Erhalt der Förderschulen, auf die viele Kinder angewiesen sind, muss eine Verbesserung bei der Personalisierung der Schwerpunktschulen mit Förderschullehrkräften erreicht werden. Jenny Groß sicherte hierbei die Unterstützung der CDU zu.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de
Fotos: VRB, CDU-Fraktion, Olaf Nitz



Lehramt Realschule plus wird gebraucht

VRB im Austausch mit dem Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion



Der Austausch des VRB-Landesvorstandes mit den Mitgliedern des Arbeitskreises (AK) Bildung fand am 21.09.2021 per Videokonferenzschaltung statt. An der Schalte nahmen von Seiten der SPD die Landtagsabgeordneten Sven Teuber, Giordina Kazungu-Hass, Alexander Fuhr, Susanne Müller, Astrid Schmitt und der Referent für Bildung und Grundsatz Johannes Bentrup sowie zwei Mitarbeiter im Praktikum teil. Der VRB-Landesvorstand war durch die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden Bengjamin Bajraktari, Christoph Krier und Michael Eich vertreten. Die Runde diskutierte die Themen Bewältigung der Flutkatastrophe, das Corona-Krisenmanagement, die schulische Digitalisierung sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule.

Solidarität mit den Schulgemeinschaften im Ahrtal

Der VRB anerkannte die unbürokratische Unterstützung für die zerstörten Schulstandorte im Ahrtal durch das Bildungsministerium und die Schulaufsicht und wies unter anderem auf den VRB-Spendenaufwurf und den der Schulleitervereinigung RS plus hin. Die Mitglieder des AK Bildung begrüßten die Solidaritätsaktionen, hoben die Leistung der betroffenen Schulgemeinschaften im Ahrtal hervor und versprachen, dass deren Belastungen nicht aus dem Blick verloren würden.

Digitale Schulentwicklung verstetigen

Der VRB-Landesvorstand warb für eine Verstetigung der digitalen Schulentwicklung und sieht das Land hier in der Pflicht. Als punktuelle und zeitliche begrenzte Maßnahme kann der DigitalPakt nur der Anfang gewesen sein. Rheinland-Pfalz als Arbeitgeber muss Verantwortung für einen kontinuierlichen und weniger bürokratischer Bezug digitaler Endgeräte für Lehrkräfte – z. B. über das Kaufhaus des Landes – übernehmen. Die SPD-Landtagsabgeordneten sehen das Erfordernis ebenfalls und verwiesen darauf, dass die Digitalisierung, auch coronabedingt, viel Schub erhalten hat.

Schulische Arbeitsbedingungen nicht mehr zeitgemäß

Corona, so die VRB-Vertreter, hat nicht nur Schwachstellen im Bereich Digitalisierung offengelegt, sondern die ohnehin belasteten Lehrkräfte und Schulleitungen stark beansprucht. Die schulischen Arbeits- und Rahmenbedingungen insbesondere an Realschulen plus sind nicht mehr zeitgemäß: Einer hohen Heterogenität und des daraus resultierenden hohen Arbeitsaufkommens stehen die

höchste Unterrichtsverpflichtung, wenig Aufstiegsmöglichkeiten und die vergleichsweise geringste Entlastung für Schulleitungsaufgaben gegenüber. Es bewerben sich immer weniger Kolleginnen und Kollegen auf ausgeschriebene Schulleitungsstellen.

Lehrkräfteausbildung bleibt hinter Bedarf zurück

Der Schwund der Attraktivität des Arbeitsplatzes Realschule plus zeigt sich auch bei den sinkenden Zahlen der Anwärterinnen und Anwärter in den Studienseminaren für das Lehramt Realschulen plus. Die Schülerinnen und Schüler der Realschulen plus wie auch in den Integrierten Gesamtschulen sind auf pädagogisch wie didaktisch gut ausgebildete Lehrkräfte aus diesen Studienseminaren angewiesen. Auch die Mitglieder des AK Bildung hoben die Bedeutung des Lehramts für Realschulen plus hervor: Diese Lehrerinnen und Lehrer seien die Spezialisten für die Sekundarstufe I.

Derzeit keine Spielräume

Derzeit gäbe es für Entlastungen, so die SPD-Landtagsabgeordneten, leider weder Spielräume im Haushalt noch freie Personalressourcen auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt. Die SPD habe sich aber für die Stärkung der Realschule plus eingesetzt, was sich auch in einem klaren Bekenntnis zur Realschule plus im Koalitionsvertrag niedergeschlagen hätte. Dafür bedankte sich der VRB-Landesvorstand und unterstrich seine Erwartung, dass hieraus spürbare Taten für die Realschule plus erwachsen werden.

Michael Eich
michael.eich@vrbl-rlp.de



Mehr Personal und bessere Raumausstattung für alle Schulen

VRB und Landeselternbeirat fordern Investitionsoffensive



Im Juli 2021 fand ein virtuelles Treffen des rheinland-pfälzischen Landeselternbeirats (LEB) mit dem VRB-Landesvorstand statt. Für den LEB nahmen Landeselternsprecher Reiner Schladweiler (obere Reihe rechts) und der stellvertretende Landeselternsprecher Stjepan Bonic (untere Reihe links) an der Videokonferenz teil. Der VRB war durch den Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler (untere Reihe rechts) und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Eich (obere Reihe links) vertreten.

Erörtert wurde die angespannte Personalsituation an Schulen sowie die unzureichende Raumausstattung. Einig waren sich die Vertreter beider Gremien in der Einschätzung, dass die Corona-Pandemie bestehende Missstände deutlicher ins öffentliche Bewusstsein gerückt hat.

Lehramt attraktiver machen

Der VRB kritisiert seit Langem, dass mehr für die Attraktivität des Lehramtes Realschulen plus getan werden müsse. Temporärer Unterrichtsausfall wie der Corona bedingte Ausfall (z.B. durch Erkrankungen und Quarantänen) könne kaum noch aufgefangen werden, weil es keine schulischen Personalreserven gebe und der Lehrkräftearbeitsmarkt aufgrund des bundesdeutschen Bedarfs nahezu leergeräumt sei.

Raum- und Technikausstattung modernisieren

Auch die Raumausstattung der Schulen sei nicht mehr zeitgemäß. Neben modernen naturwissenschaftlichen Fachsälen fehlten zu-

sätzlich Differenzierungsräume. Eine stabile technische und digitale Infrastruktur sei nach wie vor die Ausnahme. In nächster Zukunft müsse sichergestellt werden, dass die Schulgebäude auch mit Blick auf den Klimawandel modernisiert werden. Die Herausforderung in den heißen Sommermonaten werde auch künftig die Kühlung der Räume sein. Klimaanlage müssten Standard werden, damit trotz hoher Außentemperaturen in den Schulräumlichkeiten Unterricht stattfinden könne.

Fazit: Schulen personell und räumlich besser versorgen!

LEB und VRB fordern, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung die Schulen personell und räumlich krisenfester und besser ausstattet.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Professor Dr. Klaus Becker übergibt Präsidentschaft



Dr. Klaus Becker ist Professor für Werkstofftechnik an der Technischen Hochschule Bingen. Zwei Amtsperioden hatte er die Präsidentschaft inne. Er verabschiedet sich nun nach zwölf Jahren und geht demnächst in Ruhestand.

Wissenschaftsminister Clemens Hoch dankte in seiner Laudatio dem scheidenden Präsidenten für seine Leistungen und unterstrich die Erfolge der TH Bingen, die fest mit der Person Klaus Becker verbunden seien. Minister Hoch hob das enorme Potential der Hochschule als „leistungsfähige Hochschule angewandter Wissenschaften und wichtiger Technologiepartner“ hervor. „Es ist insbesondere Prof. Becker an der Spitze zu verdanken, dass sich die TH Bingen so vorbildlich in der Region vernetzt hat. Er hat die Interessen der Hochschule stets mit Nachdruck vertreten“, so der Minister, der an gleicher Stelle der neuen Präsidentin Prof. Dr. Antje Krause die Ernennungsurkunde als Nachfolgerin von Prof. Dr. Klaus Becker überreichte. Prof. Dr. Krause lehrt bereits seit 14 Jahren Bioinformatik auf dem Campus der TH Bingen. So bleibt die Führung in der Hochschul-Familie.

Gewinnbringende Vernetzung von Hochschule und Verband

Den VRB vertraten bei der Verabschiedungsfeier Landesvorstandsmitglied Heidi Becker und Ehrenvorsitzender Bernd Karst. Prof. Dr.

Klaus Becker ist seit 2012 im Bildungspolitischen Beirat des VRB Rheinland-Pfalz und seit 2018 im Wissenschaftlichen Beirat des VDR-Bundesverbandes. In beiden Gremien leistet er auch in Form von Fachvorträgen, u.a. auf dem Fachkongress in Ingelheim, wertvolle inhaltliche Beiträge zur Förderung der realen Bildung. Die Vernetzung zur Hochschule sieht Klaus Becker für beide Seiten als gewinnbringend. Schließlich gelange eine Vielzahl der Studentinnen und Studenten über den mittleren Bildungsweg der Realschulen und Realschulen plus und einer fachlichen Ausbildung zum Hochschulstudium. Er gehe nicht ganz, weil er weiter Vorlesungen halten werde, erklärte Klaus Becker.

Und mit dem Verband Reale Bildung bleibe er auch weiterhin gerne in enger Verbindung. Aber mehr Freiräume habe er. „Ich bin ein begeisterter talentfreier Handwerker, der manches im Haus selbst repariert und renoviert. Außerdem beschäftige ich mich mit meinen beiden Oldtimern, einem Mercedes 170 und einem Triumph TR6. Und was Sie sicherlich wundern wird: Ich bin ein Fan von Werder Bremen.“

Prof. Klaus Becker übergab kürzlich die Präsidentschaft an der Technischen Hochschule Bingen. Mit dem VRB wird er auch künftig als Beiratsmitglied in Verbindung bleiben. Landesvorstandsmitglied Heidi Becker und Ehrenvorsitzender Bernd Karst vertraten den VRB bei der Verabschiedungsfeier der Hochschule.

Zum Werdegang:

Prof. Dr.-Ing. Klaus Becker, Jahrgang 1960, ist seit 1995 als Professor für Werkstofftechnik an der TH Bingen tätig. Von 2006 bis 2009 war er Vizepräsident und von 2009 bis 2021 Präsident der Hochschule. Nach dem Abitur am Westertal-Gymnasium in Altenkirchen (1979) folgten Maschinenbaustudium und Promotion am Institut für Werkstoffkunde (Prof. Detert) an der Universität Siegen. Von 1988 bis 1995 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter (Teamleitung Werkstoffmechanik) am Daimler Benz Forschungsinstitut in Frankfurt.

Prof. Becker ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Verbandes Deutscher Realschullehrer auf Bundesebene und im Bildungspolitischen Beirat des Verbandes Reale Bildung Rheinland-Pfalz.

Näheres zur Person:

2017 und 2019 führten Bernd Karst und Wolfgang Wünschel zwei Interviews mit Prof. Dr. Klaus Becker für RBiRP:

*Ausgabe 3 und 4/2017
S. 31 ff.*

*Ausgabe 1 und 2/2019
S. 14 ff.*

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



Digitalisierung

geschlechtergerecht gestalten

Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat Anfang Juni den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung beschlossen. Der Bericht besteht aus einem Gutachten einer unabhängigen Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Professorin Aysel Yollu-Tok (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) sowie einer Stellungnahme der Bundesregierung. Im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts steht die Frage, wie die Digitalisierung geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

Weichenstellung für gleiche Verwirklichungschancen

Erstmals beschäftigte sich ein Gleichstellungsbericht mit der Frage der geschlechtergerechten Gestaltung in der digitalen Transformation der Wirtschaft. Das Gutachten zu diesem Bericht ging folgender Fragestellung nach: „Welche Weichenstellungen sind erforderlich, um die Entwicklungen in der digitalen Wirtschaft so zu gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben?“ Die Sachverständigenkommission formulierte Handlungsempfehlungen. Der Begriff der Gleichstellung wird definiert als „eine Gesellschaft mit gleichen Verwirklichungschancen für alle Menschen unabhängig vom Geschlecht...“. Die Digitalisierung wird als eine neue Chance für den Aufstieg von Frauen in Unternehmen gesehen, jedoch müsse dieser Aufstieg strukturell und gesellschaftlich gestützt werden.

Digitalisierungsbezogene Genderkompetenz – Anforderungen und Erwerb

Erste Maßnahmen, um den Einstieg von Frauen in gewerblich-technische Berufe zu fördern, entstanden schon in den 70er und 80er Jahren, jedoch einzig mit dem Ziel, dass die Frauen ihre Ausbildung erfolgreich beenden. Eine zeitgleiche geschlechtergerechte Veränderung des Bildungssystems fand jedoch nicht statt. Mittlerweile gibt es viele Initiativen, die in der schulischen Bildung versuchen, junge Frauen für sogenannte MINT-Berufe zu begeistern oder durch den „Girls' Day“ Genderstereotype zu durchbrechen.

Erst durch die Digitalisierung hat sich die Art des Kompetenzerwerbs verändert und somit eine gute Chance für den Gleichstellungsprozess der Geschlechter



Foto: AdobeStock

Die digitale Transformation ist eine Chance für die Gleichstellung der Geschlechter.

ter eröffnet. Digitalisierungskompetenz bedeutet nicht, Technik bedienen zu können. Wesentlich ist ein eigenverantwortlicher selbstständiger Umgang mit digitalen Medien. Der Erwerb dieser Kompetenzen ist unabhängig vom Geschlecht erfahrbar.

Implementierung in der Qualifizierung von Lehrkräften

„Voraussetzung für die Vermittlung digitalisierungsbezogener Kompetenzen sind Lehrkräfte, die digitalisierungsbezogene Genderkompetenz besitzen und über die benötigten Ressourcen (Technologien, Bildung, Zeit u. a.) verfügen.“

Lehrkräfte als Vermittler dieser Kompetenzen müssen über digitalisierungsbezogene Genderkompetenzen verfügen können. Die Sachverständigenkommission plä-

Den vollständigen Bericht stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf seiner Website zum Download bereit: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dritter-gleichstellungsbericht-184546>



WISSEN DURCH INFORMATION	WOLLEN DURCH SENSIBILISIERUNG	KÖNNEN DURCH ANWENDUNG
<ul style="list-style-type: none"> » Geschlechterverhältnisse, gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht – im Zusammenhang mit Technikgestaltung » Reproduktion, Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlechterverhältnissen in Sozialen Medien » Erlernen von Grenzmanagement » Formen digitaler Gewalt sowie Schutzkonzepte » Diskriminierungspotenzial von Algorithmen » Mögliche Gefahren der Digitalisierung für die Grundrechtsausübung » Wissen über alternative datenschutzkonforme Dienste und Produkte » ... 	<ul style="list-style-type: none"> » Reflexion » der eigenen (Geschlechter-) Rolle, v. a. in Bezug auf digitale Technologien » bestehender Geschlechterstereotype in Bezug auf digitale Technologien » über die Zielgruppe, insbesondere über Frauen, marginalisierte und unterrepräsentierte Gruppen » der Verwobenheit von Technik und Mensch » von Herausforderungen beim Grenzmanagement » Motivation, Geschlechterstereotype im Zusammenhang mit digitalen Medien zu ändern » ... 	<ul style="list-style-type: none"> » Einsatz vielfältiger didaktischer Methoden, um vielfältig Lernende anzusprechen » Verwendung gender- und diversitätssensibler Sprache und Bilder/Materialien » Motivation Lernender, digitale Medien auszuprobieren » Empowerment von Frauen, von marginalisierten und von unterrepräsentierten Gruppen » Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten » Umsetzung von Grenzmanagementkonzepten » datenschutzkonforme Praktiken (beispielsweise Datensparsamkeit, Beachten von Persönlichkeitsrechten anderer) » Nutzung von Diensten und Produkten, die IT-Grundrechten genügen » ...

diert daher dafür, diese Kompetenzen bei Lehrkräften auszubauen.

Die Kultusministerkonferenz hat sechs digitale Kompetenzbereiche im Umgang mit digitalen Medien festgesetzt. Innerhalb dieser Kompetenzbereiche wird eine fachspezifische Nutzung für jedes Schulfach festgelegt.

In der Tabelle ist die Verflechtung von Gender- und digitaler Kompetenz dargestellt: Die drei Felder der Kompetenzentwicklungen durch Information, Sensibilisierung und Anwendung werden dabei um die digitalisierungsbezogene Kompetenzen erweitert.

In der Pandemie sind Mängel im Bildungssystem deutlich geworden

In dem Gutachten wird kritisiert, dass die Schulen die Bedeutung von digitalen Medien und eine damit verknüpfte Kommunikation für Gleichstellung bislang zu wenig berücksichtigen. Als Gründe werden neben Mängeln der technischen Infrastruktur und der fehlenden Ausstattung mit finanziellen und zeitlichen Ressourcen teilweise fehlende digitalbezogene Kompetenzen der Lehrkräfte angeführt. Es wird beanstandet, dass routinierte analoge Lehr-Lern-Formate beinahe gleichförmig in digital unterstützte Formate übersetzt werden,

ohne die vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes digitaler Medien zu erkennen.

Digitale Kompetenzen und Genderkompetenzen als Einheit entwickeln

Die Corona-Pandemie hat einen Digitalisierungsschub bewirkt. Dieser bietet einen guten Ansatzpunkt, um in den Schulen digitale und Genderkompetenzen als eine harmonisierte Einheit zu entwickeln. Notwendig dafür sind Aus- und Fortbildungsprogramme für Lehrkräfte, in welche digitalisierungsbezogene Genderkompetenz aufgenommen werden.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► BILDUNGSKONGRESS

Fehlt der Bildungspolitik der Bezug zur Realität?

Auf einem Bildungskongress der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR) stellten sich Expertinnen und Experten aus Schule, Wirtschaft und Politik der Fragestellung „Braucht es mehr Realismus in der Bildungspolitik?“. Sie diskutierten über einen möglichen Beitrag von Schule für eine zukunftsorientierte Berufswahl.

Fachkräftenachwuchs fehlt

Die Pandemie hat in den letzten einhalb Jahren noch einmal deutlich die Versäumnisse der Bildungspolitik, das sind beispielsweise die Abwertung der Schulabschlüsse, eine Vernachlässigung der beruflichen Bildungswege und die großen Lücken bei der Digitalisierung, offenbart. Der langjährige Trend der Bildungspolitik zu höheren Bildungsabschlüssen hat zur Folge, dass immer mehr Unternehmen in Deutschland keine qualifizierten Fachkräfte finden oder eigenen Nachwuchs generieren können.

Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung

Prof. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, ging in seiner Ansprache auf die seit Jahren unnötigen und realitätsfernen Akademisierungsdebatten ein. Er unterstrich die Wichtigkeit einer gleichen Wertschätzung von akademischer und beruflicher Bildung.

In einer Expertengruppe, die über „Berufsorientierung an Schulen“ diskutierte, war man sich einig, dass eine fundierte und bedarfsgerechte Berufsorientierung an den Schulen konsequent umgesetzt werden müsse. Vor allem Schulen



Prof. Paqué (Naumann-Stiftung) forderte wie der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm von der Bildungspolitik eine Richtungsänderung hin zur Wertschätzung beruflicher Bildung.

könnten mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft die Berufswahl der Jugendlichen gezielt und bedarfsgerecht unterstützen. Der qualifizierte Sekundarabschluss I stelle einen guten Ausgangspunkt für eine erfolgreiche berufliche Karriere dar. Aber auch in der Gesellschaft müsse die akademische und berufliche Ausbildung gleichermaßen wertgeschätzt werden.

Richtungsänderung gefordert

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des VDR, forderte die Bildungspolitik zu überfälligen und dringend notwendigen Richtungsänderungen auf. Der Blick auf die realen bildungspolitischen Herausforderungen und der Bezug zur Realität seien in den letzten Jahren verloren gegangen. Moderne Bildung könne nur vermittelt werden, wenn berufliche Bildung wertgeschätzt und die technische und ökonomische Bildung nicht vernachlässigt würden.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► EINKOMMENSRUNDE 2021

AUFTAKT WAR ERNÜCHTERND

Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) haben am 8. Oktober 2021 in Berlin begonnen. Davon betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer, indirekt circa 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte sowie rund 1 Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der entsprechenden Länder und Kommunen.

dbb-Chef Ulrich Silberbach bezeichnete das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde am 8. Oktober 2021 als ernüchternd. Die zweite und die dritte Verhandlungsrunde finden im November 2021 in Potsdam statt.

Am 13. Oktober 2021 fand in Wiesbaden im Rahmen eines hessenweiten Warnstreiktages eine große dbb-Demonstration statt. Einen Tag vor Beginn der zweiten Verhandlungsrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Landesdienst in

Hessen (TV-H) kamen gut 600 Demonstrantinnen und Demonstranten aus der bunten dbb-Familie zusammen.

Am 28. Oktober 2021 gingen in den Landeshauptstädten zwischen Kiel und München Prozentläuferinnen und Prozentläufer auf die Straße und protestierten gegen die Pläne der Arbeitgeberseite, die laufende Einkommensrunde zu einer Negativrunde zu machen.

dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz betonte beim Prozentlauf in Mainz mit Verweis auf die hohe Einsatzbereitschaft der Landesbeschäftigten im Pandemie- und Katastrophenmanagement, „dass sich die Kolleginnen und Kollegen eine angemessene Tarifentgelterhöhung und Besoldungsanpassung verdient haben. Gleichzeitig erhalten Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst nur dann den absolut erforderlichen Rückenwind, wenn hier fair bezahlt wird.“

Ra/Wü

Fotos: Christoph Schneider und Wilfried Rausch



Einkommensrunde 2021: Der VRB Rheinland-Pfalz bekundete in Wiesbaden Solidarität mit den Tarifbeschäftigten.



Der VRB zeigte auch in Mainz mit einer Delegation Flagge!

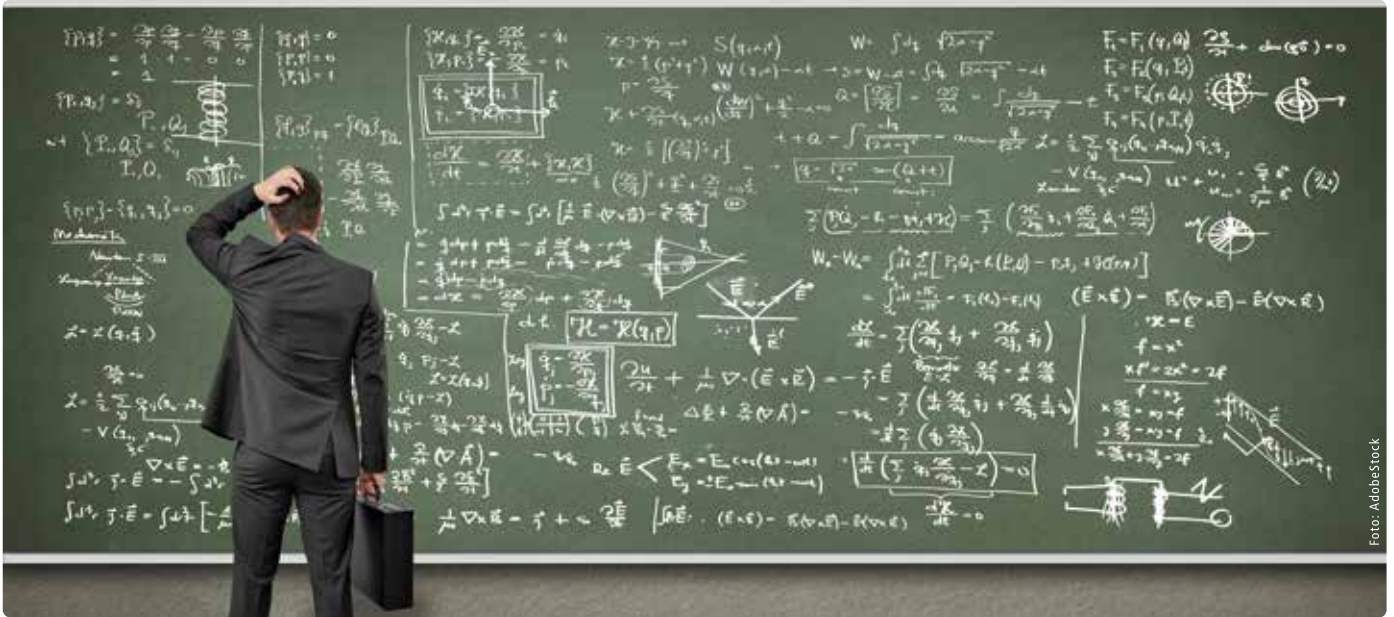


Foto: AdobeStock

Wer Elektrotechnik studieren will und keinen Physik- und Mathematik-Leistungskurs an einem Gymnasium besucht hat, kann in der Regel einpacken.

Hohe Abbrecherquoten an den Hochschulen

Hohe Abbrecherquoten sind volkswirtschaftlich betrachtet eine Ressourcenverschwendung, bildungspolitisch eine Fehlsteuerung und für die Betroffenen eine frustrierende Zeitvergeudung. Diese Feststellung trifft Dr. Axel Fuhrmann in einem Kommentar im handwerksblatt.de

Zu Beginn des Wintersemesters 2019/2020 begannen 508.689 junge Menschen erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule. Zum dritten Mal in Folge lag die Zahl damit über der 500.000er-Marke. Allerdings werden rund 150.000 dieser Erstsemester niemals das Ziel eines erfolgreichen Erwerbs des Bachelor-Zeugnisses erreichen, denn diese jungen Menschen brechen ihr Studium aus unterschiedlichsten Gründen noch vor dem ersten Abschluss ab. Aus der Studienabbruchstudie 2016 des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung geht hervor, dass 27 Prozent der Studierenden an Fachhochschulen und 32 Prozent an Universitäten ihr Studium abbrechen, wobei die Quote bei MINT-Fächern bei rund 40 Prozent liegt.

In der Öffentlichkeit werden die erschreckenden Abbrecherquoten kaum wahrgenommen. Die Politik feiert jede neue Studierende und jeden neuen Studierenden und jede neue Hochschule im unerschütterlichen Glauben, dass eine hohe Akademikerquote die Zukunft Deutschlands sichert.

Aufstiegsversprechen wird zur Enttäuschung

Bei über 9.100 akkreditierten Bachelor- und über 9.500 Master-Studiengängen haben aber selbst Experten längst den Überblick verloren. Und Personalverantwortliche in den Unternehmen wissen mit den häufig mit Anglizismen gespickten Titeln kaum noch etwas anzufangen. So wird das Aufstiegsversprechen eines aka-

demischen Studiums zur beruflichen Enttäuschung des Bachelor-Absolventen, wenn er oder sie statt auf dem Chefsessel in der Sachbearbeitung eines größeren Unternehmens landet.

Unterschiede zwischen vermeintlich gleichen Abschlüssen

Was ist aber zu tun? Natürlich braucht es schnellstmöglich eine bessere und umfassendere Berufs- und Studienwahlorientierung an den Schulen unter Einbeziehung der Hochschulen und der Wirtschaft. Zweitens ist es eine Illusion, dass alle allgemeinen Hochschulreifezeugnisse qualitativ gleichwertig seien. Zwischen den vermeintlich gleichen Schulabschlüssen an verschiedenen Schularten klaffen enorme Lücken in der Qualität des Wissens und Lernens. Wer Elektrotechnik studieren will und keinen Physik- und Mathematik-Leistungskurs an einem Gymnasium besucht hat, kann in der Regel einpacken. Und zwar nach spätestens zwei Semestern. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Und drittens: Die beste Vorsorge gegen Studienabbruch insbesondere an Fachhochschulen wäre die verpflichtende Absolvierung einer vorgeschalteten Ausbildung im später gewählten Studiengang. Wer zunächst eine Metallbauerlehre absolviert, um danach ein Maschinenbaustudium zu beginnen, weiß in weiten Teilen, was auf ihn oder sie zukommt.

HR/Quelle: handwerksblatt.de, 27. Juli 2021



Zukunft anpacken: Unter den aus den MINT-Spenden neu angeschafften Unterrichtsmaterialien ist auch ein programmierbarer Robotergriffarm.

Feierstunde und Fragerunde: MINT-Netzwerk in Hochform Neue Dimensionen in Schule und Ministerium

Feierstunde an der Konrad-Adenauer-RS plus mit FOS Umwelt/Technik Landau: Schulleiter Manfred Schabowski konnte eine beeindruckende Summe an Spendengeldern zur Förderung von Schulprojekten im MINT-Bereich entgegennehmen. Anwesend waren Bildungsstaatssekretärin Bettina Brück und zahlreiche Gäste aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Viele der außerschulischen Partner aus dem MINT-Netzwerk der Schule waren wieder einmal dem Spendenaufruf des Fördervereins

gefolgt, um für die Schulgemeinschaft Unterrichtsmaterialien anzuschaffen, die naturwissenschaftliche Erfahrungen weit über den Unterrichtsalltag hinaus ermöglichen. Alle Klassenstufen werden davon profitieren. Schulleiter Schabowski bedankte sich im Namen der Schulgemeinschaft für die verlässliche Zusammenarbeit mit den Partnern auch in diesen schwierigen Zeiten.

Am Ende der Feierstunde und nach der Besichtigung einiger exemplarisch ausgewählter Anschaffungen tauschte sich Frau Brück in einer kleinen Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern von Lehrkräften, Schülerschaft und Eltern aus.

Aus Herausforderungen lernen: Eigeninitiative und Selbstverantwortung

Regina Sersch im Gespräch mit
Bettina Brück und **Manfred Schabowski**



Im Anschluss an die Schulveranstaltung stellten sich Bettina Brück, die erst vor wenigen Monaten aus dem Landtag in das Bildungsministerium gewechselt ist, und Manfred Schabowski, der langjährige schulpolitische Erfahrung als Sprecher der Schulleitervereinigung besitzt – den Fragen unserer Redaktion nach ihren jüngsten Organisationserfahrungen sowie ihren bildungspolitischen Forderungen und Perspektiven.

RBiRP: Frau Brück, wie können Sie Ihre parlamentarische Erfahrung in Ihrem neuen Arbeitsbereich einbringen?

Bildungspolitisches Netzwerk hilft im neuen Amt

Bettina Brück: Ich war 15 Jahre Abgeordnete des Parlaments und seit Beginn meiner Abgeordnetenzeit 2006 im Bildungsausschuss tätig, davon zehn Jahre als bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Deshalb habe ich die Bildungspolitik in unserem Land aktiv mitgestaltet und wichtige bildungspolitische Vorhaben in den letzten 15 Jahren mit vorangetrieben. Die Erfahrung der vergangenen 15 Jahre hilft mir sehr im neuen Amt. Als Bildungsstaatssekretärin begegne ich jetzt natürlich neuen Herausforderungen und neuen Perspektiven. Dabei hilft mir selbstverständlich auch mein vielfältiges bildungspolitisches Netzwerk, das ich mir über die Jahre aufgebaut habe. Ich freue mich sehr, nun Bildungspolitik an einer ganz anderen Schaltstelle mitgestalten zu können.

Haben Sie eine persönliche Schwerpunktsetzung?

Gleichwertigkeit allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, gute Bildung genießen können, dass jedes Kind einen Schulabschluss hat und dass jedes Kind eine Chance auf gute Bildung bekommt. Chancengerechtigkeit ist mir ein Herzensanliegen. Daran möchte ich gerne mitarbeiten.

Darüber hinaus ist für mich die Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung von besonderer Bedeutung. Ich glaube, gerade hier sind die Realschulen plus ein wichtiger Baustein in der beruflichen Orientierung. Und sie legen bei den jungen Menschen die Grundsteine für ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft.

Die Pandemie hat dazu gezwungen, Unterricht in völlig neuen Dimensionen zu denken und zu praktizieren. In dieser Zeit haben Schulen Methoden und Wege entdeckt, die sie auch nach Corona praktizieren werden. Gibt es etwas Vergleichbares im Ministerium?

Agiles Arbeiten hat sich rasch durchgesetzt

Ich bin Staatssekretärin geworden, als die Pandemie schon in vollem Gange war, doch ich weiß, dass Corona auch das Ministerium vor große Herausforderungen gestellt hat. Von jetzt auf gleich mussten in rascher Geschwindigkeit Entscheidungen getroffen werden. Die Art des Arbeitens hat sich auch hier stark verändert. Wir arbeiten jetzt viel mehr überbehördlich mit anderen Ressorts zusammen, in anderen Verfahren. Wir kommunizieren im Ministerium vielfach in Videokonferenzen, in vielen Telefonschalten. Es ist zudem sehr schnell ein interdisziplinäres Team aus unterschiedlichen Abteilungen des Ministeriums mit den nachgeordneten Behörden, der ADD und dem Landesamt für Jugend und Soziales zusammengestellt worden. Dieses „agile Arbeiten“, wie man das heute neudeutsch nennen könnte, hat sich rasch durchgesetzt und besteht weiter. Gerade wenn sich die Aufgabenbereiche überlappen, arbeiten wir ressortübergreifend viel vernetzter und enger zusammen. Es hat sich auch da vieles verändert.

Man hat die Chancen also erkannt. Wird man die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, auch weiterhin nutzen?

Ja, die vielen Teams bleiben weiterhin bestehen, sie haben sich etabliert. Wir werden auch weiter moderne digitale Technik in unserer Arbeit nutzen, durch Videokonferenzen stundenlange Dienstreisen vermeiden und - auch nach Corona - vermehrt Homeoffice ermöglichen. Die Vernetzung des Ministeriums ist sehr intensiv geworden.

Herr Schabowski, in der Pandemie mussten Schulleitungen aufgrund der spezifischen Gegebenheiten ihrer jeweiligen Schulen kurzfristig und spontan – nur innerhalb der Schulgemeinschaft abgestimmt – weitreichende Entscheidungen vor Ort treffen. Leitet die Schulleitungsvereinigung aus diesen Erfahrungen auch Forderungen an das Ministerium ab?

Manfred Schabowski: Die Schulen haben sich bei der Frage der Digitalisierung unterschiedlich auf den Weg gemacht. Viele der weiterführenden Schulen haben sich z.B. für eine leistungsfähige Kommunikations-Software entschieden, gegen die seitens des Landes datenschutzrechtliche Bedenken bestanden. Wir begrüßen, dass sich das Ministerium jetzt geöffnet hat, gemeinsam mit uns und dem Datenschutzbeauftragten nach einer rechtskonformen Lösung für die weitere Nutzung der Software zu suchen, d.h. die Schulen in einen rechtssicheren Raum zu begleiten. Ich sehe darin einen wichtigen Ansatz, weil unsere Schülerinnen und Schüler auch nach dem Eintritt in die Berufswelt mit professionellen Softwareprodukten umgehen werden.

Gibt es weitere Erfahrungen und Forderungen?

Schabowski: Eine greifbare Erfahrung der Pandemie war, dass kleine Lerngruppen den Lernerfolg erhöhen. Diesen Ansatz perspektivisch nicht aus dem Blick zu verlieren, das ist wichtig.

Selbstständigkeit der Schulen stärken – Rahmenbedingungen weiterentwickeln

Ein weiterer Punkt ist, dass während der Pandemie bei der Vermittlung von Wissen die pädagogische Arbeit einen höheren Stellenwert erreicht hat als vor der Pandemie. Die Kontakte zu Eltern, zu Schülerinnen und Schülern waren von zentraler Bedeutung. Von daher ist es systemisch wichtig, die gebundene und nicht gebundene Arbeitszeit in den Blick zu nehmen und die Deputate der Lehrkräfte situationsorientiert entsprechend anzupassen.

Es geht zu guter Letzt – wie Sie richtig hervorgehoben haben – auch darum, die Selbstständigkeit der Schulen zu stärken. Die Rahmenbedingungen vor Ort sind sehr unterschiedlich. Ich glaube, dass die Gremien der Schule mit ADD und Ministerium gemeinsam zu einer jeweils passgenauen Lösung kommen können. So lassen sich Maßnahmen vermeiden, die am Standort A hervorragende Ergebnisse erzielen, aber am Standort B zum Beispiel gar nicht so anwendbar sind.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Foto: AdobeStock

Nachwuchslehrkräfte für den Informatik-Unterricht sind rar.

Anreize für Informatik-Lehrkräfte schaffen!

In einer zunehmend digitalisierten Welt und bei einem Ausbau der Digitalisierung im schulischen Kontext nimmt auch die Bedeutung informationstechnischen Wissens zu. Entsprechend heißt es im „Zukunftsvertrag“ der „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“: „Die Digitalisierung wird unsere Art zu arbeiten, zu wirtschaften und zu leben in den kommenden zehn Jahren stark verändern. Wir wollen die neuen Chancen mit starken Digitalisierungsinitiativen nutzbar machen, unser Land zum Gigabit-Land machen und die Teilhabe aller sichern.“ (Koalitionsvertrag RLP 2021-2026, S.93)

Vor diesem Hintergrund muss eine Meldung des Statistischen Landesamtes geradezu schockieren: Von den 1.200 Nachwuchslehrkräften, die 2020 in Rheinland-Pfalz den Vorbereitungsdienst mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen haben, belegten nur 17 das Lehrfach Informatik. Betrachtet man nur die allgemeinbildenden Schulen, so reduziert sich die Zahl sogar auf nur zehn!

Auch in den Vorjahren wurden nicht mehr Nachwuchslehrkräfte mit einer Ausbildung in der Didaktik der Informatik gewonnen. Seit 2010 schlossen an allgemeinbildenden Schulen nur 98 Personen das Zweite Staatsexamen mit dem Erst- oder Zweitfach Informatik ab. Im Jahr 2020 hatten nur etwa 680 Lehrkräfte eine Unterrichtserlaubnis bzw. -befugnis im Fach Informatik. Fachfremder Unterricht in diesem wich-

tigen Themenbereich kann immer nur eine Notlösung sein. Im krassen Gegensatz zu der enorm wachsenden Bedeutung der informatorischen Bildung auch für die berufliche Zukunft der Schülerinnen und Schüler steht die Abnahme der Zahl entsprechend befähigter Lehrkräfte um sieben Prozent in der letzten Dekade.

Es müssen dringend Anreize geschaffen werden, um mehr Studierende für das zukunftsweisende Fach zu gewinnen. Kurzfristig müssen Weiterbildungsangebote mit entsprechenden Freistellungen dazu beitragen, den Mangel zu mildern. Wie sollen die Jugendlichen auf eine digitalisierte Lern- und Arbeitswelt vorbereitet werden, wenn Lehrkräfte dafür fehlen? Manchmal wird vergessen, dass Informatik nicht nur als ein Fach der gymnasialen Oberstufe erteilt wird, sondern auch in den Wahlpflichtbereichen der Realschulen plus und der Integrierten Gesamtschulen eine große Bedeutung einnimmt. Statt wohlklingend formulierter Zukunftsvisionen fordert der Verband Reale Bildung von der Landesregierung sofortiges Handeln.

Zahlenquelle:
Pressemitteilung des
Statistischen Landesamtes
vom 12. Juli 2021

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Aktualisierung der Lehrpläne für Englisch und für Französisch

Der VRB hat Stellungnahmen zu den Lehrplan-Aktualisierungsvorlagen für die Fächer Englisch und Französisch in der Sekundarstufe I abgegeben. Für ihre Unterstützung danken wir u.a. Heike Staffa (Andernach), Stephanie Sands (Saarburg) sowie der Fachschaft Französisch der Geschwister-Scholl-Realschule plus Andernach. Wir drucken nachfolgend Auszüge unserer Schreiben ab.



Lehrplanentwurf „Englisch für die Sekundarstufe I“ Bessere unterrichtliche Rahmenbedingungen gefordert

Der Lehrplanentwurf basiert auf vier Kompetenzniveaus. Die theoretische Darstellung ist überzeugend. Jedoch dürften die organisatorischen Vorgaben zum Unterricht allgemein eine lehrplan-konforme Unterrichtsgestaltung erschweren. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Lehrplans im täglichen Englischunterricht muss die Größe der Lerngruppen verringert werden. Ferner müssen in Schwerpunktschulen qualifizierte Förderschullehrkräfte zur Verfügung stehen. Es reicht nicht, Inklusion im Lehrplan zu berücksichtigen, ohne die entsprechenden Ressourcen zu gewährleisten.

Zur Unterstützung der Schulen bei der Umsetzung fordern wir Fortbildungsmaßnahmen speziell für das Fach Englisch. Diese dürfen nicht nur punktuell und zeitlich beschränkt auf die Einführungsphase des neuen Lehrplans angeboten werden. Weiterhin empfehlen wir gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen von Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Schularten, die die Übergänge thematisieren und mögliche Kooperationsformen in den Regionen ermöglichen.

Lehrplanentwurf „Französisch für die Sekundarstufe I“ Mehr Zeit für wünschenswerte Ziele

Nach dem Motto „vivons, voyons, voyageons“ legt der Lehrplan großen Wert auf außerschulische Aktivitäten. Schulen haben sich seit Jahren zum Ziel gesetzt, das Fach Französisch so lebendig wie möglich zu gestalten, um das Interesse der Schüler und Schülerinnen an der französischen Sprache zu wecken und aufrechtzuerhalten. (...)

Auf den Seiten 8–9 des Entwurfs wird Rheinland-Pfalz als Land der Partnerschaft vorgestellt und die Bedeutung von internationalen Begegnungen hervorgehoben. Im Abschnitt inter- und transkulturelle kommunikative Kompetenz (S.14) wird die Bedeutung von Austauschmaßnahmen hervorgehoben. Hier wird auch die Bedeutung des Erlernens von Fremdsprachen und die Teilnahme am interkulturellen Austausch für die Persönlichkeitsentwicklung sowie für die Demokratiebildung hervorgehoben.

Im 4./5. Lernjahr sollen die Lernenden aufgrund ihrer inter- und transkulturellen kommunikativen Kompetenz gemeinsame europäische Werte schätzen, sich in interkulturellen Begegnungen positiv einbringen können u. v. m.

Die dargestellten Ziele sind wünschenswert. Allerdings ist zur Erfüllung der beschriebenen Ziele erforderlich, dass für die Organisation von Austauschmaßnahmen den Lehrkräften auch mehr Zeit zur Verfügung stünde. Diese Forderung wird auf den Netzwerktreffen der Europa-Schulen und auf anderen Veranstaltungen und Fortbildungen zum internationalen Austausch immer wieder erhoben.

Wü/llustration: AdobeStock

► AUFGEGRIFFEN

Einfach tun!

Unter der Überschrift „Mut zur Lücke“ zeigt Paul Munzinger in der Süddeutschen Zeitung vom 31. Juli/1. August 2021 zehn Ideen auf, wie Schulen die in der Corona-Krise entdeckten Spielräume auch in Zukunft nutzen können. Er thematisiert folgende Aspekte: 1. Offen bleiben, 2. Hinschauen, 3. Zeit lassen, 4. Weglassen, 5. Mutig bleiben, 6. Was bewegen, 7. Was unternehmen, 8. Zuhören, 9. Forschung zulassen, 10. Sagen, was los ist.

Mutig sein Einiges davon haben die Schulen sicherlich unabhängig von der Pandemie bereits

praktiziert. Doch die Erfahrung, dass die einzelne Schule nicht auf Reformen warten muss, um etwas zu verändern, sondern es einfach tun darf, also „mutig sein“, sollte unbedingt über die Pandemie hinaus bewahrt bleiben oder aufgegriffen werden.

Es gibt viele Stellschrauben Es gibt so viele kleine Stellschrauben z.B. bei der Stundenplangestaltung, den Teambildungen, den schuleigenen Wahlpflichtfächern, der Gestaltung von Klassenarbeiten, der Gewichtung und dem Einsatz des digitalen Lernens, der Organisation des Ganztags, der Projektarbeit, der Hausordnung und vieles mehr, mit denen man das Schulprofil hervorheben kann, die Schulgemeinschaft stärkt und individuelle

Lösungen zulässt, um Kinder und Jugendliche entsprechend ihren Begabungen und Interessen auf ihren Lebensweg vorzubereiten.

Gemeinsam entscheiden In diesem Gestaltungs- und Entscheidungsprozess ist es wichtig, die Fachkonferenzen, die Eltern- und Schülerinnen- und Schülervertreter und die Schulsozialarbeit mit ihren Ideen und Vorschlägen einzubinden, um am Ende gemeinsam zu entscheiden. So werden Prozesse transparent gestaltet, sind nachvollziehbar und damit belastbar.

Ser



Die elektronische Patientenakte (ePA)

Mehr Engagement der Politik
und Unterstützung Älterer gefordert!

von **Wilfried Rausch**

Der Gesetzgeber hat ab 1. Januar 2021 den gesetzlich Versicherten einen Anspruch auf eine elektronische Patientenakte als Herzstück einer digitalen Gesundheitsversorgung eingeräumt. Bis Mitte des Jahres 2021 soll die Umsetzung abgeschlossen sein. Danach müssen alle vertragsärztlich tätigen Leistungserbringer die elektronische Patientenakte (ePa) nutzen und bedienen. Die Krankenhäuser müssen spätestens zum 01.01.2022 die elektronische Patientenakte anbieten. Die Privatversicherten können den Anspruch noch nicht geltend machen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass auch die Privatversicherer demnächst dieses Angebot ihren Versicherungsnehmern anbieten können.

Der Digitalisierung geschuldet

Die Einführung einer elektronischen Patientenakte (ePA) ist konsequent und verspricht für alle Beteiligten einen Gewinn. Die Krankenversicherer erhoffen sich Kostenersparnisse, indem unnötige Doppeluntersuchungen oder Therapien verringert werden. Für Ärzte erleichtern die digital bereitgestellten Informationen die Anamnese. Die Patienten erhalten die Möglichkeit, anhand dieser Informationen stärker in die Behand-

lung eingebunden zu werden. Mit einer elektronischen Patientenakte (ePA) können Qualität in der Behandlung und vor allem Transparenz bei der Krankenbehandlung erhöht werden.

Keine Einschränkung der Patientenmündigkeit

Die Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA) ist freiwillig. Darüber hinaus entscheidet jeder Nutzer, welche Inhalte

er in seine elektronische Patientenakte aufgenommen haben will und welche er bei seinem Arztbesuch dem behandelnden Arzt freigibt. Zugriff erhält dieser nur nach Einwilligung des Patienten und einer technischen Zugriffsfreigabe beispielsweise durch eine PIN-Eingabe in der Praxis. Weiter hat der Nutzer die Möglichkeit, eigene Aufzeichnungen zu seinem Krankheitsbild in die Akte aufzunehmen und diese in die Anamnese in schriftlicher Form gezielt ein-

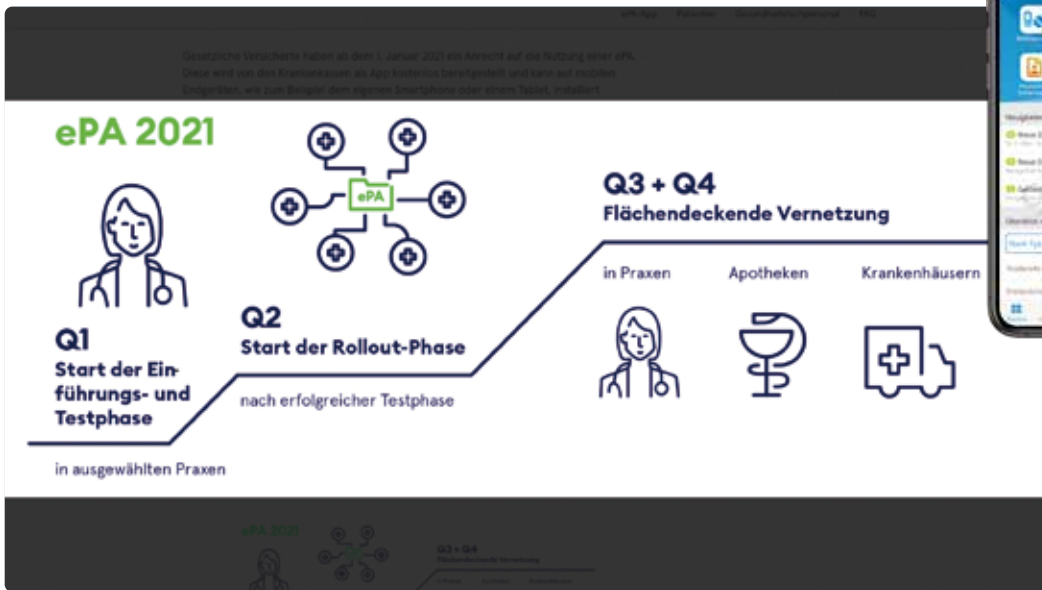


Foto: www.gematik.de

zubringen. Somit stehen nicht mehr nur die gewerteten Aufzeichnungen eines Arztes aus den Anamnesen bei nachfolgenden Behandlungsschritten zur Verfügung.

Digitale Kompetenz erforderlich

Die Nutzung einer elektronischen Patientenakte (ePA) ist 2021 nur mit einem Smartphone oder Tablet möglich. Die Krankenkassen stellen jeweils eine von ihnen entwickelte App zur Nutzung zur Verfügung. Erst ab 2022 soll ein stationärer Desktop-Client zur Verfügung stehen, sodass Nutzer mit einem Laptop bzw. mit einem PC eine elektronische Patientenakte (ePA) einrichten und verwenden können.

Der Nutzer verwaltet seine elektronische Patientenakte (ePA) selbstständig. Dies bedeutet, dass er diese befüllen und Dokumente gezielt freigeben muss. Dokumente, die nicht digitalisiert vorliegen, muss er mit dem Handy oder Tablet einscannen bzw. als PDF-Datei scannen und speichern. Unterstützung beim Befüllen aktueller Befunde kann er von allen vertragsärztlich tätigen Medizinern durch eine Schnittstelle im Praxisverwaltungssystem erhalten.

Unterstützung älterer Menschen notwendig

Mit der fortschreitenden Digitalisierung müssen alle Menschen die Möglichkeit haben, daran teilhaben zu können. Gerade im gesundheitlichen Bereich ist dies notwendig. Älteren Menschen fällt die Nutzung

oftmals nicht leicht. Es fehlt häufig das Fachwissen, die Unbeschwertheit im Umgang mit digitalen Endgeräten und Apps, die gezielte altersgerechte Unterstützung wie auch das Geld zur Anschaffung von digitalen Endgeräten und für Aufwendungen im Rahmen eines Vertrags mit Kommunikationsanbietern. Hier ist die Gesellschaft gefordert, Unterstützung zu bieten, damit vollumfänglich und eigenverantwortlich eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden kann.

Initiative „DigitalPakt Alter“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) haben eine Initiative „DigitalPakt Alter“ aufgelegt.

Gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen ältere Menschen unterstützt werden, bei der zunehmenden Digitalisierung unserer Lebenswelt eingebunden zu werden. Die BAGSO hat eine eigene Geschäftsstelle „DigitalPakt Alter“ eingerichtet und koordiniert die Initiative.



Engagement der Politik gefordert

Die Partner des DigitalPakts Alter sind:

- Bitkom - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
 - Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
 - Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie e. V.
 - Deutscher Gewerkschaftsbund
 - Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.
 - Deutschland sicher im Netz e. V.

Quelle: <https://www.bagso.de/themen/digitalisierung/digitalpakt-alter/>

Der DigitalPakt Alter ist als längerfristige Initiative angelegt. Es wird sich zeigen müssen, ob eine Initiative bei den Herausforderungen, ältere Menschen bei dem anstehenden Transformationsprozess in allen Bereichen unserer Gesellschaft so zu stärken, dass sie selbstbestimmt und selbstständig ihr Leben im Alter gestalten können, ausreichend sein wird. Zweifel bleiben. Die Initiative setzt zu sehr auf Freiwilligkeit und den guten Willen von Bündnispartnern. Ein größeres Engagement der Politik ist aus unserer Sicht gefordert.

Zu beklagen ist, dass wiederum innovative Projekte im Gesundheitsbereich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ablaufen. Wie bei „App auf Rezept“ nehmen die gesetzlichen Versicherungsträger eine Vorreiterrolle ein. Die privaten Versicherungsträger hinken hinterher. Aber auch die Privaten zeigen, dass sie bei der Digitalisierung beispielsweise bei Abrechnungen die Nutzung digitaler Instrumente ermöglichen und bevorzugen. Bei der elektronischen Pa-

DIGITALER ENGEL

Wie nutze ich das Internet sicher? Dabei sein! Online im Alter.

Sicheres Gerät

- Apps aus sicheren Quellen laden
- Betriebssystem und Apps aktualisieren
- Virenschutz installieren

Sichere Internetverbindung

- WLAN mit einem sicheren Passwort schützen
- WLAN ausschalten, wenn nicht in Benutzung
- Im öffentlichen Hotspot keine persönlichen Daten eingeben

Sichere Internetseiten

- Auf SSL Verschlüsselung achten
- Datenschutzerklärung und Impressum müssen vorhanden sein

Drei Tipps für noch mehr Sicherheit

1. Verwenden Sie sichere Passwörter
2. Gehen Sie sparsam mit persönlichen Daten im Internet um
3. Aktivieren Sie die Drittanbietersperre bei Ihrem Mobilfunkanbieter

tientenakte liegen nun Versprechungen der privaten Krankenversicherer auf dem Tisch, den Versicherten noch bessere digitale Lösungen anbieten zu können.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



► INFO

Corona-Zuschlag in der Pflegeversicherung



Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 wird ein befristeter Zuschlag auf den monatlichen Beitrag in der Pflegepflichtversicherung erhoben. Die Höhe des Zuschlags wird im einstelligen Euro-Bereich liegen.

Der Gesetzgeber hat einen befristeten Corona-Zuschlag eingeführt, um die gesetzlich vorgeschriebenen Mehrausgaben der Pflegeversicherung zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Nach dem Ausbruch der Pandemie waren die Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen besonders gefährdet und belastet. Um die Versorgung dennoch zu sichern, hat der Gesetzgeber einen Rettungsschirm für die Pflege eingeführt. Finanziert werden damit außerordentliche Aufwendungen der Einrichtungen. Dazu zählen unter anderem:

- Ausgleich für die Minderbelegung von Pflegeeinrichtungen während der Pandemie
- Zusätzliche Personalaufwendungen
- Schutzausrüstung des Pflegepersonals
- Corona-Tests

Die Private Pflegepflichtversicherung wurde gesetzlich verpflichtet, sich entsprechend ihres Anteils von insgesamt rund 9,2 Millionen Versicherten an der Finanzierung des Rettungsschirms zu beteiligen. Dieser Kostenanteil beträgt gut 480 Millionen Euro und wird nun über den befristeten Corona-Zuschlag ausgeglichen.

Ra / <https://www.pkv.de/wissen/beitraege/corona-zuschlag-in-der-pflegeversicherung-2022/>



Streit um Schulwahl: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen den Entzug von Teilen der elterlichen Sorge

Durch höchstrichterlichen Beschluss wurde bestätigt, dass das Elternrecht auf freie Schulwahl im Falle der Gefährdung des Kindeswohls aufgehoben werden kann.

Eine Koblenzer Mutter und ihre mittlerweile 16-jährige Tochter, bei der ein Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen besteht, haben sich gegen familiengerichtliche Entscheidungen gewandt, durch die der Mutter unter anderem das Recht zur Regelung schulischer Belange sowie der Gesundheitsvorsorge für ihre Tochter entzogen wurden. Sie machten vor allem eine Verletzung von Grundrechten geltend, die den Eltern die Entscheidung über die Wahl der Schule zugesteht. Sie stützten sich zudem auf einen nach der UN-Behindertenkonvention (BRK) verorteten Anspruch der Tochter auf inklusive Beschulung.

Bei der beschwerdeführenden Tochter wurde erstmals während ihrer Grundschulzeit ein sonderpädagogischer Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen festgestellt. Spätere Verfahren zur Feststellung eines Förderbedarfs gelangten zu dem gleichen Ergebnis, wobei ein IQ um 70 ermittelt wurde. Gegen den Rat der Fachkräfte meldete die Mutter ihre Tochter zunächst auf einem Gymnasium an. Dort kam es jedoch nach kurzer Zeit zu erheblichen Konflikten, aufgrund derer die Tochter als Ordnungsmaßnahme wegen der Übergriffe auf Mitschüler dauerhaft von dieser Schule ausgeschlossen wurde. Anschließend besuchte sie eine Realschule plus, an der sie täglich drei Stunden beschult wurde.

Auf Initiative des Jugendamtes wurde ein Sorgerechtsverfahren eingeleitet, in dem das Familiengericht der Mutter unter anderem das Recht zur Regelung schulischer Belange ihrer Tochter entzog. Die dagegen gerichtete Beschwerde der Mutter wies das Oberlandesgericht Koblenz zurück. Das Familiengericht habe zu Recht angenommen, dass das körperliche und seelische Wohl der Tochter

aufgrund eines Versagens ihrer Mutter nachhaltig gefährdet sei. Die Mutter übe trotz stetiger gegenteiliger Ratschläge aller Fachkräfte einen derart enormen Leistungsdruck auf ihre Tochter aus, dass diese permanent überfordert, traurig, verzweifelt und ohne jegliche Lebenslust sei.

Die Mutter wollte die OLG-Entscheidung nicht akzeptieren und legte noch vor dem endgültigen Abschluss des Verfahrens Verfassungsbeschwerde ein. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts sei jedoch eine Verletzung des Elternrechts (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG) anhand der vorgelegten Unterlagen nicht erkennbar. Die Mutter setze ihre Tochter durch überhöhte Erwartungen von Leistungen, die diese nicht erbringen könne, unter einen permanenten Leistungsdruck, der das Kindeswohl gefährde. Die Tochter könne von der inklusiven Beschulung nicht profitieren, weil diese für sie angesichts des Verhaltens ihrer Mutter mit einer dauerhaften erheblichen Belastung verbunden sei.

Es wird zu beobachten sein, welche Auswirkungen der Beschluss auf die inklusive Beschulung bzw. die Akzeptanz schulischer Entscheidungen in der Praxis haben wird. Dem Kindeswohl sollte ggf. auch gegen Eltern- oder Behördenmeinung hohe Priorität eingeräumt werden.

Wolfgang Häring
wolfgang@haering.vrb-rlp.de



Quelle: Beschluss des BVerfG vom 14.10.21, Az.: 1 BvR 1525/20
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/09/rk20210914_1bvr152520.html;jsessionid=21AE718B0E563012D8F17A4F0A1D1484.1_cid386



► AUFGEGRIFFEN

„Absolute Lieblingslehrerin“

Ugur Sahin (Biontech) dankt seiner ehemaligen Mathematiklehrerin

Es hat Seltenheitswert, dass sich jemand für seinen Mathematikunterricht bedankt, viele halten ihn selbst rückwirkend für eine Zumutung oder zumindest größtenteils für überflüssig.

Nicht so Prof. Dr. Ugur Sahin, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens Biontech: Die Mathematik helfe ihm, „biologische Mechanismen zu verstehen oder die Zusammenhänge zwischen Krankheiten und der Entwicklung von wirksamen Therapieverfahren“. Immer gehe es „um die mathematische Natur der Aufgabe, elementare Muster und quantitative Zusammenhänge“. Mit diesen Worten führt er seinen Erfolg als Wissenschaftler auch auf seine frühere Mathematiklehrerin Gisela Seulen zurück. Seulen sei einer der wenigen Menschen gewesen, die ihn in seinem Leben stark geprägt haben, sagt der Corona-Impfstoffentwickler in einer Videobotschaft zu Seulens 80. Geburtstag.

Womöglich hätte es ohne die Prägung seiner „absoluten Lieblingslehrerin“ auch den

Impfstoff gegen das Coronavirus nicht gegeben. „Es ist auch Ihrem Unterricht und Ihnen persönlich zu verdanken, dass wir im Januar letzten Jahres mit aller Entschlossenheit begonnen haben, den Impfstoff zu entwickeln.“

Diese Folgerung erklärt Sahin mit dem Verdienst der LK-Lehrerin, ihn für die Mathematik begeistert zu haben. Nachdem er Anfang Januar 2020 wissenschaftliche Aufsätze über das Coronavirus in Wuhan gelesen habe, sei es aus „simpler Logik und ein bisschen Statistik“ naheliegend gewesen, dass sich das Virus bereits weltweit ausgebreitet haben musste. Dies aus den vorliegenden Daten zu schließen, sei „nicht komplexer als Oberstufen-Mathe“ gewesen, sagt Sahin in der Geburtstagsbotschaft an die Lehrerin. Während andere

noch darüber nachdachten, wie sich das Virus in China kontrollieren lassen könnte, arbeitete Sahin mit seinem Team schon mit Hochdruck an einem Impfstoff.

Ugur Sahin absolvierte 1984 sein Abitur am heutigen Erich-Kästner-Gymnasium (damals: Städtisches neusprachliches Gymnasium Castroper Straße) in Köln-Niehl, als erstes türkischstämmiges Gastarbeiterkind der Schule. Er hatte die Leistungskurse Mathematik und Chemie belegt und wurde Jahrgangsbester.

Gisela Seulen sagte dem Kölner Stadt-Anzeiger, sie fühle sich von Sahins Botschaft „natürlich gebauchpinselt“. – Verständlich!

Ser/Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger (15.9.21), Die Rheinpfalz (16.9.21), Wikipedia

Zeitreisen

Unsere Rubrik „Glückwunsch VRB – 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft“ erwuchs vor über einem Jahr aus der Idee, unser Gründungsjubiläum mit Beiträgen zur Geschichte des Verbandes und der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik zu würdigen.

Uns erreichen noch immer Rückmeldungen und Erinnerungen unserer Mitglieder und interessierter Leserinnen und Leser, die uns als Zeitzeugen an ihren Erinnerungen teilhaben lassen. In der vorliegenden Ausgabe berichten uns **Günter Jung** und **Wolfgang Häring**, dass sie Mitglieder wurden, weil in der jungen Schullart Aufbruchstimmung und Engagement ansteckend wirkten.

Hermann Kölsch erinnert an den Menschen und Schulleiter Max Wittmann, der als „Vater“ der pfälzischen Realschule gilt.

Max Laveuve, der Ehrenvorsitzende des Philologenverbandes, hebt die bewährte Zusammenarbeit der beiden Verbände hervor und erinnert an eine gemeinsame Großveranstaltung mit 3.000 Teilnehmern im Jahr 1993, die sich gegen die Schul- und Bildungspolitik der damaligen Landesregierung richtete.

Wir führen die Rubrik unter dem Arbeitstitel „Zeitreise in die Schul- und Verbandsgeschichte“ in loser Folge fort. Möchten Sie Ihre diesbezüglichen persönlichen Erinnerungen mit uns teilen? Wir freuen uns über Ihre Zuschrift.

WIE ICH MITGLIED WURDE

Aufbruchstimmung und Engagement waren ansteckend

Wenn ich ehrlich bin, ist meine Erinnerung an das berufliche Jahr 1970 nicht mehr sehr präzise. Zuviel Neues gab es in diesem Jahr: frisch verheiratet, neue Stadt, neue Wohnung, Einstieg ins Referendariat, erstes bescheidenes Einkommen (505,16 DM/Monat also umgerechnet 258,28 Euro), viele neue Gesichter ... Da war man froh, einbezogen zu werden. Ein „gestandener“ Lehrer fragte mich damals, ob ich denn nicht zu einer Bezirksversammlung des VDR mitkommen wollte. Ich sagte zu und war sofort beeindruckt: Im großen Saal der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle hatte sich eine gefühlt gigantische Menge von (vor allem jungen) Menschen versammelt.

Es gab Ansprachen von honorigen Verbandsfunktionären und Vertreter der damaligen Bezirksregierung mussten Rede und Antwort stehen. Gerade 24 geworden habe ich zu allen respektvoll aufgeblickt.

Neben gewerkschaftlichen Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit und besserer Bezahlung ging es zu meiner Überraschung vor allem um die Etablierung und Organisation der damals noch jungen Schullart Realschule. Es war faszinierend über die Inhalte der Wahlpflichtfächer und die Auswahl neuer Schulstandorte zu diskutieren. Die spürbare Aufbruchstimmung und das Engagement waren ansteckend und so war es für mich keine Frage, das Anmeldeformular für den Verband zu unterschreiben.

Daraus sind inzwischen 50 Jahre Mitgliedschaft geworden mit vielen interessanten Begegnungen und engen Freundschaften. Es ist einfach spannend, die schulpolitischen Entwicklungen über den Tellerrand der eigenen Schule hinaus zu verfolgen und sich immer neuen Herausforderungen zu stellen.



Mitgliedsausweis

ZUR PERSON



Wolfgang Häring war tätig an Realschulen in Koblenz, Idar-Oberstein, Ludwigshafen und Schifferstadt.

Von 1996 bis 2007 war er Mitglied des Bezirkspersonalrates bei der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz bzw. bei der ADD Trier. Von 1980 bis 2005 gehörte er dem VDR-Bezirksvorstand Neustadt und von 1984 bis 2016 dem VDR/VRB-Landesvorstand an.

Französischlehrer gesucht!

Meine erste Einstellung erhielt ich an der Realschule in Betzdorf/Sieg als Lehrkraft für Französisch. Damals war dieses Fach ein sogenanntes Wahlfach, die „Nichtfranzosen“ hatten in diesen Stunden Hausaufgabenaufsicht in der Aula, was aber nur von ganz wenigen in Anspruch genommen wurde.

So begab ich mich im April 1965 nach Betzdorf, um mir dort ein Zimmer zu suchen und mich an der Schule zu melden. Es war Nachmittag und die Stellvertreterin, Frau Luise Löwer, saß Arbeiten korrigierend im Schulhof in der Sonne. Freundlich wurde ich von ihr begrüßt, und sie teilte mir mit, dass sich die Schulleitung bereits um eine Unterkunft

in Schulnähe gekümmert und mich ab 27.4. im Stundenplan eingebaut habe. Der Schulleiter sei ein Herr Rippebeck.

An einem der nächsten Tage machte ich dann die Bekanntschaft des Schulleiters, der mich herzlich empfing und mir unter anderem empfahl, als angehender Realschullehrer dem Realschullehrerverband beizutreten. Er hatte die Beitrittserklärung schon vorbereitet. So kam ich zum VDR, in dem ich mich später auch aktiv engagiert habe, weil ich von dessen Zielen überzeugt war. Eines der ersten Ziele, die der Verband damals erreichte, war die Einstufung der Realschullehrer von der Besoldungsgruppe A10 in die Gruppe

A 11. Das war schon ein toller Erfolg! Mit solchen Erfolgen ging es danach stetig weiter.

In den folgenden beiden Jahren hatte ich neben der Unterrichtstätigkeit mit 30 Wochenstunden (an Samstagen gab es noch sechs Einzelstunden) den zweiten Fortbildungsabschnitt mit jährlich zehn Sitzungen zu absolvieren. Sie fanden an der Clemens-Brentano-Realschule in Koblenz statt. Den Mentoren war pro Fach ein Unterrichtsentwurf vorzulegen. Es wurde in allgemeiner und fachlicher Didaktik unterrichtet. Dabei lernte ich auch den dortigen Schulleiter kennen, Herrn Karl Schinner, ein bayrisches Urgestein, souveräner Schulleiter, VDR-Gründungsmitglied und Nachfolger des ersten VDR-Vorsitzenden des Regierungsbezirks Koblenz, Herrn Theodor Bomm.

Karl Schinner strahlte Ideenreichtum und Engagement aus und „infizierte“ damit viele in Ausbildung befindliche junge Lehrkräfte und gewann sie für eine aktive Mitarbeit im Verband. So auch mich.

ZUR PERSON



Günter Jung (*1938) studierte in Mainz und Frankfurt am Main Geographie, Französisch, Mathematik und Ethnologie. 1974 erwarb er zusätzlich die Fakultas in Wirtschafts- und Sozialkunde. Ab 1969 war er – bis zu seiner Pensionierung 2001 – Konrektor in Idar-Oberstein. Hier war er 25 Jahre lang Schuldelegierter. Im VDR übernahm er u. a. folgende Aufgaben im Bezirk Koblenz: Stellvertretender Vorsitzender und von 1985 bis 2007 Pensionärsbetreuer. Über vier Amtszeiten hinweg war er zudem als Prüfer der Landeskasse tätig.

Der Realschullehrerverband und Max Wittman

Wenn ich daran denke, wann und wo mir das Wort „Realschullehrerverband“ zum ersten Mal begegnete, dann sehe ich Max Wittmann vor mir. Mit seinem Namen wird der Begriff „Realschullehrerverband“ für mich immer verbunden bleiben.

Als ich mich während meines Studiums an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz entschlossen hatte, die Realschullehrerprüfung

abzulegen, war klar, dass ich mich um eine Anstellung an der Realschule Waldfischbach bemühen wollte. Sie war die erste Realschule in der Pfalz und sie lag in der Nähe meines Wohnorts. Und Max Wittmann hatte sie 1958 gegründet. Er hatte als Volksschullehrer eine Aufstiegsprüfung abgelegt, wurde am 1. August 1958 zum Realschullehrer und im Dezember 1959 zum Realschuldirektor ernannt.

Noch während ich an meiner Examensarbeit schrieb, machte ich mich auf den Weg nach Waldfischbach, um mich bei Herrn Wittmann vorzustellen. Er empfing mich freundlich, ja herzlich, und verhehlte nicht sein Interesse, mich mit meinen Fächern Mathematik, Physik und Chemie für seine noch junge Schule zu gewinnen. Und er erklärte mir ausführlich alle anstellungs-technischen Dinge, von denen ich damals noch keine Ahnung hatte.

Und er erwähnte fast nebenbei, dass es da einen Verband gebe, der sich besonders auch der Interessen jun-

ger Realschullehrer annehme: den Realschullehrerverband VDR. Schon war ich gefangen und habe dann später nach meiner Einstellung als Realschullehrer z. A. zum 1. November 1965 meine Mitgliedschaft beim VDR beantragt. Ganz nebenbei hat mir Max Wittmann bei dieser Gelegenheit eine günstige Krankenversicherung empfohlen, bei der ich heute noch Mitglied bin.

So war Max Wittmann: zugewandt, fürsorglich, um die Regelung aller Details bemüht. Aber er war auch in besonderer Weise großzügig.

Als einem jungen Physiklehrer, bei dem ich hospitierte und von dessen moderner und experimentierfreudiger Unterrichtsgestaltung ich hingerissen war, bei einem Schülerversuch infolge einer Unachtsamkeit ein tragischer Fehler unterlief, zeigte sich Max Wittmanns ganze menschliche Größe: Bei dem Versuch explodierte eine Gaspatrone, und ein Splitter verletzte schlimm das Auge der experimentierenden Schülerin. Es war Max Wittmanns Tochter.

Nach diesem Unglück wollte der junge Physiklehrer sofort aus dem Schuldienst ausscheiden. Max Wittmann bewahrte ihn davor. Er umfing ihn mit väterlicher Fürsorglichkeit und half ihm, seinen Lehrerberuf an einer anderen Schule fortzuführen.

Auch der VDR hat Max Wittmann viel zu verdanken. Georg Stenner erwähnt in seinen Erinnerungen an Hanna-Renate Laurien das 1963 verabschiedete erste Realschulgesetz, dessen Formulierung wesentlich auf



Erinnerung 1967: Personalrat Hermann Kölsch gratuliert dem Gründungsschulleiter Max Wittmann, der als Schulaufsichtsbeamter an die Bezirksregierung in Neustadt wechselt. Hinter ihm steht Direktorstellvertreter Joachim Diery, der Wittmanns Nachfolger in Waldfischbach wurde.

den Vorarbeiten von Max Wittmann beruht. Auch diente er dem Verband in mehreren Funktionen, u. a. als Bezirksvorsitzender der Pfalz. 1967 wurde er in das Realschulreferat der Bezirksregierung in Neustadt berufen, das er nach seiner Beförderung zum Regierungsschuldirektor bis 1979 leitete. Im Ruhestand verfasste er, wie Herr Stenner berichtet, „eine umfangreiche und detaillierte Chronik“ des VDR und wurde im selben Jahr für seine Verdienste um die Realschule mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Am ersten Weihnachtsfeiertag des Jahres 1993 starb Max Wittmann.

Bald darauf strebte die von ihm gegründete Realschule Waldfischbach auf Anregung der Konrektorin Waltraud Theis an, seinen Namen tragen zu dürfen.

Die Namensgebungsfeier für die Max-Wittmann-Realschule Waldfischbach-Burgalben fand 1994 statt. Als Festrednerin konnten wir Hanna-Renate Laurien gewinnen, damals Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses. Georg Stenner sprach ein Grußwort im Auftrag der damaligen Kultusministerin Dr. Rose Götte.

Georg Stenner war es auch, der schon vorher einen besonderen Akzent zu Ehren Max Wittmanns gesetzt hatte. Bei seiner Beerdigung übernahm es Herr Stenner, ihm die letzte Ehre zu erweisen und einen würdigenden Nachruf zu sprechen. Das haben wir, Schule und Familie, bis heute in dankbarer Erinnerung behalten.

ZUR PERSON



Hermann Kölsch (*1941) studierte Mathematik, Physik und Chemie in Saarbrücken und Mainz. 1965 nimmt er als Realschullehrer seinen Dienst an der Realschule Waldfischbach auf. 1985 wird er Konrektor an der Privaten Realschule St. Katharina in Landstuhl. 1989 kehrt er als Schulleiter an die Max-Wittmann-Realschule zurück. Von 1980 bis 1998 ist Hermann Kölsch Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Rheinhessen-Pfalz. Von 1983 bis 1998 war er der Rechtsschutzbeauftragte des Verbandes. 28 Jahre lang, bis 2011, betreute er die Pensionärinnen und Pensionäre des VDR-Bezirksverbands.

„Ich wünsche dem VRB alles Gute!“

Die Zusammenarbeit des Philologenverbandes (PhV) mit dem VDR/VRB ist in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit, weil die beiden Lehrerverbände ja so etwas wie eine ähnliche DNA haben: Einsatz für ein starkes, inhaltlich anspruchsvolles, durchlässiges Schulsystem mit qualifiziertem Abschluss, Lehramtsstudium an der Universität, Referendariat, Beamtenstatus der Lehrkräfte; unser gemeinsamer Dachverband ist der DBB. Die Gemeinsamkeit und die Ziele sind bis heute unverändert, wenn auch die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte unsere beiden Schularten nicht unwesentlich beeinflusst hat.

Meine erste indirekte berufliche Berührung mit der Realschule hatte ich am Beginn meines Berufsweges am heutigen Heinrich-Heine-Gymnasium Kaiserslautern, das einen sog. Aufbauzweig hat und traditionell auch Realschulabsolventen in die gymnasiale Oberstufe aufnimmt. Vor der Einführung des Kurssystems (MSS) hatten wir dort regelmäßig zwei Klassen mit ehemaligen Realschülern; sie waren bei den Lehrkräften sehr geschätzt und oft schulisch ausgesprochen erfolgreich.

In der Zeit, als ich im PhV aktiv und dann später in verantwortlicher Position war, wurde die Zusammenarbeit der beiden Verbände noch durch ein wesentliches privates Element ergänzt: Mit Wolfgang Wünschel, der sich genau wie ich schon sehr früh in der Verbandspolitik engagierte, verbindet mich nämlich seit der Schulzeit am Gymnasium Germersheim eine persönliche Freundschaft. Nach dem Abitur trafen wir uns an der Universität in Mainz wieder – und danach in unseren jeweiligen Verbandsämtern, und zwar mit sehr ähnlichen Vorstellungen von Schule, Unterricht und Schulpolitik.

Ein leider notwendiges Highlight der Zusammenarbeit des PhV mit dem VDR war eine Großveranstaltung im Januar 1993 in der Mainzer Rheingoldhalle mit über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sie richtete sich gegen die aus unserer Sicht absolut unakzeptable Schul- und Bildungspolitik der damaligen Kultusministerin Rose Götte, die dieses Amt nach dem Regierungswechsel 1991 übernommen hatte. Hier waren Vertreter unserer beiden Verbände auf dem Podium, Redner waren neben PhV-Vertretern u.a.

die VDR-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Dahlke und aus NRW Ulrich Brambach. Nicht allzu lange danach hat dann 1994 der neue Ministerpräsident Kurt Beck – er war der Nachfolger von Rudolf Scharping – Prof. Jürgen Zöllner zum Bildungsminister ernannt.

Die Zusammenarbeit des PhV mit dem VDR, dem heutigen VRB, hat sich über die Jahrzehnte erhalten und wird sicher auch in Zukunft Bestand haben. Das zeigt sich auch in den bewährten gemeinsamen Kandidatenlisten unserer beiden Verbände bei Personalratswahlen an den Gesamtschulen. Ich persönlich fühle mich als Ehrenvorsitzender des PhV nach wie vor sehr beehrt, wenn ich als Gast zu Veranstaltungen des Realschullehrerverbandes eingeladen werde, zumal mich mit der gesamten „alten“ Vorstandsgarde inzwischen eine langjährige, von mir sehr geschätzte persönliche Freundschaft verbindet. Ich wünsche dem VRB für die nächsten Jahrzehnte von Herzen alles Gute!



ZUR PERSON

Max Laveuve ist Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz. Er führte den Verband von 1995 bis 2009, den Hauptpersonalrat „Gymnasien“ beim Bildungsministerium von 1988 bis 2000. Schulleiter am Albert-Schweitzer-Gymnasium Kaiserslautern war er von 1998 bis 2011. Er ist Mitherausgeber des „VRB-Handbuchs für Lehrkräfte“. Das Foto zeigt ihn (Mitte) bei seiner HPR-Verabschiedung 2011 im Kreis der VRB-Weggefährten Bernd Karst, Timo Lichtenthäler, Wolfgang Wünschel und Wilfried Rausch.



GUT IM BERUFSALLTAG ANKOMMEN: MEIN ERSTES SCHULJAHR

Teil 2

Das Schuljahr 2021/22 hat Ende August begonnen. Nicht nur viele Kinder und Jugendliche orientieren sich in dieser Zeit an ihrer neuen Schule – auch Kolleginnen und Kollegen beginnen an neuen Schulen und in fremden Kollegien.

Im zweiten Teil unserer Reihe „Mein erstes Schuljahr“ möchten wir mit unseren Erfahrungen und persönlichen Tipps Unterstützer und Ansprechpartner sein und diese erste Zeit im Schulalltag gerne begleiten. Bei Fragen, Hinweisen und Anregungen freuen wir uns über den persönlichen Austausch mit Ihnen.

Ihr Team VRB Junge Lehrkräfte



Nachfolgende Beiträge
redaktionell aufbereitet
von Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



PATRICK DIETZ

von Carlowitz Realschule plus
Weisenheim am Berg

Schon im Studium hat Patrick Dietz als PES-Kraft gearbeitet und so einige Schulen und Kollegien kennengelernt. Er hat diese Zeit genutzt, um verschiedene Konzepte zu probieren.

Durch seine Ausbildungsleitung im Vorbereitungsdienst - die kompetent und anspruchsvoll war, ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit bot, sich frei zu entfalten - hat er eigene Ideen ausprobieren und in seinem Unterricht umsetzen können. Diese Erfahrung half ihm, in seine(r) Lehrerrolle zu wachsen.

Die erste Zeit nach dem Referendariat war zwar anstrengend, aber durch die gute Vorbereitung nicht überfordernd. Natürlich war es etwas anderes mit vollem Deputat eingesetzt zu sein.

„Heute, nach sieben Jahren im Berufsleben und einiges an Erfahrungen als Lehrer, er-

lebe ich noch jeden Tag neue Situationen, die bewertet und gemeistert werden müssen. Auch das „Nicht-Abschalten-Können“ ist weiterhin ein Thema, mit dem ich mich häufiger auseinandersetzen muss. Aber da es im zwischenmenschlichen Bereich bisher an allen Schulen Unterstützung gab und ich weiß, auf wen ich mich verlassen darf, kann ich sagen, dass ich in meinem Beruf angekommen bin.“



MAREN SASSENROTH

Geschwister Scholl Schule
Wallhausen/Waldböckelheim

Bereits in ihrer eigenen Schulzeit war Maren Sassenroth in der Kinder- und Jugendarbeit aktiv. Sie begleitete Jugendfreizeiten der

evangelischen Kirche an die Nordsee oder brachte Kindern der DLRG das Schwimmen bei. Dies war auch die Zeit, in der sie erkannte, dass die Arbeit mit jungen Menschen sie erfüllte und der Berufswunsch Lehrerin zu werden, gefestigt wurde. Seit Sommer 2016 ist sie an der Geschwister-Scholl-Schule Wallhausen/Waldböckelheim. An ihrem Beruf als Realschullehrerin gefällt ihr besonders der Spannungsbogen der Herausforderungen beim Arbeiten: Einerseits mit den „kleinen süßen“ Fünftklässlern – fast noch Grundschulern – und ihrer Offenheit und andererseits mit den schon fast erwachsenen Zehntklässlern zu diskutieren.

Neben dem Anstieg der Unterrichtsverpflichtung von 12 auf 27 Stunden, fiel ihr das Arbeiten mit dem für sie neuen didaktischen Konzept der Schule, von vorher kooperativ zu jetzt integrativ nicht leicht. Das Jonglieren auf unterschiedlichen Niveaus innerhalb einer Klasse war nicht immer einfach. Sie brauchte ein gutes halbes Jahr, um damit sicher arbeiten zu können.

„Allerdings habe ich viel Unterstützung von meinen Kolleginnen und Kollegen erfahren. Daher mein Appell an alle ‚Neulinge‘: sucht euch Hilfe! Habt bloß keine Angst, Fragen zu stellen. Auch wenn nach einem guten zweiten Staatsexamen der Anspruch an dich selbst besteht, dass du diesen guten Noten/Leistungen auch im Alltag gerecht werden musst. Es tut gut, wenn man ehrlich ist und sagt, dass man Hilfe braucht, diese auch aktiv einfordert und annimmt. Es ist besser, vermeintliche Schwächen zu zeigen, als sich alleine abzumühen, es dennoch nicht klappt und die Frustration wächst.“

Und ganz wichtig sind die persönlichen Kontakte zu den Kollegen. Nicht mit dem letzten Klingelzeichen „flüchten“, sondern noch – bei einem Kaffee – sich mit den Kolleginnen und Kollegen auszutauschen und zu reden, denn die Schulpausen allein lassen dieses Kennenlernen kaum zu.“



ANDREAS STEGMANN

Sonnenberg-Realschule Plus
Langenlonsheim

„Hoffen und Bangen“ so beschreibt Andreas Stegmann die Zeit nach dem Vorbereitungsdienst und der ersehnten Planstelle, nachdem er als Anwärter alles gegeben hat. Die Enttäuschung zu erkennen, dass Schulleiter keine Personalhoheit haben und die ADD nach Noten und Listenplatz entscheidet, das war eine Ernüchterung für ihn. Er stellt heraus, dass es gerade in dieser Situation unvermeidlich ist, zu priorisieren: „Wie wichtig ist für mich eine Planstelle unter Berücksichtigung von Arbeitszufriedenheit, finanzieller und familiärer Situation? Was will ich? Was ist mein oberstes Ziel? Und wem kommuniziere ich dieses?“

Er empfiehlt, bewusst Kontakt zur ADD und zu Verbänden und Gewerkschaften aufnehmen. So werde auch der eigene Wert auf dem „Arbeitsmarkt Schule“ erkennbar. Seine PES-Schule – er hat dort auch seinen Vorbereitungsdienst absolviert – hat er in Eigeninitiative kontaktiert, auch wenn von offizieller Seite von diesem Vorgehen abgeraten wurde.

Der Abschied 2019 von dieser Schule fiel ihm schwer. Denn er hatte gehofft, dass er dort bleiben könnte. Dennoch ließ er sich motiviert auf das Neue ein und war bis zum Ende des vergangenen Schuljahres mit einem Vertretungsvertrag an der IGS in Selters.

„Vor der Klasse zu stehen war für mich nach der Ausbildungszeit weniger aufregend, aber die Heterogenität an der neuen Schule, das war meine Herausforderung. In der IGS treffen zwei Schularten aufeinander: Der Spagat, dem Bildungsanspruch eines Kindes auf Gymnasialniveau und gleichzeitig dem eines Kindes mit Förderbedarf gerecht zu werden, ist fordernd. Verbalbeurteilungen zu schreiben, bindet viel Zeit. Und als Realschullehrer in der Oberstu-

fe zu unterrichten ist sowohl auf der persönlichen als auch der Wissensebene ein anderer Anspruch.“

Ein wichtiges Anliegen ist ihm – und das möchte er an alle Berufsanfänger weitergeben – in die Zusammenarbeit mit den Eltern zu investieren. Er räumt ein, dass dies zunächst sehr zeitintensiv sein kann, aber es lohnt sich. Und nicht erst dann, wenn ein Problem auftaucht.

Seinen ersten Elternabend als Klassenlehrer bzw. Tutor plante er mit diesen Gedanken: „Was möchte ich über mich erzählen? Welche Fragen könnten im aktuellen Kontext kommen?“ Und auch mit dem Vertrauen auf sein Improvisationstalent:

„So vorbereitet vor den Eltern zu stehen, war für mich das endgültige Testat, dass Lehrer zu sein, für mich der richtige Beruf ist. Außerdem hatte ich auch einen erfahrenen Co-Piloten an meiner Seite, was mir zusätzliche Sicherheit gab.“

Durch Corona haben sich die Vorzüge einer Verbeamtung oder Entfristung nochmals stärker in den Vordergrund gedrängt. Auch ihn brachte diese Situation zum Umdenken.

„Mir war immer wieder angeraten worden, meinen Bewerbungsradius auszuweiten. Das habe ich schließlich auch getan, und so wurde mein Hoffen auf eine Planstelle erfüllt. Ich haben nun eine Fahrstrecke von knapp 55 Minuten zur Sonnenbergschule in Langenlonsheim. Auch hier galt es erneut, sich an alle internen Vorgaben zu gewöhnen, Lerngruppen wie auch Eltern kennenzulernen und seit der Digitalisierungswelle auch diverse Passwörter zu ergattern. Meine Erfahrung ist, dass ich bis jetzt immer vor Ort auf sehr nette und hilfsbereite Menschen getroffen bin.“



Die Aufsichtspflicht in der Schule



Das Team „VRB Junge Lehrkräfte“ will insbesondere Kolleginnen und Kollegen in Ausbildung bzw. beim Berufseinstieg unterstützen. Dabei greift es mit Blick auf eigene Erfahrungen Themen auf, die unter dem Motto „Wichtig zu wissen“ den Weg durch den Schulalltag erleichtern sollen. Die folgenden Aspekte zur Aufsichtspflicht hat Nico Cordes zusammengetragen.

Rechtsrahmen

Zu den Dienstpflichten aller Lehrkräfte sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärter gehört die Aufsichtspflicht.

Die Rechtsgrundlagen sind die Übergreifende Schulordnung für die öffentlichen Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Kollegs und Abendgymnasien (ÜSchO) und die Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter an öffentlichen Schulen (DO-Schulen).

In § 36 ÜSchO ist definiert:

- Schülerinnen und Schüler unterliegen während der gesamten Schulzeit der Aufsicht der Schule.
- Aufsichtsführende Personen sind: Schulleiter, Lehrkräfte und die sonstigen mit der Aufsicht betrauten Personen (Eltern oder außerschulisches Personal).

Die Dienstordnung Schulen konkretisiert:

1.9.1 Die Lehrkraft hat ihre Aufsichtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Unbeschadet des Hausrechts der Schulleiterin oder des Schulleiters übt die Lehrkraft in ihrem Unterrichtsraum und in ih-

rem Aufsichtsbereich das Hausrecht aus. Dabei achtet sie auch auf die pflegliche Behandlung der Schulanlage, insbesondere der Räume und der dazugehörigen Gegenstände.

1.9.2 Die Lehrkraft ist verpflichtet, von ihr festgestellte oder ihr bekannt gewordene Gefahren für die Sicherheit in der Schulanlage der Schulleitung oder der Sicherheitsbeauftragten oder dem Sicherheitsbeauftragten zu melden. Bei Gefahr im Verzuge hat sie unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen.

Zusätzlich sind Verwaltungsvorschriften zu beachten, in denen u. a. auch die Aufsichtsführung vor und nach dem Sportunterricht, bei Schullandheimaufhalten, Studienfahrten, Schulwanderungen, Unterrichtsgängen sowie sonstigen Schulveranstaltungen geregelt ist.

Grundsätze

Die Aufsicht muss kontinuierlich, aktiv und präventiv sein. Eine kontinuierliche Aufsichtsführung erfolgt ohne zeitliche Unterbrechung. Die Schülerinnen und Schüler müssen erkennen, wer ihr Ansprechpartner und somit für die Beaufsichtigung verantwortlich ist. Es ist notwendig, dass sie sich jederzeit beaufsichtigt fühlen.

Bei aktiver Aufsichtsführung müssen Kinder über mögliche Gefahren aufgeklärt und in ihrem Verhalten darauf hingewiesen werden. Belehrungen müssen außerdem im Klassenbuch vermerkt werden. Sollte eine aufsichtsführende Person eine Schülerin bzw. einen Schüler sehen, die bzw. der entgegen der Belehrung handelt, und nicht eingreift, verletzt sie die Aufsichtspflicht.

Die präventive Aufsichtsführung muss umsichtig und vorausschauend sein. Die Lehrkraft muss immer wieder abwägen, ob eine potenzielle Gefährdung für die Schülerinnen und Schüler eintreten könnte. Darauf stützt sie Ihr Handeln.

Organisation

Der Umfang der Aufsichtspflicht ist von den Gegebenheiten der einzelnen Schule abhängig und wird von der Schulleitung festgesetzt. Die dazu getroffenen Überlegungen sind transparent zu gestalten und mit dem Personalrat abzustimmen. Die regelmäßigen Aufsichtszeiten einer Lehrkraft orientieren sich i.d.R. an ihrem Stundendeputat.

Der Aufsichtsplan einer Schule muss folgende Aspekte berücksichtigen:

- Alle Aufsichten im Unterricht, in den Pausen und in Freistunden, sowie an schulischen Veranstaltungen oder bei Schülerbeförderungen – hier explizit auch an Schulbushaltstellen – müssen abgedeckt sein.

rungen – hier explizit auch an Schulbushaltstellen – müssen abgedeckt sein.

- Die Aufsichtspflicht gilt für eine angemessene Zeit vor dem Unterrichtsbeginn bis zum festgelegten Unterrichtsende und damit dem Verlassen des Schulgeländes.
- Sie hat auch Gültigkeit für volljährige Schülerinnen und Schüler.

Sollte der Unterricht vorzeitig beendet werden, so wird wie folgt vorgegangen:

- Schülerinnen und Schüler sind von einer der Schule zugehörigen Person weiter zu beaufsichtigen. Allerdings können Eltern schriftlich festlegen, ob ihre Kinder das Schulgelände vorzeitig verlassen dürfen. Ab der Klassenstufe 9 ist dies den Schülerinnen und Schülern freigestellt.
- Während der Schulzeit dürfen Schülerinnen und Schüler nur mit Erlaubnis der zuständigen Lehrkraft das Schulgelände verlassen.



Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de

Was wird aus meinen Rentenversicherungsbeiträgen, wenn ich verbeamtet werde?

Diese Frage stellt sich Kolleginnen und Kollegen, die vor ihrer Verbeamtung in einem rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, z. B. in einem Vertretungsvertrag, standen und Beiträge abgeführt haben.

Auszahlung der Beiträge der gesetzlichen Rentenversicherung möglich!

Grundsätzlich hat eine Beamtin oder ein Beamter die Möglichkeit, sich die gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge auszahlen zu lassen, wenn die allgemeine Wartezeit für einen Rentenanspruch – fünf Jahre für eine Regelaltersrente – noch nicht erfüllt ist.

Zu dieser Wartezeit zählen alle Beschäftigungsverhältnisse sowie anrechenbare Zeiten durch bspw. Elternzeit oder schulische Ausbildung, für die ein Versorgungsausgleich vorliegt. Sind in der Summe fünf Jahre nicht überschritten, kann der Versicherte den Antrag auf Auszahlung

seiner Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung stellen.

Antrag nur nach einer ausgiebigen Prüfung stellen!

Eine Auszahlung ist grundsätzlich möglich, wenn zuvor keine freiwilligen Beiträge bezahlt wurden, die Lebenszeitverbeamtung vorliegt und keine Beurlaubung ohne Dienstbezüge besteht. Dabei ist zu bedenken, dass weder der Arbeitgeberanteil noch beitragsfreie Zeiten oder Einzahlungen von Sozialleistungsträgern (z.B. wegen Arbeitslosigkeit) erstattet werden. Außerdem darf kein versicherungsfreier Minijob ausgeübt werden. Bei Scheidung muss zudem der Versorgungsausgleich bei der Rentenanwartschaft beachtet werden.


Unsere Empfehlung – eine individuelle Beratung suchen!

In manchen Fällen kann es anstelle einer Auszahlung sinnvoller sein, sich für weitere freiwillige Beitragszahlungen bis zur Erlangung der Regelaltersrente zu entscheiden. Hierfür steht Ihnen eine Beratung der Deutschen Rentenversicherung kostenfrei zur Verfügung. Im Internet können Sie unter <https://www.deutscherentenversicherung.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Broschueren/national/beitragsersstattung.html> durch die Broschüre „Beitragsersstattung“ der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz einen ausführlichen ersten Einblick gewinnen. Zudem werden Kontaktdaten für einen persönlichen Beratungstermin genannt.

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de




Versicherung und Beitrag



**Beitrags-
erstattung**

- Wann kann ich mir meine Beiträge erstatten lassen?
- Welche Beiträge werden erstattet?
- Wo stelle ich den Antrag?



Deutsche
Rentenversicherung
Sicherheit
für Generationen

IM GESPRÄCH



Nachrichtengebote im Kurzformat

Snack-News-Konsumenten überschätzen ihr Wissen

Bernd Karst im Gespräch mit **Svenja Schäfer**

Kleine Nachrichten-Häppchen in den sozialen Medien wecken laut der Forschungsarbeit von Dr. Svenja Schäfer eine „Wissensillusion“. Bernd Karst befragte die Kommunikationswissenschaftlerin, wie sich objektive und subjektive Informiertheit auf die Einstellung und das Verhalten der Konsumenten von meist nur aus eins-zwei Sätzen bestehenden Kurznachrichten auswirken.

Dr. Svenja Schäfer studierte in Hannover und Mainz Kommunikationswissenschaften und schloss 2020 in Mainz am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität ihre Promotion ab. In ihrer Arbeit beschäftigte sie sich mit Mediennutzung und Wissenswahrnehmung und untersuchte in zwei Studien die Entstehung einer Wissensillusion durch Snack News in digitalen Informationsumgebungen. Die Arbeit wurde als eine von 31 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern beim Dies Academicus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) für ihre Forschung ausgezeichnet und ist frei verfügbar unter: <https://www.digitalcommunicationresearch.de/volumes/>

Inzwischen arbeitet Dr. Svenja Schäfer als Post-Doc im Bereich politische Kommunikation an der Universität Wien.

Sie wird am nächsten VRB-Fachkongress am 23. März 2022 teilnehmen.

RBiRP: Sie haben sich in Ihrer Promotion mit Snack News beschäftigt. Was verstehen Sie unter diesem Begriff?

Dr. Svenja Schäfer: Der Begriff geht eigentlich zurück auf den Bereich der Unterhaltungsforschung. Dort spricht man von Snack-Formaten, wenn Personen sich zwischendurch z. B. mit kurzen YouTube-Videos oder Memes beschäf-

tigen und sich dadurch Momente der Unterhaltung schaffen. Ich habe diesen Begriff auf die digitale Nachrichtenwelt übertragen. Um sich zu informieren, werden nicht nur vollständige Nachrichtenangebote rezipiert, sondern eben auch Nachrichten im Kurzformat, die aus nicht viel mehr als aus einer Überschrift, einem Bild und einem kurzen Einleitungstext bestehen. Vor allem das Internet bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten, mit Snack News in Kontakt zu kommen. Das gilt vor allem für soziale Netzwerke wie Facebook.

Viele Konsumenten von Kurznachrichten fühlen sich auch bei komplexen Themen gut informiert. Das zeugt eher von Naivität und überzogenem Selbstbewusstsein.

Das zeugt zumindest davon, dass man sich eine Meinung über sein eigenes Wissen bildet auf Basis unzureichender Informationen über das Thema, um das es geht. Nur weil man Inhalte von Snack News gut versteht und erinnert, heißt das eben nicht, dass man auch über das Thema viel weiß.

Selbstüberschätzung

In Ihrer Forschungsarbeit führten Sie ein Experiment durch, an dem 1.600 Internet-Nutzer an einer Onlinebefragung teilnahmen. Diese bekamen unterschiedliche Nachrichtenlängen vorgelegt und sollten danach ihren subjektiven Informiertheitsgrad einschätzen. Welches Ergebnis kam dabei heraus?

Bei der experimentellen Befragung wurden Personen in unterschiedliche Gruppen eingeteilt. Sie bekamen die gleiche Menge an Informationen über unterschiedlich viele News Posts in einem News Feed zu sehen, wie man das von Facebook kennt. Außerdem gab es eine Kontrollgruppe, die einen Facebook Feed ohne Nachrichten erhielt und eine Gruppe, die einen Nachrichtenartikel zu dem Thema gelesen hatte. Nach dem Lesen der Informationen hatten alle Gruppen die gleichen

Fragen zu dem Thema beantwortet. Wie zu erwarten, wussten Personen, die einen ganzen Artikel gelesen hatten, am meisten. Personen in den Snack-News-Gruppen konnten sich erstaunlich wenig merken. Interessanterweise hatten aber alle Gruppen ihr Wissen ähnlich eingeschätzt. Das heißt, die Personen in den Snack-News-Gruppen hatten sich mehr Wissen zugeschrieben, obwohl sie kaum etwas gelernt hatten. Und die Gruppe, die den Nachrichtenartikel las, hatte sich kein höheres Wissen zugeschrieben, obwohl diese Personen im Wissenstest viel besser abschnitten. Zusammenfassend kann man sagen: Personen, die Snack News lasen, überschätzten ihr Wissen eher. Personen, die vollständige Nachrichtenbeiträge gelesen hatten, zeigten diese Tendenz nicht.

Welche Schlussfolgerung haben Sie aus diesem Befund gezogen?

Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, sich mit vollständigen Nachrichten zu befassen. Das ist nicht nur notwendig, um zu lernen, sondern auch für die eigene Wissenswahrnehmung. Es hilft dabei, sich nicht zu überschätzen.

Die Erkenntnis der eigenen Unwissenheit schützt

Sie haben festgestellt, dass die „Wissensillusion“ extremeres Auftreten bestärkt. So hätten die „nur gefühlt informierten Teilnehmer“ – also die „Snack-News-Konsumenten“ – eine größere Diskussionsbereitschaft und extremere Einstellung in der Befragung angegeben. Daraus schlussfolgerten Sie, dass Wissen wohl zu einer Demut vor der Komplexität eines Themas führt. Das ist ja geradezu entmutigend.

Aus den Befunden wird klar, dass wir erst einmal in die Situation kommen müssen, ein Thema begreifen zu können, bevor wir unser eigenes Wissen einschätzen und darauf aufbauend Meinungen und Verhalten



„Sich mit vollständigen Nachrichten zu befassen hilft, sich nicht zu überschätzen.“

zu einem Thema entwickeln können. Verlässt man sich nur auf Snack-News, passieren in diesem Prozess Fehler. Man überschätzt sein Wissen und hat eine starke Einstellung, die nicht auf einer breiten Faktenbasis beruht. Wenn man sich lange mit einem Thema beschäftigt, weiß man eben, dass Sachverhalte oft nicht so einfach sind, dass man sie gut in eine Überschrift und zwei, drei Sätze packen kann. Und oft erkennt man auch, dass man an seine kognitiven Grenzen stößt, eben weil die Themen sehr komplex sind. Das erklärt auch, weshalb man dann in der eigenen Wissenswahrnehmung nicht mehr ganz so selbstbewusst ist.

Ich würde das nicht als entmutigend bezeichnen, sondern das ist eher ein angemessener Umgang mit komplexen Themen. Wir sollten mehr Mut haben zuzugeben, dass wir etwas nicht genau wissen oder verstehen. Bedenklich ist es, wenn wir trotzdem eine extreme Meinung haben und vehement einen Standpunkt vertreten, der nur auf Selbstüberschätzung beruht.

Snack News wollen Sie dennoch nicht grundsätzlich verteufeln. Vielleicht motivieren Kurznachrichten tatsächlich gelegentlich zu detaillierteren Recherchen. Insofern, ja, besitzen sie durchaus einen positiven Aufmerksamkeitswert.

Wenn man Snack News zusätzlich zu vollständigen Informationen nutzt, oder sie als Einstieg nimmt, um dann auch die verlinkten Artikel zu lesen, dann tragen sie auch zu mehr Wissen und einer angemessenen Wissenswahrnehmung bei. Gefahren bestehen nur, wenn man sich ausschließlich auf Snack News verlässt. Wichtig ist, dass man ein Bewusstsein dafür entwickelt, wie man sich mit bestimmten Themen auseinandergesetzt hat.

Sind Snack News eher anfällig für Fake News?

Snack News treten vor allem in Informationsumgebungen auf, in denen auch unseriöse Quellen ver-

treten sind. Deshalb ist es bei der Auseinandersetzung mit „Snack News“ wichtig, dass man nicht nur ein Bewusstsein für den geringen Informationsgehalt dieser Nachricht entwickelt, sondern auch, dass die vermittelte Information möglicherweise nicht stimmt. Wichtig ist es, hierbei die Quelle zu überprüfen und Faktenchecks durchzuführen, indem man Aussagen auch einmal mit Informationen aus anderen Quellen vergleicht.

Phänomen Nachrichtenvermeidung

Aktuell befassen Sie sich mit dem Thema „Nachrichtenvermeidung“. Welchen Komplex verbinden Sie damit?

Nachrichtenvermeidung ist ebenfalls etwas, das durch die Digitalisierung verstärkt wurde. Wir haben es mit einer enormen Flut sich permanent aktualisierender Informationsmengen zu tun, die überwiegend negative Ereignisse und Entwicklungen thematisieren. Viele nehmen Nachrichten als zu negativ wahr und sind überfordert von der Informationsmenge. Ein Ergebnis ist, dass Personen Nachrichten vermeiden. In aktuellen Forschungsprojekten geht es darum, dieses Phänomen zu erklären und negative, aber auch potentiell positive Folgen davon zu untersuchen.

Ist es realistisch, von den Medien, also von absatzorientierten Wirtschaftsunternehmen, zu erwarten, dass diese auf plakative und stark heruntergebrochene und kantige Schlagzeilen verzichten?

Man kann hier Empfehlungen aussprechen und Appelle an Journalisten und Journalistinnen richten, jedoch steht der Journalismus stark unter Druck und ist zum Teil auch darauf angewiesen, dass man mit plakativen Schlagzeilen die eigenen Klickzahlen verbessert. Wirksamer finde ich, dass man Empfehlungen an die Nutzer und Nutzerinnen von Snack News richtet und dort ein Bewusstsein dafür schafft, was Snack

„Das Internet ist permanenter Begleiter von Kindern und Jugendlichen. Deshalb muss auch vermittelt werden, wie man richtig damit umgeht.“

News leisten können und wo ihre Grenzen liegen.

Medienkompetenz durch Medienkunde?

Medienkompetenz besitzt einen immer größeren Stellenwert. Brauchen wir ein neues Schulfach „Medienkunde“?

Unbedingt. Um die Chancen des Internets für sich nutzbar zu machen und mögliche schädliche Folgen abzuwenden, muss man eben wissen, aus welchen Informationsangeboten man am besten lernt, wie man vertrauenswürdige Quellen erkennt und wie man im Internet recherchiert, um ein fundiertes Verständnis für Themen entwickeln zu können. Hier sollte man sich jedoch nicht nur auf Nachrichtenkonsum im Netz fokussieren, sondern auch andere Themenfelder wie Datenschutz oder Cybermobbing thematisieren. Das Internet ist permanenter Begleiter von Kindern und Jugendlichen. Deshalb muss auch vermittelt werden, wie man richtig damit umgeht.

Und wie erreicht man die Altersgruppen, die keine schulische Aufklärung erfahren?

Diese Gruppen zu erreichen ist tatsächlich sehr schwierig. Ich denke, dass eine fundierte schulische Ausbildung auch für andere Gruppen einen Nutzen bringt. Nicht selten fragen ältere Generationen die Jüngeren um Rat, wenn sie bei Fragen rund um neue Medien überfordert sind. Aber auch für sie sollte es einfach zugängliche Informationsangebote geben, in denen Chancen und Risiken von Nachrichten im Netz thematisiert werden. Eine Möglichkeit wäre, diese Themen auch in anderen Medien aufzugreifen, z.B. im Fernsehen oder in Zeitungen. Aber auch die Bundesagentur für politische Bildung könnte ihr attraktives Informationsangebot für andere Zielgruppe ausweiten. Und schließlich sind VHS-Kurse auch etwas, worüber man Wissen vermitteln könnte. Ich denke, man muss auf vielen Kanälen versuchen, die Informationen an die entsprechenden Gruppen heranzutragen.



Das Gespräch führte Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



10. Fachkongress Ingelheim

**„Social Media
als Informationsquelle“**

23. März 2022 Fridtjof-Nansen-
Akademie Ingelheim

VRB-Bezirke



KOBLENZ: Digitale Personalräteschulung für Einsteiger

NEUSTADT: Rückblick zum Ende der Amtszeit

TRIER: Online-Schulungsangebote für die Personalratsarbeit

ONLINE-SCHULUNG

Digitale Personalräteschulung für Einsteiger: Grundlagen des Personalvertretungsrechts



Foto: Bengjamin Bajraktari

Bengjamin Bajraktari (unten rechts) begrüßte viele erstmalig in die Personalvertretung gewählten Kolleginnen und Kollegen, die sich über den Ablauf von Personalratssitzungen und Vierteljahresgesprächen sowie insbesondere über ihre Rechte informieren wollten.

Fast 60 Personalratsmitglieder nahmen Mitte September an der ersten Online-Schulung in diesem Schuljahr teil. Zu dieser digitalen Veranstaltung waren landesweit insbesondere die „Neueinsteiger“ in den örtlichen Personalräten eingeladen. Bengjamin Bajraktari, stv. VRB-Landesvorsitzender, Vorsitzender des Bezirks Koblenz und des Bezirkspersonalrats, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und führte durch die Veranstaltung.

Aktuelles aus dem Bezirkspersonalrat Realschulen plus

Bengjamin Bajraktari hob zwei Schwerpunkte der Arbeit im Bezirkspersonalrat hervor: Es sei Ziel, eine bestmögliche Personalversorgung an den Realschulen plus für eine stabile Planungsgrundlage im neuen Schuljahr zu erreichen. Außerdem sei die Begleitung der Funktionsstellenverfahren und eine zügige Besetzung der Stellen der Didaktischen Koordinatorinnen oder Koordinatoren an den Realschulen plus zurzeit ein weiterer Schwerpunkt.

Er berichtete anschließend von seinem Besuch an den Realschulen plus im Ahrtal: „Die Kolleginnen und Kollegen dort sind sehr engagiert und solidarisch untereinander. Die Schule ist für die Kinder und Jugendlichen ein

wichtiger stabiler Halt in ihrem sonst teilweise sehr problematischen Alltag. Mich hat die Arbeit der Kollegien sehr beeindruckt, vor allem da auch die privaten Lebensumstände durch die Katastrophe stark belastet wurden und sind.“

Nicole Weiß-Urbach aus dem Bezirk Koblenz, Katharina Becker aus dem Bezirk Trier und Monika Antoni aus dem Bezirk Neustadt, alle drei zugleich Mitglieder im Bezirkspersonalrat Realschulen plus, vermittelten in ihren Präsentationen wichtiges Basiswissen für die schulische Personalratsarbeit.

Rechtliche Grundlagen für die örtlichen Personalvertretungen

Nicole Weiß-Urbach stellte die organisatorischen und inhaltlichen Aspekte

der Personalratssitzungen vor. Sie ging dabei auch auf die Notwendigkeit der Protokollierung der Beschlüsse und die Rolle des bzw. der Vorsitzenden ein.

Die formalen und inhaltlichen Rahmenvorgaben zum Vierteljahresgespräch wurden von Monika Antoni erläutert. Sie informierte, wer an diesen Gesprächen teilnehmen kann und darf, und dass es ein Initiativrecht des ÖPR sei, zu diesen Sitzungen einzuladen.

Die Rechte der Personalräte beleuchtete Katharina Becker. Sie skizzierte die Unterschiede von Informations-, Erörterungs-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten und ging auch auf das Initiativrecht ein. Anhand von Beispielen aus der Arbeit an den Schulen veranschaulichte sie ihre Ausführungen.

Digitale Endgeräte für Lehrkräfte

Christoph Krier informierte als Mitglied des Hauptpersonalrates Realschulen plus über wichtige Entwicklungen der jüngsten Zeit. Das Thema Ausleihe von digitalen Endgeräten hob er besonders hervor.

Die Schulträger hätten mehrheitlich an den Schulen die Abfragen zu den Bedarfen an digitalen Endgeräten abgeschlossen. Es sei geplant, dass mit Beginn des Halbjahres die Laptops bzw. Tablets ausgeliefert würden. Neben der Ausleihe dieser Geräte über die Schule stehe es laut Ministerium den Lehrkräften auch weiterhin frei, privat ein solches zu erwerben, beruflich zu nutzen und steuerlich geltend zu machen.

Nachdem in einem offenen Austausch weitere Fragen beantwortet und Hinweise gegeben worden waren, wies Bengjamin Bajraktari noch auf die im November folgenden digitalen und analogen Schulungen hin und dankte für die aktive Teilnahme.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



BESUCH AM STUDIENSEMINAR-
STANDORT LANDAU-LAND

VRB-Vorstandsmitglieder begrüßen die neue Ausbildungsgruppe

Der VRB stellte sich in der Teildienststelle Ilbesheim des Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus Kaiserslautern den rund vierzig neuen Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern vor. Diese hatten Anfang August 2021 ihren Vorbereitungsdienst und somit die zweite Phase ihrer Ausbildung angetreten.

Die Vorstandsmitglieder Monika Antoni, Katharina Bitz und Christoph Schneider informierten gemeinsam über den Verband, seine Ziele und Unterstützungsangebote in der Ausbildungszeit.

Für die zahlreichen Fragen und Anliegen der Anwärterinnen und Anwärter standen die VRB-Vertreter in persönlichen Gesprächen zur Verfügung und gaben hilfreiche Tipps für den Vorbereitungsdienst. Zugute kam ihnen dabei ihre Erfahrung aus der Arbeit in Haupt- und Bezirkspersonalräten.

Im Rahmen der Veranstaltung erhielten die Anwärterinnen und -anwärter u. a. den verbandseigenen „Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar“, der nützliche Informationen rund um die Ausbildungszeit in Seminar und Schule enthält.

Wir wünschen allen Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern an dieser Stelle noch einmal eine erfolgreiche zweite Phase ihrer Ausbildung, Durchhaltvermögen und viel Freude bei der Arbeit mit den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern!

Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de

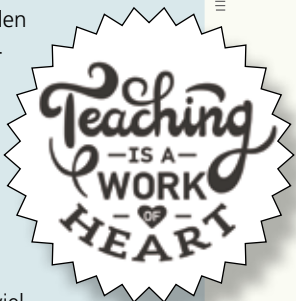


Illustration: AdobeStock

IDEEN UND IMPULSE SAMMELN

Ein Rückblick des Bezirksvorstandes Neustadt zum Ende seiner Amtszeit

Im April 2016 wurde der Bezirksvorstand Neustadt neu gewählt. Saskia Tittgen übernahm den Bezirksvorsitz von Michael Eich. Dem Vorstand gehörten die beiden Stellvertreter Martin Radigk und Katharina Bitz sowie Schatzmeister Christoph Schneider und Schriftführerin Regina Bollinger an.

Im November endete die Amtszeit des Bezirksvorstands. Coronabedingt musste sich das Team zuletzt über ein Jahr lang zu Besprechungen und Veranstaltungen digital treffen. Für die Bezirksversammlung 2021 steht die Rückkehr zur Präsenzveranstaltung an. Wir werden in der kommenden Ausgabe berichten.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Bezirksverband stets zur Aufgabe gemacht, mit seinen Mitgliedern auf Veranstaltungen und in zahlreichen Einzelgesprächen Ideen auszutauschen und Impulse für die Verbandsarbeit zu sammeln.

„VRB vor Ort“: Austausch über berufliche Herausforderungen

Im Sinne von „VRB vor Ort“ wurden viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen geführt. Hierfür sind in regelmäßigen Abständen Mitglieder des Bezirksvorstandes in Rheinhessen und der Pfalz an den Schulen vor Ort gewesen und haben Gesprächsangebote für die Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen gemacht. Man tauschte sich aus über berufliche Herausforderungen und individuelle Anliegen. In vielen Fällen konnte geholfen werden. Die Belange und Impulse der Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen, ist ein Fundament der Verbandsarbeit. Nur so können die Anliegen gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik glaubhaft vertreten werden.

Umgekehrt hat der Bezirksvorstand auch immer wieder gerne Einladungen von örtlichen Personalräten zu Personalversammlungen an Schulen angenommen, um dort Gespräche zu führen, aber auch um beratend zu bestimmten Themenstellungen, zum Beispiel der Altersteilzeit, zu referieren.

Seminarkontakte: Qualität der Ausbildung ist wichtiges Anliegen

Der Bezirk Neustadt beherbergt zwei staatliche Studienseminare für das Lehramt an Realschulen plus mit derzeit drei Standorten (Kaiserslautern, Ilbesheim (LD) und Wallertheim). Die Veranstaltungen dort sind immer etwas Besonderes. Man trifft auf junge Erwachsene, die hochmotiviert und erwartungsvoll am Beginn ihrer Ausbildung stehen. Möglichkeiten, die Ausbildungsqualität zu steigern, sehen wir in Forderungen wie der Herabsetzung des eigenverantwortlichen Unterrichts zu Beginn der Ausbildung sowie durch zusätzliche Stunden für ein effizienteres Mentoring. Die Belange der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter zu vertreten, ist eine Herzensangelegenheit des Bezirksverbandes. Die Erhöhung der Anwärterbezüge und die Forderung nach mehr Planstellen stehen besonders groß auf den VRB-Fahnen!

Ausbildungsort Studienseminar:
Die Begegnungen mit den Anwärterinnen und Anwärtern sind immer etwas Besonderes. Der VRB hat einen Wegweiser für die Ausbildung aufgelegt.





Bezirksversammlungen mit Vorträgen und Workshops zur Stärkung der Mitglieder im schulischen Alltag. Beispiel 2016: Interaktiver Vortrag der Stimmpädagogin Sabrina Roth.

Fortbildungen für Schulpersonalräte

Ein weiteres Herzstück der Bezirksarbeit sind die Personalräteschulungen, die in der Regel zweimal jährlich stattfinden. Auch hier steht der Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an oberster Stelle. Dazu kommt die Unterstützung durch die Referentinnen und Referenten des VRB. Diese sind oftmals selbst Mitglieder der Haupt- oder Bezirkspersonalräte Realschulen plus oder Integrierte Gesamtschulen. Sie sind in der Regel noch selbst im Unterricht, sodass der Leitsatz „Aus der Praxis für die Praxis“ nicht nur eine Floskel ist.

Für spezielle Themen konnten für die Personalräteschulungen auch externe Referenten gewonnen werden. Mit ADD-Referenten beispielsweise wurden Gliederungspläne im Detail besprochen. Das Institut für Lehrergesundheit stellte seine Arbeit vor und informierte über BEM-Maßnahmen. Mit Rechtsanwältin Antonia Defeu konnten anhand von Fallbeispielen schul- und datenschutzrechtliche Fragestellungen geklärt werden.

Um die Schulungen abwechslungsreich zu gestalten, wurden auch TableTalks zu den von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünschten Themengebieten angeboten. So konnten vielfältige Interessensgebiete zielgenau er- und bearbeitet werden.

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie haben unsere Referenten angenommen. Personalräteschulungen wurden digital angeboten. Das ermöglichte auch, die Reichweite über Bezirksgrenzen hinaus auszudehnen und die Anzahl der Schulungsangebote zu erhöhen. Die Personalratsmitglieder konnten räumlich und zeitlich flexibel sowie ressourcenschonend teilnehmen. Perspektivisch plant der Bezirksverband weiterhin Präsenzveranstaltungen, möchte sie aber um digitale Angebote ergänzen.

Bezirksversammlungen: Impulse prägen die Bezirksarbeit

Um Austausch und Impulse ging es auch auf dem Bezirksdelegiertentag. Alle Delegierten des Bezirks Neustadt wurden nach Mutterstadt eingeladen, um die Bezirksarbeit auf den Prüfstand und neue Weichen für die weitere Verbandsarbeit zu stellen. Die dort gesetzten Weichenstellungen und Beschlüsse prägen noch immer die Bezirksarbeit und werden sukzessive umgesetzt oder weitergedacht.

Wie sehr es auf die starke Stimme der Lehrerinnen und Lehrer ankommt, wurde auf einer der Bezirksversammlungen klar, bei der Sabrina Roth (Logopädin und Stimpfpädagogin) einen interaktiven Vortrag für Lehrkräfte hielt und zahlreiche Tipps zum Umgang mit der eigenen Stimme gab. Eine übertragene Form des Stimmen-Instruments wurde genutzt, um bei dieser Versammlung die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen 2017 zu nominieren.

Mit dem Schulpsychologen Manuel Lillig fand ein kollegialer Austausch über Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen in der Schule statt. Dabei wurde herausgestellt, dass die Schule ein sicherer Ort mit Stabilisierungsfaktor für betroffene Schülerinnen und Schüler sein kann.

Ein Resümee anlässlich des 10. Jahrestags der Schulstrukturreform konnte mit dem ADD-Schulentwicklungsreferenten Dieter Baust gezogen werden.

Kulturelle Begegnungen

Neben der berufsbezogenen Begleitung seiner Mitglieder macht der Bezirksverband regelmäßig Angebote zur Begegnung mit Kunst und Kultur. Gudrun Deck organisiert seit fast drei Jahrzehnten diesbezügliche Führungen und Treffen. Zusammen mit Klaus Hirsch hält

sie auch den Kontakt zu den pensionierten Lehrkräften.

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de
Fotos: VRB-Archiv



Personalrätefortbildung – Beispiel 2017: Der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen steht an oberster Stelle.



Kulturelle Begegnungen gehören zum festen Bezirksprogramm. Beispiel 2017: Die VRB-Gruppe ist dem Rätsel der Königstädte auf der Spur.

KULTURELLE BEGEGNUNGEN

Kleine Gruppe vor gigantischen Werken

Endlich wieder mal im Museum! Die Freude darüber war groß, auch wenn die Coronabestimmungen die Teilnehmerzahl begrenzten. In der Mannheimer Kunsthalle begegnete deshalb nur eine kleine VRB-Gruppe den gigantischen Werken Anselm Kiefers.



In der Ausstellung wurden 18 Werke aus der Sammlung des Duisburger Unternehmers Hans Grothe präsentiert. Schwerpunktmäßig ging die Kunsthistorikerin Isabelle Schnürle auf einige der monumentalen Werke ein.

Im Mittelpunkt stand das düstere Bild „Schwarze Flocken“, das in Verbindung zu bringen ist mit dem gleichnamigen Gedicht des jüdischen Dichters Paul Celan. Die von Kiefer geformte Winterlandschaft mit perspektivisch verlaufenden Reihen schwarzer Hölzer symbolisieren die Opfer des Holocaust. In der Bildmitte findet sich ein bleiernes Buch von

dem sternförmig Celans Zeilen ausströmen, die Kiefer in das Bild eingereiht hat. Ein Teilnehmer las dazu „Die Todesfuge“ von Paul Celan vor.

Ein weiteres monumentales Werk besteht aus tonnen-schweren Stahlcontainern, die Seiten von Bleiplatten tragen, in die 60 Millionen Erbsen eingepresst sind als Symbol für die Bevölkerung Deutschlands. Das Werk entstand 1987 bis 1989 im Zuge der Protestbewegung gegen die statistischen Erhebungen der Volkszählung. Das Material der Bleiplatten stammt aus Renovierungsarbeiten vom Dach des Kölner Doms. Die Kunsthalle musste

für diese schergewichtigen Objekte umgebaut werden und Verstärkungen erhalten.

Detaillierte Informationen zur Ausstellung sind zurzeit noch auf der Internetseite <https://www.kuma.art/de/anselm-kiefer> zu finden.

Nach diesen sehr interessanten Eindrücken zu den Werken Kiefers traf sich die Gruppe im Café der Kunsthalle zum Gespräch und Kaffee.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



GROSSE AUSSTELLUNG IN MANNHEIM

VRB bietet Führungen an

Die Kunsthalle Mannheim zeigt seit 1. Oktober 2021 in einem internationalen Ausstellungsprojekt „Mutter!“, wie unterschiedliche Wahrnehmungen von Mutterschaft in der Kunst gespiegelt werden.



Fotos: Wolfgang Wünschel

Über 150 Kunstwerke erzählen die Geschichte der Mutterschaft aus verschiedenen Perspektiven. Der Bogen spannt sich von prähistorischen Fruchtbarkeitsgöttinnen, über Marienbilder der Renaissance bis hin zu zeitgenössischen Installationen.

Die Veränderungen der Frauenrolle und Mutterschaft im 20. Jahrhundert, insbesondere die feministische Bewegung, bildet einen besonderen Schwerpunkt der Ausstellung. Es sind u. a. Werke von Pablo Picasso, René Magritte, Otto Dix, Paula Modersohn-Becker und Yoko Ono zu sehen.

Gudrun Deck hat für die „VRB-Familie“ eine Führung organisiert. Wir berichten in der kommenden Ausgabe.

Das **Reiss-Engelhorn-Museum** zeigt bis 27. Februar 2022 die Ausstellung *Tutanchamun: Sein Grab und die Schätze*. Sie gewährt Einblicke in die Archäologie des Alten Ägyptens und rekonstruiert den Sensationsfund Howard Carters im Jahr 1922. Wir berichten in der kommenden Ausgabe auch über den Besuch dieser Ausstellung.

Linkes Bild: Gudrun Deck (re.) und Dr. Dorothee Höfert, sie leitet in der Mannheimer Kunsthalle die Abteilung Kunstvermittlung, verbindet eine langjährige Zusammenarbeit bei der Organisation kultureller Begegnungen. Bei ihrem jüngsten Treffen besprachen sie den VRB-Besuch in der Ausstellung „Mutter!“

„ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT“

Ein Rückblick des Bezirksvorstandes Trier auf die Amtszeit 2016–2021

Die Amtszeit des Bezirksvorstandes Trier geht zu Ende. Das ist ein Anlass zurückzublicken. Am 13. Mai 2016 haben die Mitglieder des Bezirks Trier dem neuen Vorstand ihr Vertrauen ausgesprochen. Sie haben zugleich einen Generationenwechsel angebahnt.

Bezirksversammlungen: Für die Herausforderungen im Schulalltag stärken

In den vergangenen fünf Jahren haben wir im Rahmen unserer Bezirksversammlungen unterschiedliche Themenschwerpunkte mit kompetenten und erfahrenen Persönlichkeiten thematisiert, um den Herausforderungen im Schulalltag gestärkt begegnen zu können. Rechtsanwältin Antonia Dufeu hat die Anwesenden darüber informiert, wie bei der Notengebung Formfehlern und Beschwerden vorgebeugt werden kann. Motivationstrainer Holger Jungandreas hat Strategien aufgezeigt, wie die Eigenmotivation der Frustration entgegenwirken soll, und im Austausch mit erfahrenen und jungen Kolleginnen und Kollegen blickten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Thema „Neue Zeiten erfordern neue Wege“. Im Mai 2019 lautet das Motto der Bezirksversammlung „Auf die Stimme kommt es an“. Im Workshop zum Stimmeneinsatz und zur Stimmschulung referierte Nicole Schumacher (Logopädin), worauf es im Schulalltag ankommt, um unsere Stimme als Werkzeug gut und stabil einsetzen zu können.

Unterstützung der VRB-Delegierten

Mit den Delegierten des Bezirks und den Delegierten der beiden anderen Bezirke haben wir gemeinsam den Delegiertenleitfaden überarbeitet und ergänzt. Mit der Neuauflage erhielten die Delegierten ein angepasstes Instrumentarium, welches ihnen bei der Verbandsarbeit behilflich ist.

Im Rahmen der Delegiertentage fanden nicht nur informative und konstruktive Austauschrunden unter den Delegierten statt, auch Fachvorträge rundeten diese Treffen ab. So zum Beispiel der Fachvor-

trag von Frau Anja Meine vom Kinderschutzbund Trier e.V. zum Thema „Verdachtsfall Kindeswohlgefährdung“ oder das Stimmtraining mit Schauspielerin und Vocalchoachin Barbara Ullmann.

Miteinander füreinander: Schulbesuche

„Miteinander füreinander. Wir kommen zu Ihnen“ – dieser Leitsatz stand zentral für unsere Schulbesuche im Bezirk. Anlaufstelle war jeweils eine Schule, die neben dem schuleigenen Kollegium auch Kolleginnen und Kollegen umliegender Schulen als Austauschort diente.

So fanden die Schulbesuche u.a. an der Nelson Mandela Realschule plus Trier, der Stefan-Andres-Realschule plus mit FOS, der Friedrich-Spee-Realschule plus Neumagen-Dhron, der Realschule plus mit FOS Birkenfeld/Niederbrombach, der Realschule plus mit FOS Konz und der Otto-Hahn Realschule plus Bitburg statt.

Neues Format für unsere Mitglieder an Gesamtschulen

Für die Integrierten Gesamtschulen haben wir ein neues Format ausgerufen: das IGS-Symposium. Die Veranstaltungen zielen inhaltlich auf schulspezifische Themen ab, wie beispielsweise Arbeiten im Tutorenteam, Einsatz von Lehrkräften in der Sek I und Sek II und Schüler-Eltern-Arbeit.

Gespräche und Begegnungen mit außerschulischen Partnern

Wir führten auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichen Fachbereichen: Die Bedeutung und Wichtigkeit der Schulsozialarbeit diskutierten wir mit Sybille Strewinsky und Reinhold Spitzley (Palais e.V.). Mit der Geschäftsführung der Kreishandwerkerschaft Trier-Saarburg, Bärbel Schädlich und Olaf Fackler sowie den Expertinnen und Experten für die Berufsorientierung

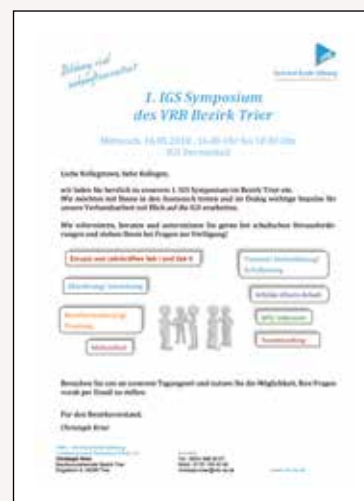
Für den Schulalltag stärken. Beispiel Bezirksversammlung 2019: „Auf die Stimme kommt es an!“



Austausch vor Ort: Schulbesuche. Beispiel Neumagen-Dhron 2018



IGS-Symposium: Ein Angebot für Lehrkräfte an Gesamtschulen





Gespräche und Begegnungen mit außerschulischen Partnern:
Beispiel Kreishandwerkerschaft Trier-Saarburg

und Schulpatschaften, Simone Zender und Helmut Schröer, richteten wir den Blick auf die Berufsorientierung und die Stärkung der dualen Ausbildung.

Mit virtuellen Mitteln die Covid-Beschränkungen überwunden

Unter COVID-19 wagten wir einen großen Schritt in die Zukunft: Bezirksvor-

standssitzungen, Bezirksversammlungen und Schulungen fanden nur noch virtuell statt. So galt es die Personalratswahlen 2021 digital vorzubereiten, in Videokonferenzräumen mit unseren Mitgliedern und Kandidatinnen und Kandidaten für die Stufenvertretungen in den Austausch zu treten sowie die Wahlvorstände an den Schulen in online-Schulungsver-

staltungen das Handwerkszeug für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen an den Schulen zu vermitteln.

Zurück „in der Präsenz“: Bezirksversammlung 2021

Nach der Zeit der virtuellen Treffen machen wir nunmehr einen Schritt in die Zukunft: Unsere Bezirksversammlung findet am 4. November 2021 in Präsenz statt.

Neben den Neuwahlen des Bezirksvorstands treten wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Kreishandwerkerschaft Trier-Saarburg in einen Dialog und beleuchten die Frage: „Corona und Berufsorientierung: Welche Perspektiven und Unterstützungsangebote haben Schulabgängerinnen und Schulabgänger?“. Hier knüpfen wir an das Gespräch aus 2019 an und richten gemeinsam unseren Blick auf die Ausbildungschancen unserer Schülerinnen und Schüler. In der kommenden Ausgabe werden wir darüber berichten.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de
Fotos: VRB-Archiv



ONLINE-SCHULUNGSANGEBOTE

Neu gewählte und erfahrene Personalräte werden landesweit fortgebildet

Nach der Auftaktveranstaltung der Online-Schulungsreihe für örtliche Personalvertretungen, die im Mai 2021 stattfand, boten die drei VRB-Bezirke Koblenz, Trier und Neustadt zwei Schulungstermine im September an, die unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte hatten und auf zwei Zielgruppen zugeschnitten waren. Während sich die Online-Schulung am 13. September 2021 thematisch an neu gewählte Mitglieder der örtlichen Personalvertretungen richtete, zielten die Themen in der virtuellen Schulung vom 30. September 2021 auf erfahrene Personalratsmitglieder ab. Unabhängig von dieser Ausgangslage war es allen Personalvertreterinnen und -vertretern der Amtsperiode 2021–2025 auch möglich, beide Schulungsangebote wahrzunehmen.

Aktuelle Themen aus der Arbeit des Hauptpersonalrats Realschulen plus

Christoph Krier, stv. Landesvorsitzender, Vorsitzender des Bezirks Trier und Mitglied im HPR RS plus, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und informierte zu Beginn über die Arbeit im Hauptpersonalrat der Realschulen plus (HPR). In Gesprächen mit Staatssekretärin Bettina Brück und Abteilungsleiterin Elke Schott thematisierte das Gremium die Stärkung der Realschulen plus, die Bedeutung

des Lehramts für Realschulen plus, das Management der Coronakrise, der Flutkatastrophe im Ahrtal und hob die Dringlichkeit der Digitalisierung hervor. Hierbei gelte es, die Fragen nach den Endgeräten für Lehrkräfte und die Ausleihmodalitäten transparent zu machen.

Schwerpunkte der Arbeit des Bezirkspersonalrats Realschulen plus

Auch Nicole Weiß-Urbach, Mitglied des BPR RS plus und Schatzmeisterin des Bezirks Ko-

blenz, hob die Bedeutung der personellen Verantwortung der ADD und des Bildungsministeriums gegenüber den Lehrkräften und Schulleitungen der Schulen im Ahrtal hervor. Der Bezirkspersonalrat habe sich für eine zusätzliche personelle Versorgung und eine psychologische Unterstützung der betroffenen Schulen eingesetzt. Gleichzeitig sei die generelle Versorgung der Schulen mit Planstellen ein wichtiges Anliegen des BPR. In diesem Zusammenhang verwies Frau Weiß-Urbach darauf, dass das Lehramt für Realschulen plus für Nachwuchslehrkräfte an Attraktivität gewinnen müsse.

Personelle Situation an den Integrierten Gesamtschulen

Christoph Schneider, Mitglied im Bezirkspersonalrat der IGS und Mitglied des Bezirksvorstands Neustadt, beschrieb die aktuelle personelle Situation, die sich im IGS-Bereich manifestiere. Es würden überwiegend Lehr-

kräften mit Gymnasiallehramt eingestellt, was sich aus seiner Sicht in der pädagogischen Arbeit an den Schulen bemerkbar mache. „Die IGS darf kein Gymnasium light sein“, so Schneider.

BEM: Wichtige Entscheidungen liegen bei der Lehrkraft

Was sich hinter dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) verbirgt, wer das Verfahren in Anspruch nehmen darf und wie das Procedere ist, schilderte Katharina Becker, Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus und stellvertretende Vorsitzende des Bezirks Trier, anschaulich an Fallbeispielen. Hierbei hob sie die Bedeutung und Einbindung der örtlichen Personalvertretung hervor. „Die Kollegin bzw. der Kollege entscheidet, welche ÖPR-Vertreterin bzw. welcher ÖPR-Vertreter das Verfahren begleitet und nicht die Schulleitung.“, so Becker. Bei der betroffenen Lehrkraft liege darüber hinaus auch die Entscheidung, ob das BEM-Verfahren eingeleitet werden solle und ob die Schulleitung oder das Institut für Lehrergesundheit (IfL) das Verfahren begleite. Als VRB-Beraterin für Lehrergesundheit war es Frau Becker besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass das BEM kein Werkzeug zur Frühpensionierung sei, sondern auf die Zurückführung in den Beruf abziele.

PES: Zwei Blickwinkel für ein Ziel

Unter dem Motto „Ein gemeinsames Ziel – zwei Blickrichtungen“ referierte Christoph Krier zum Thema Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen (PES). Hierbei beleuchtete er gemeinsam mit den Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmern den Stellenwert des schuleigenen Vertretungskonzeptes. Dank der interaktiven Einbindung eines Abfragemoduls konnten die Personalvertretungen ihren eigenen Entwicklungsstand bestimmen und erkennen, an welchen Stellschrauben das schuleigene Vertretungskonzept überarbeitet oder z.T. neu aufgelegt werden müsse. Dass die jährliche Evaluation und eine Weiterentwicklung dieses Konzeptes in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und der Gesamtkonferenz erfolgen muss, war nicht allen bewusst. Abschließend appellierte Christoph Krier an die Kolleginnen und Kollegen: „Gestalten Sie mit Ihrem Sachwissen die vertrauensvolle Zusammenarbeit an der Schule vor Ort.“

Was ist Mehrarbeit?

Die im Rahmen des PES-Vortrags aufgekommenen Fragen konnte Frau Nicole Weiß-Urbach in ihrer Darstellung des Themas Mehrarbeit aufgreifen und beantworten. Zentral



Der VRB nutzt die digitalen Möglichkeiten für bezirksübergreifende Personalräte-Fortbildungen.

wichtig war ihr die Unterscheidung von Mehrleistung und Mehrarbeit. Verkürzt gesagt, spreche man von Mehrleistung, wenn über den Vertretungsplan „angeordnet“ dem temporären Unterrichtsausfall entgegengewirkt werden soll. Mehrarbeit hingegen erfordere eine begründete, schriftliche Anordnung eines festgelegten Umfangs an Stunden über einen bestimmten Zeitraum und das Einverständnis der Lehrkraft. Sie unterliege der Mitbestimmung der örtlichen Personalräte.

Fortsetzung folgt

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen die Möglichkeit, während der Schulungsrefe-

rate und unter dem Punkt „Ihre Fragen aus der schulischen Arbeit“ konkrete Anliegen zu thematisieren und Antworten auf ihre Fragen zu erhalten. Der Mehrwert wurde von allen wertgeschätzt. Die nächsten Schulungen folgen im November. Wir werden darüber in der kommenden Ausgabe berichten.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Schul-, Dienst- und Personalvertretungsrecht sind die Fundamente erfolgreicher Personalratsarbeit. Moderator Christoph Krier (unten rechts) appellierte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mit Ihrem Sachwissen die vertrauensvolle Zusammenarbeit an den Schulen vor Ort zu gestalten.



Fotos: Christoph Krier

FEEDBACK

AN DIE REDAKTION

Ich freue mich, dass Euer Verband bei den Wahlen eine überzeugende Würdigung seiner Arbeit erhalten hat.

Erich Hermann, Landau

...herzlichen Dank für das Zusenden der richtig interessanten Zeitschrift. Es ist schon mehr ein Bildungsmagazin, das zum Lesen und zum sich Informieren anregt, voller Ideen und vielfältigen Impulsen zur Kommunikation über das Lesen hinaus....

Rita Heil, Edenkoben

Großes Kompliment an die graphische Gestaltung. ... Mein besonderes Interesse fand der

Artikel von Georg Stenner: Verbands- und Schulgeschichte Realschule. Er ist für mich gleichsam ein biographisch-pädagogischer Zeitraffer, ... Der Artikel ist glänzend geschrieben – sachlich wie stilistisch – und er verzichtet auf zahlreiche Anekdoten, wie man das bei älteren Herren (er dürfte etwa mein Jahrgang sein) im Lebensrückblick häufig antrifft. Der RSL-Verband hatte in Herrn Stenner einen guten (und wirkungsvollen) Vertreter im Ministerium...

Dr. K-H Rothenberger, Landau

Studie zum gegliederten Schulsystem (S.12): Traurig, dass es dazu einer Studie bedurfte!

Wer es wissen wollte, konnte es schon immer wissen, und wer Ideologie betreibt, wollte es nie wissen und er wird es auch in Zukunft nicht tun. Vielleicht kommt man mal in zwei Generationen wieder zu der Erkenntnis, dass...

Peter Schiel, Pirmasens

Vielen Dank für den Brief und die Zusendung der VDR Zeitung. Ich erinnere mich noch gerne als ich als Kind die VDR Hefte aus einzelnen losen Blättern zusammenlegte, heftete... Nur die Adresse durfte ich nicht aufschreiben, weil ich erst in der Grundschule war. Mein Vater hatte sich immer sehr für den Verband eingesetzt und mit ganzem Herz engagiert. Ich danke auch Ihnen für Ihr Engagement – ist in der heutigen Zeit umso wichtiger.

Arno Wyrwoll, München, zum Nachruf auf seinen Vater

Lieber Herr Wünschel, der anhängende Beitrag war heute in der Rhein-Zeitung. (Anm. d. Red.: „Wenn Verwaltung für Schulen zum Akt wird. Mit einer neuen Software wollte das Land die Digitalisierung im Land vorantreiben – Doch die Umstellung endete im Chaos“ v. 17.10.2021) ... Ich habe in meiner Erinnerung, dass vor vielleicht zwanzig Jahren schon einmal ein Schulverwaltungsprogramm von der Landesregierung betrieben wurde, ... Jedenfalls war das Produkt völlig ungeeignet und Millionen waren in den Sand gesetzt. Es wurde, glaube ich, irgendwann eingestampft. ...

Rolf Monnerjahn, Emmelshausen



Ausbau der Service-Leistungen auf unserer VRB-Website

Um wichtige Informationen vor allem an unsere älteren Mitglieder zeitnah weitergeben zu können, nutzen wir hierzu unsere Homepage <https://www.vrb-rlp.de>. Auf der neu eingerichteten Service-Seite „Senioren-Infos“ geben wir kurze Informationen, Hinweise wie auch Tipps und benennen die Quellen für weitergehende Klärungen der Sachverhalte. Wir können somit die Möglichkeiten unserer Mitgliederbetreuung weiter ausbauen. Die ersten Informationen betreffen folgende Themenbereiche:

Beihilfe

Neue Möglichkeit eines Direktabrechnungsverfahrens mit den Krankenhäusern.

Pflegeversicherung

Corona-Zuschlag für alle Versicherten in 2022 und Unterstützung für Pflegebedürftige

während der Corona-Pandemie.

Impfung

Empfehlung der STIKO für einen Influenza-Hochdosis-Impfstoff ab 60 Jahren.

Palliative Versorgung

Übernahme der Kosten sämtlicher Formen der Palliativversorgung und der Hospizleistungen für alle Privatpatienten.

Medizinprodukte

Urteil zum Anspruch auf teurere Hörgeräte.



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- beleuchten wir das bildungspolitische Frühjahr in Mainz und Berlin,
- wird der Fachkongress Schwerpunktthema sein,
- berichten wir über die Neuwahlen in unseren Bezirksverbänden und präsentieren die neuen VRB-Vorstände,
- halten wir Sie über den Fortgang der Einkommensrunde auf dem Laufenden,
- fragen wir, wie Schule und Lehrkräfte die Herausforderungen der jüngsten Corona-Welle bewältigt haben,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- blättern wir mit neuen Zeitzeugenberichten in der rheinland-pfälzischen Schulgeschichte,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Schulbildung bleibt das ungeliebte, zurückgesetzte Stiefkind

Am 6. November 1996 wurde Christiane Lehmann während des 19. Landesrealschultages in Mainz zur „VDR-Landesschriftleiterin“ gewählt. Dieses Amt bekleidete sie bis 2012. Als Chefredakteurin der Verbandszeitschrift war es ihr immer ein besonderes Anliegen, die jeweils aktuelle Schulpolitik kritisch zu beleuchten und aus der Sicht der unmittelbar betroffenen Lehrkräfte und Schülerschaft zu hinterfragen. Wir haben Sie um ihre Erinnerungen und einen KlarText gebeten.

Über Jahre notwendige Lehrerressourcen nicht bereitgestellt

Mein Einstieg in die Redaktion liegt jetzt 25 Jahre zurück. Und die Schulbildung rangiert trotz aller sich immer wiederholenden Bildungsprioritäts-Beteuerungen politisch nach wie vor unter „ferner liefen ...“.

1996 sagte der damalige rheinlandpfälzische Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner während des Landesrealschultages: „Wir müssen Abschied davon nehmen, dass für alle sinnvollen pädagogischen und fachlichen Weiterentwicklungen zusätzliche Lehrerwochenstunden zugewiesen werden können.“

Parameter haben sich vielfach geändert

Die damalige Feststellung ist zum Grundsatz geworden, obwohl sich die Parameter vielfach geändert haben. Erwähnt seien nur:

- der Umbau des dreigliedrigen Schulsystems in ein zweigliedriges verbunden mit der inhaltlichen und organisatorischen Mammutaufgabe der Zusammenführung verschiedener Schularten,
- die besondere Sprachförderung und Sozialisation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund,
- die verpflichtende Inklusion in der Schule usw.

Schulische Bildung fahrlässig vernachlässigt

Die Corona-Pandemie hat die Welt verändert und gleichzeitig schonungslos viele gravierende Versäumnisse aufgedeckt. Was Lehrerverbände seit Jahrzehnten anpran-

gern, wurde für die gesamte Bevölkerung sichtbar: Die fahrlässige Nichtbeachtung und Vernachlässigung der schulischen Bildung und ihrer Rahmenbedingungen.

Was wurde aus der im Wahlkampf 2017 geforderten Bildungsoffensive der Bundeskanzlerin? Was wurde aus der sog. Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der KMK in den Jahren 2016 und 2017? Was wird aus dem DigitalPakt Schule des Bundes seit 2019, wenn die Länder ihn – gehemmt durch das föderale Kooperationsverbot – nicht umsetzen können oder gar wollen und wenn grundlegende Voraussetzungen nicht erkannt oder vernachlässigt werden wie z. B.

- ein flächendeckendes Breitbandnetz,
- die Qualifizierung der Lehrenden ohne technisch-pädagogisches Einsatzkonzept,
- die personelle Zuweisung von Systemadministratoren und Systemadministratorinnen?

KlarText: Echte Bildungsoffensive nicht gezündet!

Die Liste lässt sich beliebig weiterführen. Glauben die politisch Verantwortlichen ernsthaft, dass eine echte Bildungsoffensive mit der seit Jahrzehnten unveränderten Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung und mit den seit Jahrzehnten kaum veränderten Klassenmesszahlen in einer sich seit Jahrzehnten verändernden Schulwirklichkeit erfolgreich sein kann?

KlarText: Blick über den eigenen Horizont notwendig?

Vielleicht kommen Erkenntnis und Durchbruch beim Blick über den eigenen Ho-

rizont: Vom 16. bis 17. September 2021 reisten die Mitglieder der KMK sowie Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstiftungen des Forum Bildung Digitalisierung nach Dänemark, um sich ein Bild über die digitale Ausstattung von Schulen zu machen und über die Entwicklung guten Unterrichts auszutauschen ...



ZUR PERSON

Christiane Lehmann ist seit 1977 Mitglied im VRB. Von 1986 bis 1993 gehörte sie dem Bezirksvorstand Koblenz an. Im Landesvorstand war sie von 1993 bis 1996 Landesschriftführerin, danach bis 2012 Chefredakteurin der Verbandszeitschrift „Reale Bildung“.

Von 1993 bis 2000 war sie Mitglied im Hauptpersonalrat „Realschulen“ im Mainzer Bildungsministerium.



Christiane Lehmann hat die Verbandszeitschrift 16 Jahre lang konzipiert, moderiert, redigiert, das Layout verantwortet und den Versand organisiert. Es ist kein Zufall, dass ihr Lieblings-Titelblatt aus dem Jahr 1999 seine Aktualität nicht verloren hat.

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L

Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

(sofern bekannt) IBAN BIC

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



LETZTE MELDUNGEN

Corona: Infektionszahlen auf Rekordhöhe. Teststrategie korrigieren!

Der Verband Reale Bildung (VRB) warnt angesichts besorgniserregender Infektionszahlen das Bildungsministerium vor Nachlässigkeiten bei der schulischen Teststrategie. „Der VRB fordert die Landesregierung auf, die 3G-Regel an Schulen konsequent durchzusetzen, um den Präsenzunterricht an Schulen über das gesamte

Schuljahr aufrechterhalten zu können. Schulische Gemeinschaft in Vollpräsenz setze die Erfüllung gesundheitlicher Sicherheitskriterien voraus. ... Der VRB fordert konkret, die Teststrategie der allgemeinen Gefährdungssituation anzupassen statt sie zu lockern.“ (Auszug Pressemitteilung vom 6. November 2021)

10. Fachkongress Ingelheim „Social Media als Informationsquelle“ 23. März 2022 Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim

In den sozialen Netzwerken kursieren Nachrichten, auf die alle Merkmale von „Snack News“ zutreffen. Es sind Informationen, die nicht mehr als aus einer Überschrift, einem Einleitungstext und einem eventuell noch beigefügten Bild bestehen. Bedenklich und verwunderlich zugleich ist, dass Personen, die diese Snack News lesen, ihr Wissen eher überschätzen. Personen hingegen, die vollständige Nachrichtenbeiträge lesen, würden diese Tendenz nicht zeigen. So das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie von Dr. Svenja Schäfer, vorgesehene Referentin des 10. Ingelheimer Fachkongresses am 23. März 2022.

Die Wissensillusion ist ein Hinweis auf fehlende Medienkompetenz. Mit der Digitalisierung erhält die Verbreitung ideologischer und menschenverachtender Inhalte auf Internetplattformen eine gefährliche Dimension. „Um die Chancen des Internets für sich nutzbar zu machen und mögliche schädliche Folgen abzuwenden, muss man eben wissen, aus welchen Informationsangeboten man am besten lernt, wie man vertrauenswürdige Quellen erkennt und wie man im Internet recherchiert, um ein fundiertes Verständnis für Themen entwickeln zu können“, erklärt Svenja Schäfer.

Weitere Aspekte des 10. Fachkongresses sind u. a.:

„Wahlwerbung auf Social Media“, „Populismus“, „Nachrichtenvermeidung“, „Wissensillusion“, und „Digital Campaigning“. Auch die Themen „Jugendmedienschutz“ und „Lehrergesundheit“ gewinnen vor dem Hintergrund des im schulischen Umfeldes zunehmenden Cybermobbings an Relevanz.

Einladung und Anmeldungsmodalitäten zum 10. Fachkongress Ingelheim folgen in Kürze. Fortlaufend aktualisierte Informationen finden Sie auf unserer Website: www.vrb-rlp.de/aktuelles

VRB-Forderung umgesetzt: Altersteilzeit für Lehrkräfte wird fortgeführt!

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, um die bestehenden Al-

tersteilzeitregelungen für Lehrerinnen und Lehrer zu verlängern. Die bestehenden Regelungen sollen um fünf Jahre verlängert werden.

